

11.12.2015

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksachen 16/9300 und 16/10150 (Ergänzung) -

in der Fassung nach der 2. Lesung
- Drucksachen 16/10500 bis 16/10507, 16/10509 bis 16/10516 und 16/10520

3. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)

Berichterstatter

Abgeordneter Christian Möbius

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksachen 16/9300 und 16/10150 (Ergänzung)
- in der Fassung nach der 2. Lesung wird mit folgenden Änderungen angenommen:

Datum des Originals: 11.12.2015/Ausgegeben: 14.12.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

1. In § 1 Haushaltsgesetz 2016 wird die Zahl „69.564.594.900“ durch die Zahl „69.564.601.100“ ersetzt.
2. § 15 Abs. 3a Haushaltsgesetz 2016 erhält folgende Fassung:

„(3a) Grundstücke für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern

Gemäß § 63 Absatz 3 Satz 2 in Verbindung mit § 64 Absatz 4 der Landeshaushaltsordnung wird zugelassen, dass Grundstücke des Landes direkt und ohne öffentliches Ausschreibungsverfahren auf der Grundlage einer gutachterlichen Wertermittlung an Gemeinden und Gemeindeverbände oder mehrheitlich kommunale Gesellschaften für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern veräußert werden dürfen oder ein Erbbaurecht bestellt werden darf. Dies gilt abweichend von § 63 Absatz 2 LHO auch dann, wenn die Veräußerung Bestandteil einer Partnerschaft von Land und Erwerber zur Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben ist. An dem Veräußerungs- und Realisierungsprozess können auch Dritte beteiligt werden. Der Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags ist unverzüglich von der Veräußerung oder Erbbaurechtsbestellung zu unterrichten.“
3. Das Haushaltsgesetz 2016 bleibt im Übrigen in der Fassung nach der 2. Lesung unverändert.
4. Die Änderungen in den Einzelplänen ergeben sich aus den Anhängen sowie aus den Veränderungsnachweisen.
5. Der Gesamtplan (Haushaltsübersicht, Finanzierungsübersicht und Kreditfinanzierungsplan) erhält die aus der **Anlage** zu diesem Bericht ersichtliche neue Fassung.

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksachen 16/9300 und 16/10150 (Ergänzung) - wurde vom Landtag in 2. Lesung am 3. und 4. Dezember 2015 behandelt und am 4. Dezember 2015 entsprechend den Beschlussempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses, Drucksachen 16/10500 bis 16/10507, 16/10509 bis 16/10516 und 16/10520, angenommen und im Übrigen unverändert an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Vorbereitung der 3. Lesung zurücküberwiesen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat den Gesetzentwurf in der Fassung nach der 2. Lesung in seiner Sitzung am 10. Dezember 2015 abschließend beraten.

Im Zusammenhang mit dem Haushalt 2016 wird auch auf den Bericht zur 3. Lesung des Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2016 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2016 - GFG 2016) und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes - Drucksache 16/9301 - verwiesen.

B Beratungen des Haushalts- und Finanzausschusses in der Sitzung am 10. Dezember 2015

1. Schlussberatungen

Zur Sitzung lag eine Vorlage zur Entwicklung des Landeshaushalts im Ist zum 30. November 2015, Vorlage 16/3528, vor. Nachfragen zur Vorlage wurden in der Sitzung beantwortet.

Zur abschließenden Sitzung zur Vorbereitung der 3. Lesung lagen Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen sowie der Änderungsanträge der Fraktion der FDP und Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN zur Abstimmung vor. Die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen zum Zahlenwerk in den Einzelplänen wurden mehrheitlich bzw. einstimmig angenommen. Die Änderungsanträge der Fraktion der FDP und die Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN wurden mehrheitlich abgelehnt. Die Ergebnisse und das Abstimmungsverhalten ergeben sich aus dem Anhang.

Die Fraktionen führten einleitend und im Bedarfsfall vor den jeweiligen Abstimmungen unter Hinweis auf die schriftlichen Begründungen in ihre Änderungsanträge ein.

2. Bereinigungsbeschluss

Der Haushalts- und Finanzausschuss fasste mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP sowie der PIRATEN einstimmig folgenden **Bereinigungsbeschluss**:

„Der Finanzminister wird ermächtigt, bei der Aufbereitung der Beschlüsse zum Haushalt offenbare Unstimmigkeiten im Zahlenwerk zu bereinigen und zum Ausgleich des Haushalts ggf. den Ansatz bei Kapitel 20 020 Titel 371 10 - Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans - zu verändern.

Die vom Finanzministerium nach der Sitzung des HFA als Anlagen zu der Beschlussempfehlung beizufügenden Veränderungsnachweise sind insoweit verbindlich für die 3. Lesung, als sie die Beschlusslage der HFA-Sitzung unter Berücksichtigung dieses Bereinigungsbeschlusses wiedergeben.“

3. Änderungsanträge zum Haushaltsgesetzestext

Auf Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PIRATEN wurde einstimmig mit den Stimmen aller Fraktionen folgende Änderung im Haushaltsgesetzestext beschlossen:

„§ 15 Absatz 3a wird wie folgt gefasst:

(3a) Grundstücke für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern

Gemäß § 63 Absatz 3 Satz 2 in Verbindung mit § 64 Absatz 4 der Landeshaushaltsordnung wird zugelassen, dass Grundstücke des Landes direkt und ohne öffentliches Ausschreibungsverfahren auf der Grundlage einer gutachterlichen Wertermittlung an Gemeinden und Gemeindeverbände oder mehrheitlich kommunale Gesellschaften für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern veräußert werden dürfen oder ein Erbbaurecht bestellt werden darf. Dies gilt abweichend von § 63 Absatz 2 LHO auch dann, wenn die Veräußerung Bestandteil einer Partnerschaft von Land und Erwerber zur Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben ist. An dem Veräußerungs- und Realisierungsprozess können auch Dritte beteiligt werden. Der Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags ist unverzüglich von der Veräußerung oder Erbbaurechtsbestellung zu unterrichten.“

Mit der Neuformulierung des § 15 Abs. 3a des Haushaltsgesetzes 2016 wurde eine zwischen den Fraktionen abgestimmte Konkretisierung herbeigeführt.

Auf Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde folgender Änderungsantrag zu § 1 des Haushaltsgesetzes 2016 im Anschluss an die durchgeführten Abstimmungen zu den Anträgen zum Zahlenwerk in den Einzelplänen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN einstimmig beschlossen:

„In § 1 Haushaltsgesetz 2016 wird die Zahl „69.564.594.900“ durch die Zahl „69.564.601.100“ ersetzt.

Die Vertreterin des Finanzministeriums führte ergänzend aus, dass Veränderungen in § 2 des Haushaltsgesetzes 2016 (Kreditermächtigungen) nicht erforderlich seien. Die Veränderung von § 1 des Haushaltsgesetzes 2016 (Haushaltsvolumen) um 6.200 Euro sei zum Haushaltsausgleich erforderlich. Die Höhe der Verpflichtungsermächtigungen verändere sich um 85.136.500 Euro auf nunmehr 6.354.031.400 Euro.

4. Ausgleich des Haushalts

Mit der Anpassung des Haushaltsvolumens in § 1 des Haushaltsgesetzes 2016 sowie der Veränderung des Ausgleichstitels in Kapitel 20 020, Titel 371 10, ist der Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Die Deckung der Mehrausgaben in den Einzelplänen wurde im Übrigen mit der Reduzierung des Ansatzes bei Kapitel 20 020, Titel 971 11, von 18.981.000 Euro auf 0 Euro erreicht. Die einzelnen Anträge und das Abstimmungsverhalten ergeben sich aus den Anhängen.

C Abstimmungen, Ergebnis

Das Ergebnis der jeweiligen Abstimmungen zu den Änderungsanträgen der Fraktionen ergibt sich aus dem Anhang. Die Einzelpläne wurden unter Berücksichtigung der ggf. zuvor angenommenen Änderungsanträge wie folgt abgestimmt:

Einzelplan	Ergebnis	SPD	CDU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	FDP	PIRATEN
01	einstimmig unverändert angenommen	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
02	unverändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
03	verändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
04	unverändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
05	verändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
06	verändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
07	verändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
09	verändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
10	unverändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Enthaltung
11	unverändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
12	unverändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
13	einstimmig unverändert angenommen	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
14	unverändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
15	unverändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein
16	einstimmig unverändert angenommen	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
20	verändert angenommen	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein

Zu den Abstimmungen zum Zahlenwerk wird auf den Anhang verwiesen.

In der abschließenden Gesamtabstimmung wurde der Haushaltsgesetzentwurf in der Fassung nach der 2. Lesung mit den zur Vorbereitung der 3. Lesung im Haushalts- und Finanzausschuss gefassten Änderungen, einschließlich Personaletat, den Anlagen zum Haushaltsgesetz, einschließlich Gesamtplan, den Übersichten und den Einzelplänen in der Fassung der in dieser Sitzung zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP sowie der PIRATEN **angenommen**.

Christian Möbius
Vorsitzender

Anhang: Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
 Änderungsanträge der Fraktionen der FDP
 Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN

Anlage: Veränderungsnachweise des Finanzministeriums

 Anlage zum Haushaltsgesetz 2016: Gesamtplan
 (Haushaltsübersicht, Finanzierungsübersicht, Kreditfinanzierungsplan)

Anlage zum
Haushaltsgesetz

**Haushaltsplan
des Landes Nordrhein-Westfalen
für das Haushaltsjahr
2016**

Gesamtplan

Haushaltsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 1 LHO)

Finanzierungsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 2 LHO)

Kreditfinanzierungsplan (§ 13 Abs. 4 Nr. 3 LHO)

Haushaltsübersicht

Einzelplan	Einnahmen		Ausgaben		Verpflichtungsermächtigungen 2016 (TEUR)	Ausgaben 2015* (TEUR)
	2016 (TEUR)	2015* (TEUR)	2016 (TEUR)	2015* (TEUR)		
01 Landtag	195,2	195,2	130 598,1	4 550,2	126 171,6	
02 Ministerpräsidentin	727,5	862,5	122 855,7	23 680,0	121 398,0	
03 Ministerium für Inneres und Kommunales	178 476,4	189 831,2	8 532 402,4	1 293 021,2	6 691 481,8	
04 Justizministerium	1 176 014,2	1 199 239,0	4 037 662,7	40 928,2	3 883 922,1	
05 Ministerium für Schule und Weiterbildung	266 153,0	264 874,3	17 266 061,5	293 208,8	16 261 650,5	
06 Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung	1 418 888,0	1 239 984,8	8 254 126,7	753 029,0	7 779 344,4	
07 Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport	159 274,9	109 937,3	3 395 672,1	244 420,0	3 023 846,4	
09 Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr	2 064 174,0	1 872 608,1	3 523 774,9	1 720 068,0	3 135 409,2	
10 Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz	403 063,8	385 642,8	1 006 711,4	945 308,6	946 322,9	
11 Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales	3 276 244,7	3 012 818,6	4 227 562,0	152 603,6	3 922 881,5	
12 Finanzministerium	1 157 776,3	749 035,5	2 213 699,0	49 978,0	2 108 242,3	
13 Landesrechnungshof	163,8	163,7	41 306,4	--	41 257,1	
14 Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk	185 290,8	316 305,8	551 414,1	494 260,8	825 898,2	
15 Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter	234 645,8	235 833,4	1 090 034,2	170 923,0	1 029 572,0	
16 Verfassungsgerichtshof	0,2	--	58,0	--	--	
20 Allgemeine Finanzverwaltung	59 043 512,5	56 139 975,0	15 170 661,9	168 052,0	15 819 909,2	
Zusammen	69 564 601,1	65 717 307,2	69 564 601,1	6 354 031,4	65 717 307,2	

* Stand: 3. Nachtragshaushalt 2015 einschl. Umsetzungen im Haushaltsvollzug 2015 = Vorjahresvergleichszahl.

Hinweis:

Die Abweichungen in den Summen ergeben sich durch kaufmännisches Runden.

FINANZIERÜBERSICHT

		(Mio EUR)
I.	HAUSHALTSVOLUMEN	69.564,6
II.	ERMITTLUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS	
1.	Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und für Fehlbeträge aus Vorjahren und haushaltstechnische Verrechnungen)	69.557,7
2.	Einnahmen (ohne Einnahmen aus Kreditmarktmitteln, Entnahmen aus Rücklagen und Überschüssen aus Vorjahren und haushaltstechnische Verrechnungen)	67.575,8
3.	Finanzierungssaldo	-1.981,9
III.	ZUSAMMENSETZUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS	
4.	Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt	
4.1	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (brutto)	19.964,9
4.2	abzüglich Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	17.978,9
4.3	Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt	1.986,0
5.	zuzüglich Entnahmen aus Rücklagen	0,0
6.	abzüglich Zuführung an Rücklagen	4,2
7.	zuzüglich Überschüsse aus Vorjahren	0,3
8.	abzüglich Fehlbeträge aus Vorjahren	0,2
9.	Finanzierungssaldo	-1.981,9
IV.	NACHRICHTLICH	
	ERMITTLUNG DER KREDITERMÄCHTIGUNG FÜR KREDITMARKTMITTEL	
	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (netto)	1.986,0
	zuzüglich Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	17.978,9
	Kreditermächtigung (brutto)	19.964,9

KREDITFINANZIERUNGSPLAN

		(Mio EUR)
I.	EINNAHMEN AUS KREDITEN	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. vom Kreditmarkt (brutto)	0,0 19.964,9
	Zusammen	19.964,9
II.	TILGUNGSAUSGABEN FÜR KREDITE	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. am Kreditmarkt	156,4 17.978,9
	Zusammen	18.135,4
III.	NETTO-NEUVERSCHULDUNG insgesamt	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. am Kreditmarkt	-156,4 1.986,0
	Zusammen	1.829,6

**Änderungsantrag zum Einzelplan 01
zum Haushaltsgesetz 2016**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
1	Piraten	<p>Kapitel 01 100 Landesbeauftragter für Datenschutz und Titel 422 01 Titelbezeichnung: Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">3.299.400 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.562.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">737.300 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">4.036.700 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Planstellen der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (LDI) sind mit zehn weiteren Stellen anzusetzen, da auch die im Haushaltsentwurf 2016 bereits avisierte Erhöhung die bestehende defizitäre Personalausstattung der LDI nicht beseitigen kann. Vielmehr lässt sich kritisieren, dass zwar der neu anfallenden Aufgaben durch die EU-Datenschutzreform Rechnung getragen werden soll, aber die schon länger offenkundigen Defizite im Personalschlüssel wie bspw. hinsichtlich der Überprüfung der Verbunddateien dabei unangetastet bleiben. Die Aufsichtsbehörde bliebe ohne Erhöhung im Verhältnis zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weiterhin äußerst schwach ausgestattet (vgl. XAMIT Bewertungsgesellschaft mbH. (2013). Datenschutzbarometer 2013. Bewährungsprobe für den Datenschutz. S.29.).</p>		2016	Ansatz lt. HH 2015	von	3.299.400 Euro	2.562.100 Euro	um	737.300 Euro		auf	4.036.700 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	2016	Ansatz lt. HH 2015																							
von	3.299.400 Euro	2.562.100 Euro																							
um	737.300 Euro																								
auf	4.036.700 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

		<p>Dabei leistet die LDI wertvolle Arbeit bei der Überprüfung und Kontrolle u.a. der Einhaltung des Bundes- und des Landesdatenschutzrechts. Die LDI kann ihren vielfältigen und anspruchsvollen Auftrag nur mit einem entsprechenden Personalstab gerecht werden. Der Wandel hin zur digitalisierten Gesellschaft vervielfältigt den Auftrag der LDI im Bereich des Datenschutzes als auch im Bereich der Transparenz. Eine signifikante Erhöhung ihrer Ressourcen ist damit unerlässlich.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2016**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
2	FDP	<p>Kapitel 02 010 Allgemeine Bewilligungen Titel 462 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>1 Stelle ist kw.</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2016</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">2015</td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">10.601.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">9.642.200 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">110.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">10.491.500 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Eine Planstelle (B7) in der Staatskanzlei ist für Kommunikationsaufgaben der Landesregierung neu strukturiert worden. Im Jahr vor der Landtagswahl verbietet es sich, neben allen bereits vorhandenen Strukturen eine Abteilungsleiterstelle für zusätzliche Regierungs-PR so bereitzustellen.</p>	2016		2015		von	10.601.500 Euro	9.642.200 Euro		um	110.000 Euro			auf	10.491.500 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	ja
2016		2015																											
von	10.601.500 Euro	9.642.200 Euro																											
um	110.000 Euro																												
auf	10.491.500 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	ja																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2016**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
3	FDP	<p>Kapitel 02 010 Allgemeine Bewilligungen Titel 462 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>1 Stelle ist kw.</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2016</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">10.601.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">9.642.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">85.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">10.516.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Eine Planstelle (B2) in der Staatskanzlei ist ausschließlich für Belange der KlimaExpo GmbH im Jahr 2013 geschaffen worden. Aus Gründen der Haushaltskonsolidierung ist diese Planstelle ab dem Jahr 2016 zu streichen.</p>	2016		2015	von	10.601.500 Euro	9.642.200 Euro	um	85.000 Euro		auf	10.516.500 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2016		2015																							
von	10.601.500 Euro	9.642.200 Euro																							
um	85.000 Euro																								
auf	10.516.500 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enthaltung																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
4	FDP	<p>Kapitel 02 010 Allgemeine Bewilligungen Titel 527 01 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">394.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">394.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">294.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung sowie Haushaltsklarheit an die durchschnittlichen IST-Ausgaben der letzten zehn Jahre angepasst. Laut Haushaltsrechnung 2013 sind die Mittel nicht für den angegebenen Zweck verwendet worden, sondern in die Globale Minderausgabe geflossen. Auch der Mittelabruf im Jahr 2015 lag nach drei Quartalen deutlich unter dem Planansatz. Der Titel ist somit zu reduzieren.</p>		2016	2015	Von	394.000 Euro	394.000 Euro	um	100.000 Euro		auf	294.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2016	2015																							
Von	394.000 Euro	394.000 Euro																							
um	100.000 Euro																								
auf	294.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
5	FDP	<p>Kapitel 02 010 Allgemeine Bewilligungen Titel 531 10 Für Aufgaben der Presseinformation und der Öffentlichkeitsarbeit</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">1.500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">200.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.300.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung sowie Haushaltsklarheit an die IST-Ausgaben des letzten Jahres angepasst. Laut Haushaltsrechnung 2013 sind Mittel aus diesem Titel nicht für den angegebenen Zweck verwendet worden, sondern in die Globale Minderausgabe geflossen. Der Titel ist somit zu reduzieren.</p>		2016	2015	Von	1.500.000 Euro	1.500.000 Euro	um	200.000 Euro		auf	1.300.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2016	2015																							
Von	1.500.000 Euro	1.500.000 Euro																							
um	200.000 Euro																								
auf	1.300.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
6	FDP	<p>Kapitel 02 010 Ministerpräsidentin Titel 541 10 Zur Erfüllung von Repräsentations- verpflichtungen der Landesregierung</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.350.000</td> <td style="text-align: center;">Euro</td> <td style="text-align: right;">1.350.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">150.000</td> <td style="text-align: center;">Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.200.000</td> <td style="text-align: center;">Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die tatsächlichen Ausgaben im Jahr 2014 waren deutlich niedriger als der Ansatz. Aufgrund der schwierigen Haushaltslage ist es notwendig, die Mittel in diesem Aufgabenbereich zu reduzieren.</p>		2016		2015	von	1.350.000	Euro	1.350.000 Euro	um	150.000	Euro		auf	1.200.000	Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2016		2015																										
von	1.350.000	Euro	1.350.000 Euro																										
um	150.000	Euro																											
auf	1.200.000	Euro																											
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
7	FDP	<p>Kapitel 02 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 511 01 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="width: 50%;"></td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.420.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">1.650.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">282.500 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.137.500 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung sowie Haushaltsklarheit an die durchschnittlichen IST-Ausgaben der letzten vier Jahre angepasst. Laut Haushaltsrechnung 2013 sind die Mittel nicht für den angegeben Zweck verwendet worden, sondern in die Globale Minderausgabe geflossen. Der Titel ist somit zu reduzieren.</p>		2016		2015	von	1.420.000 Euro		1.650.000 Euro	um	282.500 Euro			auf	1.137.500 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2016		2015																										
von	1.420.000 Euro		1.650.000 Euro																										
um	282.500 Euro																												
auf	1.137.500 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

lf. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
8	FDP	<p>Kapitel 02 025 Besondere Bewilligungen Titelgruppe 60 Expo Fortschrittsmotor Klimaschutz, Energiewende</p> <p>Streichung der Titelgruppe</p> <p>2016 Mit Ausgaben von 2.500.000 Euro Mit Einnahmen von 0 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Aus Gründen der Haushaltskonsolidierung besteht für solche neuen Auf- gaben des Landes kein Spielraum.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja GRÜNE nein FDP ja PIRATEN nein</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
9	FDP	<p>Kapitel 02 040 Internationale Angelegenheiten und Eine Welt Titel 633 00 Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2016</td> <td style="width: 35%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: right;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>270.000</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">270.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>270.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Der Ansatz ist wegen der Bundeszuständigkeit überflüssig. GIZ und BMZ decken diesen Bereich hinlänglich ab. Eine Evaluierung kommunaler Projekte ist nicht vorgesehen. Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist im Übrigen nicht rechtssicher, da Verpflichtungen aus Partnerschaftsabkommen nicht klagbar sind.</p>	2016			2015	von	270.000	Euro	270.000 Euro	um	270.000	Euro		auf	0	Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enthaltung</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enthaltung
2016			2015																										
von	270.000	Euro	270.000 Euro																										
um	270.000	Euro																											
auf	0	Euro																											
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	Enthaltung																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																														
10	FDP	<p>Kapitel 02 040 Internationale Angelegenheiten und Eine Welt Titel 684 10 Zuschüsse zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 15%;">2016</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 10%; text-align: right;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>250.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">250.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>250.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Diese Projekte werden überwiegend bereits durch die EU gefördert. Deshalb wird der Ansatz aus Gründen der Haushaltskonsolidierung reduziert.</p>		2016			2015	von	250.000	Euro		250.000 Euro	um	250.000	Euro			auf	0	Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enthaltung</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enthaltung
	2016			2015																													
von	250.000	Euro		250.000 Euro																													
um	250.000	Euro																															
auf	0	Euro																															
SPD	nein																																
CDU	Enthaltung																																
GRÜNE	nein																																
FDP	ja																																
PIRATEN	Enthaltung																																

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
11	FDP	<p>Kapitel 02 040 Internationale Angelegenheiten und Eine Welt Titel 684 20 Koordination der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Nordrhein-Westfalen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2016</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>1.120.000</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">1.000.000</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>1.120.000</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung gestrichen.</p>	2016			2015	von	1.120.000	Euro	1.000.000	um	1.120.000	Euro	Euro	auf	0	Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="width: 30%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enthaltung</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enthaltung
2016			2015																										
von	1.120.000	Euro	1.000.000																										
um	1.120.000	Euro	Euro																										
auf	0	Euro																											
SPD	nein																												
CDU	Enthaltung																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	Enthaltung																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																														
12	FDP	<p>Kapitel 02 060 Medien Titel 547 60 Sächliche Verwaltungsausgaben</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2016</td> <td style="width: 35%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;">2015</td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>620.000</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">395.000</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>375.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>245.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Einsparungen bei 547 60 und 547 61 in Höhe von 500.000 Euro. Die Mittel sind nicht erforderlich. Ein konkretes Konzept zur Förderung der Aus- und Fortbildung im Medienbereich ist nicht zu erkennen. Informationsveranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit sind aus dem entsprechenden Titel der Staatskanzlei zu finanzieren.</p>	2016			2015		von	620.000	Euro	395.000	Euro	um	375.000	Euro			auf	245.000	Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2016			2015																														
von	620.000	Euro	395.000	Euro																													
um	375.000	Euro																															
auf	245.000	Euro																															
SPD	nein																																
CDU	ja																																
GRÜNE	nein																																
FDP	ja																																
PIRATEN	nein																																

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																														
13	FDP	<p>Kapitel 02 060 Medien Titel 547 61 Sächliche Verwaltungsausgaben</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2016</td> <td style="width: 35%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;">2015</td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>337.400</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">337.400</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>125.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>212.400</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Einsparungen bei 547 60 und 547 61 in Höhe von 500.000 Euro. Die Mittel sind nicht erforderlich. Ein konkretes Konzept zur Förderung der Aus- und Fortbildung im Medienbereich ist nicht zu erkennen. Informationsveranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit sind aus dem entsprechenden Titel der Staatskanzlei zu finanzieren.</p>	2016			2015		von	337.400	Euro	337.400	Euro	um	125.000	Euro			auf	212.400	Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2016			2015																														
von	337.400	Euro	337.400	Euro																													
um	125.000	Euro																															
auf	212.400	Euro																															
SPD	nein																																
CDU	ja																																
GRÜNE	nein																																
FDP	ja																																
PIRATEN	nein																																

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
14	PIRATEN	<p>Kapitel 03 010 neuer Titel Titelbezeichnung Förderung der Unterbringung in Privatwohnun- gen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">5.000.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">5.000.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Angelehnt an die Förderrichtlinie des Freistaats Sachsen soll NRW eine Fördersumme für Kommunen für die Unterbringung in Privatwohnungen zur Verfügung stellen. Vermieter erhalten in Sachsen eine Einmalzahlung, wenn sie ihren Wohnraum für Flüchtlinge zur Verfügung stellen. Sachsen macht dabei strenge Vorgaben, die so auch in NRW zu übernehmen sind. Die Räume müssen z. B. der Förderrichtlinie zufolge dem Hartz-IV-Standard entsprechen. Flüchtlinge sind auf dem Wohnungsmarkt aufgrund ihres unsicheren Aufenthaltsstatus benachteiligt. Die Förderrichtlinie ist eine Maßnahme um diesen Nachteil auszugleichen.</p>		2016		Ansatz lt. HH 2015	von	0	Euro	0 Euro	um	5.000.000	Euro		auf	5.000.000	Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	2016		Ansatz lt. HH 2015																										
von	0	Euro	0 Euro																										
um	5.000.000	Euro																											
auf	5.000.000	Euro																											
SPD	nein																												
CDU	nein																												
GRÜNE	nein																												
FDP	nein																												
PIRATEN	ja																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
15	PIRATEN	<p>Kapitel 03 010 Einrichtung eines neuen Titels Titelbezeichnung Förderung von nachhaltigen, humanen und dezentralen Projekten in der Flüchtlingsaufnahme</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">0</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">5.000.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">5.000.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Projekte und kommunale Maßnahmen, die für Nachhaltigkeit, Humanität und praktische Lösungen (Auszugsmanagement, Self-Empowerment-Projekte, Einführung eines Heim-TÜV, Beschwerdestellen, Flüchtlingsbeauftragte usw.) in der Flüchtlingsaufnahme sorgen, sollen gefördert werden.</p> <p>Deckung ergibt sich aus dem Änderungsantrag zu Kapitel 03 030 536 00 249 „Rückführung“.</p>		2016		Ansatz lt. HH 2015	Von	0	Euro	0 Euro	um	5.000.000	Euro		auf	5.000.000	Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	2016		Ansatz lt. HH 2015																										
Von	0	Euro	0 Euro																										
um	5.000.000	Euro																											
auf	5.000.000	Euro																											
SPD	nein																												
CDU	nein																												
GRÜNE	nein																												
FDP	nein																												
PIRATEN	ja																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03
zum Haushaltsgesetz 2015**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergeb- nis																									
16	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 03 010 Ministerium Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Beamtinnen, Rich- terinnen und Richter</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>2016</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">40.571.300 Euro</td> <td style="text-align: right;">34.941.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.093.300 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">41.664.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Erhöhung der Planstellenzahl</p> <p>Die Zahl der Planstellen wird von 669 um 25 auf 694 erhöht:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bes. Gr. A 14 von 36 um 4 auf 40 (Oberregierungsrat/-rätin) • Bes. Gr. A 11 von 161 um 21 auf 182 (6 x Kriminalhauptkommissar/-in, 15 x Regierungs- amtmann/-frau) <p><u>Begründung:</u></p> <p>Der Verfassungsschutz NRW steht nach den Anschlägen in Paris am 7.1.2015 und 13.11.2015 vor erheblich gestiegenen Herausforderungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Zahl der gewaltorientierten Salafisten in NRW hat sich von 325 auf 500 erhöht. Damit entfallen über 40 % des bundesweiten Personenpotenzials auf NRW. Das soge- 			Ansatz lt. HH 2015	2016			von	40.571.300 Euro	34.941.100 Euro	um	1.093.300 Euro		auf	41.664.600 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 80%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	PIRATEN	nein
		Ansatz lt. HH 2015																										
2016																												
von	40.571.300 Euro	34.941.100 Euro																										
um	1.093.300 Euro																											
auf	41.664.600 Euro																											
SPD	ja																											
CDU	ja																											
GRÜNE	ja																											
FDP	ja																											
PIRATEN	nein																											

		<p>nannte Grundrauschen in der salafistischen Szene hat sich in den letzten Monaten massiv erhöht.</p> <ul style="list-style-type: none"> • 2.000 Rechtsextremisten in NRW müssen als gewaltorientiert eingestuft werden. Beachtet werden muss darüber hinaus eine verbalradikale, in Teilen gewaltorientierte Szene im Umfeld von 2.000 bis zu 4.000 Personen. In beiden Phänomenbereichen ist die Zahl der Drohungen und menschenverachtenden Hetze erheblich angestiegen. Es besteht die Gefahr, dass virtueller Applaus zu einer konkreten Anwendung von Gewalt verführt. <p>Es gilt daher, den Verfassungsschutz NRW für folgende Aufgaben personell zu verstärken:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Risikobewertung gewaltorientierter Extremisten im Hinblick auf mögliche Impuls- und Resonanzstraftaten und gegebenenfalls zusätzliche operative Maßnahmen. Damit verbunden ist eine Intensivierung der operativen, personengezogenen Fallbearbeitung. • Verstärkung der Internetaufklärung insbesondere in sozialen Netzwerken sowie die Verbesserung und Erhöhung der Informationszugänge in sozialen Netzwerken zur Aufklärung konspirativer Kommunikationsbeziehungen. • Verstärkte Überwachung der Telekommunikation und Observationsmaßnahmen bei Anhaltspunkten für die Vorbereitung und Verabredung von Gewalttaten. • Intensivierung der Präventionsmaßnahmen zur Sensibilisierung von Betreibern, Beschäftigten und ehrenamtlichen Mitarbeitern der Flüchtlingsunterbringungen. <p>Daraus resultiert ein personeller Mehrbedarf an 4 Stellen des höheren Dienstes (A 14) und 21 Stellen des gehobenen Dienstes (A 11).</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
17	Piraten	<p>Kapitel 03 110 Titel 511 01 Titelbezeichnung: Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Ge- räte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Ge- brauchsgegenstände</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>36.846.000 Euro</td> <td>34.590.000</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>2.225.600 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>34.621.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Der speziell für Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen ange- dachte Baransatz soll wiederholt stark erhöht werden. Schon mit dem ersten Nachtragshaushalt wurde der Bereich der Telekommunikations- überwachung um mehr als 900.000€ erhöht. Mit dem Entwurf für 2016 sollen weitere 2,35 Millionen € in den Titel fließen. Dabei zeigt sich, dass TKÜ-Maßnahmen, insbesondere Funkzellenabfra- gen, nicht nur im Bereich schwerer Kriminalität wie bspw. der Terroris- musbekämpfung eingesetzt werden, sondern auch zunehmend bei ande- ren Straftaten angewendet werden. Die Erhöhung des Titels durch die Landesregierung spiegelt den unkontrollierten Gebrauch der Maßnahmen wider. Statt hier Erhöhungen vorzunehmen, sollte die Notwendigkeit und die Umsetzung der Maßnahme in einem Forschungsprojekt kritisch hinter- fragt werden.</p>		2016	Ansatz lt. HH 2015	von	36.846.000 Euro	34.590.000	um	2.225.600 Euro		auf	34.621.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	2016	Ansatz lt. HH 2015																							
von	36.846.000 Euro	34.590.000																							
um	2.225.600 Euro																								
auf	34.621.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
20	PIRATEN	<p>Kapitel 03 030 Einrichtung eines neuen Titels Titelbezeichnung Projektfinanzierung für die anonyme Krankenkarte</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: center;">2016</td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.500.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.500.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Kommunen, die durch eine anonyme Krankenkarte – analog den Konzepten z. B. in Düsseldorf, Köln oder Essen – die medizinische Versorgung für Menschen ohne definierten Aufenthaltsstatus sicherstellen, können aus diesem Haushaltstitel Gelder beantragen. Ziel ist die geschützte Vermittlung von anonymen Krankenscheinen. Der anonyme Krankenschein wird dabei in kommunalen Projekten in Zusammenarbeit mit Organisationen der medizinischen Flüchtlingshilfe umgesetzt.</p> <p>Die Deckung des Betrages ergibt sich aus dem Änderungsantrag zu Kapitel 03 030, Titel 681 20 249 „Beförderungskosten“.</p>		2016		Ansatz lt. HH 2015	von	0	Euro	0 Euro	um	1.500.000	Euro		auf	1.500.000	Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	2016		Ansatz lt. HH 2015																										
von	0	Euro	0 Euro																										
um	1.500.000	Euro																											
auf	1.500.000	Euro																											
SPD	nein																												
CDU	nein																												
GRÜNE	nein																												
FDP	nein																												
PIRATEN	ja																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
21	PIRATEN	<p>Kapitel 03 030 Titel 536 00 Titelbezeichnung Rückführung</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="width: 50%;"></td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">17.904.500 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">8.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">10.503.500 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">7.401.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Eine nochmalige Erhöhung des Titels ist nicht nötig, da erstens die tatsächlichen Ausgaben für Rückführungen im Jahr 2014 bei ca. 2.755.000 Euro (Ist-Betrag) lagen, zweitens die Landesregierung laut Presseberichten und Runderlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales 122.39.01.01-2-15-183(260) vom 30.11.2015 vermehrt auf freiwillige Rückkehr setzen will, drittens die Flüchtlingszahlen aus den Westbalkan-Staaten seit längerem auf einem niedrigen Niveau sind und viertens Abschiebungen im Winter per Erlass ausgesetzt werden sollten.</p>		2016		Ansatz lt. HH 2015	von	17.904.500 Euro		8.000.000 Euro	um	10.503.500 Euro			auf	7.401.000 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	2016		Ansatz lt. HH 2015																										
von	17.904.500 Euro		8.000.000 Euro																										
um	10.503.500 Euro																												
auf	7.401.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	nein																												
GRÜNE	nein																												
FDP	nein																												
PIRATEN	ja																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
22	PIRATEN	<p>Kapitel 03 010 Einrichtung eines neuen Titels 684 42 Titelbezeichnung Überregionales Beschwerdemanagement und Einrichtung eines Flüchtlingsforums</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">0</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: center;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">500.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">500.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Nach den Misshandlungsvorfällen in den Landeseinrichtungen für Asylbewerber wurden mittlerweile dezentrale Beschwerdemöglichkeiten – angekoppelt an die Verfahrensberatung – implementiert. Leider fehlt bis heute die angekündigte überregionale Koordinierungsstelle des mehrstufigen Beschwerdemanagements (Vorlage 16/2788). Diese soll insbesondere strukturelle Mängel in den Unterbringungseinrichtungen identifizieren und für nachhaltige Besserung sorgen. Ein mit Personal gut ausgestattetes überregionales Beschwerdemanagement könnte zu-</p>		2016		Ansatz lt. HH 2015	von	0	Euro	0 Euro	um	500.000	Euro		auf	500.000	Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: center;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: center;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: center;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: center;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	2016		Ansatz lt. HH 2015																										
von	0	Euro	0 Euro																										
um	500.000	Euro																											
auf	500.000	Euro																											
SPD	nein																												
CDU	nein																												
GRÜNE	nein																												
FDP	nein																												
PIRATEN	ja																												

		<p>sätzlich zu den Anliegen der Flüchtlinge auch einen Ansprechpartner für Helferinnen und Helfer in der Flüchtlingshilfe darstellen.</p> <p>Erfahrungswissen und Best-Practice-Beispiele sollten an einer zentralen Stelle gesammelt und ausgetauscht werden können. Dies kann durch ein moderiertes Flüchtlingsforum garantiert werden, das Fragen professionell beantwortet und Aktiven in ganz NRW den Austausch sowie die Vernetzung ermöglicht.</p> <p>Die Deckung des Betrages ergibt sich aus dem Änderungsantrag zu Kapitel 03 030, Titel 536 00 249 „Rückführung“.</p> <p>Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 684 41.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
23	PIRATEN	<p>Kapitel 03 030 Titel 681 20 Titelbezeichnung Beförderungskosten</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>12.455.100 Euro</td> <td>5.565.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>3.711.700 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>8.743.400 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Eine nochmalige Erhöhung des Titels ist nicht nötig. Das zusätzliche Geld sollte in mobile Registrierungs-Teams fließen. Es gab bisher zwar technische Probleme, da aber die ganze IT-Struktur für die Erfassung erneuert wurde, werden diese im Jahr 2016 behoben sein. Hinzu kommt, dass es immer größere Einrichtungen gibt, weswegen BAMF-Außenstellen geschaffen werden können, die für kürzere Anreisewege sorgen können.</p>		2016	Ansatz lt. HH 2015	von	12.455.100 Euro	5.565.100 Euro	um	3.711.700 Euro		auf	8.743.400 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	Enthaltung	PIRATEN	ja
	2016	Ansatz lt. HH 2015																							
von	12.455.100 Euro	5.565.100 Euro																							
um	3.711.700 Euro																								
auf	8.743.400 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	Enthaltung																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungs- ergebnis												
24	FDP	<p>Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Die Zahl der Planstellen für Richter/Richterinnen am Landgericht der BesGr. R 2 wird von 445 um 19 auf 464 erhöht.</p> <p>Die Zahl der Planstellen für Richter/Richterinnen am Landgericht der BesGr. R 1 wird von 2.246 um 38 auf 2.284 erhöht.</p> <p>Die Zahl der Planstellen für Justizamtsinspektoren/innen der BesGr. A 9 (mittlerer Justizdienst mit Sachbearbeiteraufgaben) wird von 1.227 um 30 auf 1.257 erhöht.</p> <p>Die Zahl der Planstellen für Justizhauptsekretäre/innen der BesGr. A 8 (mittlerer Justizdienst mit Sachbearbeiteraufgaben) wird von 807 um 8 auf 815 erhöht.</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">559.230.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">670.853.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">5.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">564.230.900 Euro</td> <td></td> </tr> </table>		2016	2015	von	559.230.900 Euro	670.853.700 Euro	um	5.000.000 Euro		auf	564.230.900 Euro		<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja GRÜNE nein FDP ja PIRATEN ja</p>
	2016	2015													
von	559.230.900 Euro	670.853.700 Euro													
um	5.000.000 Euro														
auf	564.230.900 Euro														

Begründung:

Die 57 Planstellen für Richter/Richterinnen dienen der Schaffung von 19 weiteren Strafkammern bei den Landgerichten, um der massiven Überlastung und dadurch bedingten nicht hinnehmbaren und immer öfter rechtsstaatswidrigen überlangen Verfahrenslaufzeiten bei Nichthaftsachen entgegenzuwirken, bei denen es um schwere Straftaten und nicht selten auch gefährliche Täter geht. Rechnerisch soll jedes der 19 Landgerichte eine neue Strafkammer erhalten können, wobei die konkrete Zuweisung nach dem Ausmaß der Überlastung erfolgen soll.

Die Landesregierung musste in der Vergangenheit auf kritische Nachfragen zur langen Dauer verschiedener Strafverfahren vor dem Rechtsausschuss mehrfach einräumen, dass die Strafkammern zahlreicher Landgerichte in NRW durch die hohe Anzahl von Haftsachen, die aufgrund des Beschleunigungsgebotes vorrangig zu bearbeiten waren, so ausgelastet waren, dass dort aufgelaufene Nichthaftsachen regelmäßig über mehrere Jahre nicht oder kaum bearbeitet und verhandelt werden konnten.

So ist die durchschnittliche Bearbeitungszeit von Nichthaftsachen im Landesdurchschnitt von 2010 mit 239 Tagen auf 2014 mit 306 Tagen kontinuierlich um 67 Tage (28 %) spürbar angestiegen (vgl. Vorlage 16/2852):

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Nichthaftsachen in Tagen / Land NRW*:

Jahr	2010	2011	2012	2013	2014
Land NRW	239 Tage	257 Tage	267 Tage	274 Tage	306 Tage

Bei vielen Landgerichten sind tatsächlich indes viel massivere Verschlechterungen der Verfahrensdauer von Nichthaftsachen eingetreten: Bei den Strafkammern des Landgerichts Köln etwa hat sich die durchschnittliche Bearbeitungsdauer der Nichthaftsachen von 232 Tagen im Jahre 2010 auf 370 Tage im Jahr 2014 kontinuierlich erhöht. In dieser Zeit hat sich dort die Verfahrensdauer von Nichthaftsachen somit im Durchschnitt somit um ganze 59,5 Prozent verlängert! An zahlreichen anderen Landgerichte sieht es ähnlich bzw. noch drastischer aus:

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Nichthaftsachen in Tagen / ausgewählte Landgerichte*:

Landgerichte	durchschnittliche Bearbeitungsdauer Nichthaftsachen in Tagen/ Jahr 2010	durchschnittliche Bearbeitungsdauer Nichthaftsachen in Tagen / Jahr 2014	Zunahme der Verfahrensdauer v. Nichthaftsachen von 2010 bis 2014	Zunahme in Prozent
Wuppertal	226 Tage	303 Tage	+ 77 Tage	+ 34 %
Köln	232 Tage	370 Tage	+ 138 Tage	+ 59,5 %
Dortmund	312 Tage	515 Tage	+ 203 Tage	+ 65 %
Bonn	115 Tage	197 Tage	+ 82 Tage	+ 71,3 %
Duisburg	268 Tage	676 Tage	+ 408 Tage	+ 150 %
Hagen	198 Tage	495 Tage	+ 297 Tage	+ 150 %
Detmold	62 Tage	168 Tage	+ 106 Tage	+ 170 %

* Dabei ist die Zeit zwischen Tat und Anklageerhebung nicht miteingerechnet, sondern nur von Eingang der Anklage bei Gericht bis zum erstinstanzlichen Abschluss des Verfahrens. Nicht eingerechnet sind ferner auch nicht die Zeiten bei eingelegten Rechtsmitteln bis zum rechtskräftigen Urteil sowie sich anschließende Ladungszeiten bis zum möglichen Haftantritt bei Haftstrafen ohne Bewährung. (vgl. Anlage 1 zu Vorlage 16/2927)

Die mit dem Haushalt 2015 geschaffenen 22 Planstellen R1, von denen 16 an die Landgerichte Düsseldorf, Essen und Köln gegangen sind, können dem Problem alleine nicht abhelfen. Landgerichte mit besonders hohen Werten oder Zuwächsen wie Duisburg und Dortmund haben lediglich eine Stelle, andere wie Hagen, Mönchengladbach (2014: 400 Tage), Bonn oder Detmold keine zusätzliche Stelle erhalten (Vorlage 16/2927).

Die Negativausschläge in konkreten Einzelfällen sind noch weitaus gravierender. Bei vielen Strafverfahren sind tatsächlich viel längere Verfahrensdauern zu verzeichnen. Trotz hoher persönlicher Anstrengungen kommen die Richter aufgrund der Fülle - gerade auch von vorrangigen Haftsachen - mit den Verfahren nicht mehr nach. Neben der hohen Zahl der Verfahren liegt dies auch an vermehrt überdurchschnittlich schwierigen und überproportional umfänglichen Verfahren.

Abgefragte Beispiele verdeutlichen, dass die Eröffnung des Hauptverfahrens nicht selten über zwei Jahre nicht getroffen werden kann oder Hauptverhandlungen erstmalig nach über drei Jahren terminiert werden, wodurch mögliche Millionenschäden durch Überlastung der Justiz bei Wirtschaftsstrafverfahren drohen (vgl.

Drs. 16/2065), ein fatales Signal gegenüber Fußball-Gewalttätern entsteht (Drs. 16/5676; Vorlage 16/2688) oder eben Verfahren wegen schwerer Straftaten gegen Kinder (Vorlage 16/2852) viel zu lange dauern.

So teilte die Landesregierung NRW insoweit die besorgniserregende Erklärung des Präsidenten des Oberlandesgerichts Köln (vgl. Drs. 16/8947) mit:

„Die großen Strafkammern waren [...] insbesondere durch den Eingang umfangreicher Haftsachen im Jahre 2014 stark belastet und sind dies auch nach wie vor. So sind alleine in den ersten Monaten dieses Jahres bereits 20 neue Schwurgerichtssachen eingegangen. Dies hat dazu geführt, dass die Kammern sich unter Beachtung der verfassungsrechtlichen Vorgaben im Wesentlichen mit der Förderung der Verfahren befassen mussten, in denen gegen den oder die Angeklagten Untersuchungshaft vollzogen wird. Bei der in der Kleinen Anfrage erwähnten Strafsache (...) handelt es sich demgegenüber um eine Nichthaftsache (...), in der über die Eröffnung des Hauptverfahrens tatsächlich bislang nicht entschieden werden konnte (Anmerkung: Der Vorfall war vier Jahre her!).

In Fällen, in denen - ohne Untersuchungshaft - eine Haftstrafe ohne Bewährung in Betracht kommt, sind Täter zunächst teilweise drei Jahre und länger nach der Tat auf freiem Fuß, bis endlich ein erstinstanzliches Urteil gefällt werden kann. Leidtragende sind auch die Opfer und Zeugen, die nicht abschließen können, sich immer schlechter an die Einzelheiten der Tat erinnern können und dem Täter gegebenenfalls weiter begegnen.

Bei den Strafkammern der Landgerichte ist insoweit ein besorgniserregender Zustand zu beklagen, in dem nicht mehr nur die Strafe der Tat nicht mehr auf den Fuß folgt, sondern im Gegenteil immer öfter die lange Verfahrensdauer strafmildernd zugunsten des Täters berücksichtigt werden muss oder aufgrund dessen bereits im Urteil ausgesprochen werden muss, dass ein Teil der Strafe als vollstreckt gilt.

Auch Nichthaftsachen bei Landgerichten betreffen indes schwere Straftaten und nicht selten auch gefährliche Täter. Die Strafkammern der Landgerichte sind nach § 74 Absatz 1 GVG als erkennende Gerichte des ersten Rechtszuges zuständig für Verbrechen, die nicht zur Zuständigkeit des Amtsgerichts oder des Oberlandesgerichts gehören, sowie für alle Straftaten, bei denen eine höhere Strafe als vier Jahre Freiheitsstrafe oder die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus, allein oder neben einer Strafe, oder in der Sicherungsverwahrung zu erwarten ist oder bei denen die Staatsanwaltschaft in den Fällen des § 24 Abs. 1 Nr. 3 GVG Anklage beim Landgericht erhebt.

	<p>Insgesamt ist die durchschnittliche Dauer aller Strafverfahren vor den Landgerichten in Verfahren 1. Instanz, die von 2005 bis 2009 zwischen 5,9 und 6,1 Monaten betragen hat, von 2010 bis 2014 schrittweise von 6,0 auf 7,3 Monate gestiegen (https://www.justiz.nrw.de/Gerichte_Behoerden/zahlen_fakten/statistiken/justizgeschaeftsstatistik/landgerichte/verfahrensdauer/straf_1instanz.pdf).</p> <p>Eine vom Justizstaatssekretär in Aussicht gestellte Verschiebung von Richtern aus den Zivilkammern in die Strafkammern (APr 16/881, Seite 37) wäre kontraproduktiv und im Hinblick auf die Rechtsuchenden nicht vertretbar. Denn auch die durchschnittliche Dauer der Zivilverfahren vor den Landgerichten ist in den Verfahren 1. Instanz von 7,9 Monaten im Jahr 2010 bis 2014 kontinuierlich auf 9,1 Monate gestiegen (https://www.justiz.nrw.de/Gerichte_Behoerden/zahlen_fakten/statistiken/justizgeschaeftsstatistik/landgerichte/verfahrensdauer/zivil_1instanz.pdf). Zudem bewegen sich auch die durchschnittliche Dauer der Straf- und Zivilverfahren vor den Landgerichten in Berufungssachen auf Höchstwerten.</p> <p>Mit dem Landesrichter- und -staatsanwältegesetz werden zudem weitere Freistellungen von Richterinnen und Richtern verbunden sein, die ohne Kompensation zu einer Mehrbelastung der anderen bzw. negativen Auswirkungen auf Rechtssuchende und Strafverfahren führen würden.</p> <p>Es erscheint nicht nachvollziehbar, dass allein den Verwaltungsgerichten viele neue Stellen aufgrund des Anstiegs der Asylverfahren zugewiesen werden, es aber gleichzeitig zur Regel geworden ist, dass Strafverfahren über Jahre von den zuständigen Strafkammern wegen der hohen Belastung nicht verhandelt werden können.</p> <p>Wer Rechtsfrieden sichern, Gerechtigkeit durchsetzen und für alle Bürgerinnen und Bürger eine effektive Rechtsprechung und zügige Vollstreckung auf hohem Niveau bieten will (APr 15/35, Seite 5, APr 16/41, Seite 8) muss dazu auch das notwendige Personal bereitstellen. Aufgrund der derzeitigen hohen und prognostisch wachsenden Belastung der Strafkammern der Landgerichte ist die Schaffung von ausreichend neuen Planstellen alternativlos.</p>	
--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2016**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
25	FDP	<p>Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit Titel 422 02 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Erhöhung des Baransatzes und Einrichtung von 30 weiteren Planstellen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst A9 g.D. Rechtspflegeranwärter/innen und Erhöhung der Anzahl der beabsichtigten Einstellungen von 138 um 30 auf 168 Einstellungen von Rechtspflegeranwärter/innen A9 g.D. sowie entsprechende Anpassung des Haushaltsvermerks.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2016</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2015</td> </tr> <tr> <td>von 10.845.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">10.440.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 450.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 11.295.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Es bedarf dringend der personellen Verstärkung der Staats- und Anwaltschaften in NRW. Wer im aktuellen Umfeld der Sicherheit der Menschen und vor allem einer effektiven und konsequenten Strafverfolgung für die nordrhein-westfälische Justiz oberste Priorität einräumen will, wie es im Erläuterungsband verlautbart wird (Vorlage 16/3189, Seite 1), muss die Ermittlungsbehörden neben den Gerichten ausreichend personell verstärken.</p>	2016	2015	von 10.845.500 Euro	10.440.400 Euro	um 450.000 Euro		auf 11.295.500 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	ja
2016	2015																				
von 10.845.500 Euro	10.440.400 Euro																				
um 450.000 Euro																					
auf 11.295.500 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	ja																				

		<p>Zusätzliche 30 Amtsanwälte und Amtsanwältinnen sollen den stark belasteten Amtsanwaltsdienst in NRW verstärken, sind jedoch erst nach erfolgreicher Einführungszeit der Amtsanwaltsanwärter aus dem Kreis der Rechtspfleger verfügbar. Die Einführungszeit der Amtsanwaltsanwärter von 15 Monaten beginnt am 2. Januar eines Ausbildungsjahres. Zur Einführungszeit kann eine Beamtin oder ein Beamter zugelassen werden, die oder der die Rechtspflegerprüfung abgelegt hat und nach ihrer oder seiner Persönlichkeit und den bisherigen Leistungen für den Amtsanwaltsdienst besonders geeignet erscheint. Insoweit ist in einem ersten Schritt eine Erhöhung um 30 Anwärterstellen für Rechtspfleger erforderlich, um die nach erfolgreicher Einführungszeit in den Amtsanwaltsdienst wechselnden Rechtspfleger entsprechend zu ersetzen. In einem zweiten Schritt sind zeitlich nachgezogen entsprechende 30 Planstellen für neue Amtsanwälte/Amtsanwältinnen (A 12) zu schaffen.</p> <p>Eine Verstärkung der Staatsanwaltschaften um 20 Stellen für Ober/Staatsanwälte und 12 Stellen für den mittleren Justizdienst mit Sachbearbeiteraufgaben erfolgt in einem gesonderten Änderungsantrag zu Kapitel 04 215 Titel 422 01.</p> <p>Der Personalbedarf des amtsanwaltlichen Dienstes hat von 2013 auf 2014 um 23,42 Stellen zugenommen (Vergleich Vorlage 16/3096 zu Vorlage 16/2248). Die Belastung der Amtsanwälte ist in diesem Zeitraum noch einmal um 3,39 %-Punkte auf 161,96% gestiegen, nachdem der Personalbedarf bereits von 2012 auf 2013 um 8,94 Stellen gestiegen war und die Belastung um 4,1 %-Punkte (Vergleich Vorlage 16/2248 zu Vorlage 16/1283).</p> <p>Die Schaffung von 50 zusätzlichen Stellen für Amtsanwälte in den Haushalten 2014/15 hat zu keiner nachhaltigen Entlastung geführt. Das Hochrechnungsergebnis des Justizministeriums für den amtsanwaltlichen Dienst auf Basis der Ergebnisse des I. und II. Quartals 2015 ergibt bei einem Gesamtpersonalbedarf von 446,17 Stellen bei nunmehr 358 Planstellen eine stellenbasierte Belastungsquote von 124,63 % und eine verwendungsbasierte Belastungsquote von 159,36 %.</p>	
--	--	---	--

		<p>Trotz des Planstellenzuwachses steht dem 12,57 %-tigen Rückgang der stellenbasierten Quote lediglich ein 2,6 %-tiger Rückgang der verwendungsbasierten Quote gegenüber. Damit stellt der amtsanwaltliche Dienst weiterhin die mit Abstand höchstbelastete Laufbahn der Justiz dar.</p> <p>Zurückzuführen sein dürfte dies unter anderem auf die Verlagerung von Kriminalität in die amtsanwaltliche Zuständigkeit. So ist der Bearbeitungsanteil der Amtsanwälte bei den Gesamteingängen zwischen 2009 und 2014 von 47,4% auf 51% gestiegen. Der Bearbeitungsanteil an der allgemeinen Kriminalität ohne Sondersachgebiete hat sich nach Schätzungen von etwa 65 % auf ca. 75% erhöht.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
26	FDP	<p>Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit Titel 532 36 Sonstige Auslagen in Rechtssachen (einschl. Geld- bei belohnungen für die Mitwirkung der Bevölkerung der Aufklärung strafbarer Handlungen, bei der Festnahme Beschuldigter und bei der Wiederergreifung entwichener Gefangener)</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;">2016</td> <td style="width: 40%; text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>8.191.000 Euro</td> <td>10.576.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>7.100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>1.091.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Der Antrag dient der Gegenfinanzierung der Änderungsanträge zu Kapitel 04 210 Titel 422 01, Kapitel 04 210 Titel 422 02 und Kapitel 04 215 Titel 422 01. Die Ansätze für die Auslagen in Rechtssachen liegen seit 2012 deutlich über den Ist-Ergebnissen (vgl. Vorlagen 16/2248 und 16/3328):</p> <p>Differenz 2012: 23,6 Mio. € Differenz 2013: 34,9 Mio. € Differenz 2014: 20,9 Mio. €</p>		2016	2015	von	8.191.000 Euro	10.576.000 Euro	um	7.100.000 Euro		auf	1.091.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	ja
	2016	2015																							
von	8.191.000 Euro	10.576.000 Euro																							
um	7.100.000 Euro																								
auf	1.091.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	ja																								

		<p>Der Haushaltsentwurf sieht gegenüber dem Ist 2014 von 524 Mio. € eine weitere Steigerung von 32 Mio. € auf 556 Mio. € vor. Da die Auswirkungen des am 01.08.2013 in Kraft getretenen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes mittlerweile hinreichend bekannt sind, kann eine entsprechende Reduzierung des Ansatzes der Auslagen in Rechtssachen erfolgen. Die Reduzierung erfolgt zur Vereinfachung in Kapitel 04 210 Titel 532 36. Auf die Haushaltsvermerke 2. und 4. zu den sächlichen Verwaltungsausgaben der Kapitel 04 210, 04 215, 04 220, 04 230, 04 240 und 04 250 wird Bezug genommen.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2016**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
27	FDP	<p>Kapitel 04 215 Generalstaatsanwaltschaften und Staatsanwaltschaften</p> <p>Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Die Zahl der Planstellen für Oberstaatsanwälte/Oberstaatsanwältinnen der BesGr. R 2 wird von 243 um 2 auf 245 erhöht.</p> <p>Die Zahl der Planstellen für Staatsanwälte/Staatsanwältinnen der BesGr. R 1 wird von 744 um 18 auf 762 erhöht.</p> <p>Die Zahl der Planstellen für Justizamtsinspektoren/innen der BesGr. A 9 (mittlerer Justizdienst mit Sachbearbeiteraufgaben) wird von 185 um 8 auf 193 erhöht.</p> <p>Die Zahl der Planstellen für Justizhauptsekretäre/innen der BesGr. A 8 (mittlerer Justizdienst mit Sachbearbeiteraufgaben) wird von 276 um 4 auf 280 erhöht</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2016 von 143.649.700 Euro um 1.650.000 Euro auf 145.299.700 Euro</p> <p style="text-align: right;">2015 – Euro</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja GRÜNE nein FDP ja PIRATEN ja</p>

Begründung:

Die 20 Planstellen für Ober-/Staatsanwälte dienen der Verstärkung der stark belasteten Staatsanwaltschaften in NRW. Wer im aktuellen Umfeld der Sicherheit der Menschen und vor allem einer effektiven und konsequenten Strafverfolgung für die nordrhein-westfälische Justiz oberste Priorität einräumen will (Vorlage 16/3189, Seite 1), muss neben den Gerichten auch die Ermittlungsbehörden ausreichend personell verstärken. Dies erfordert auch eine entsprechende Zahl an unterstützenden Servicemitarbeitern (A9 und A 8).

Zudem sollen 30 zusätzliche Amtsanwälte und Amtsanwältinnen den Amtsanwaltsdienst verstärken. Die Einführungszeit der Amtsanwaltsanwärter von 15 Monaten beginnt am 2. Januar eines Ausbildungsjahres. Zur Einführungszeit kann eine Beamtin oder ein Beamter zugelassen werden, die oder der die Rechtspflegerprüfung abgelegt hat und nach ihrer oder seiner Persönlichkeit und den bisherigen Leistungen für den Amtsanwaltsdienst besonders geeignet erscheint. Insoweit ist in einem ersten Schritt eine Erhöhung um 30 Anwärterstellen für Rechtspfleger (vgl. dazu den gesonderten Änderungsantrag zu Kapitel 04 210 Titel 422 02) erforderlich, um die nach erfolgreicher Einführungszeit in den Amtsanwaltsdienst wechselnden Rechtspfleger entsprechend zu ersetzen. In einem zweiten Schritt sind zeitlich nachgezogen entsprechende 30 Planstellen für neue Amtsanwälte/Amtsanwältinnen (A 12) zu schaffen.

Es gilt auch, in NRW erfolgreiche Projekte wie die Häuser des Jugendrechts weiter auszubauen und zu stärken und so etwa die aktuelle Problematik jugendlicher Intensivtäter aus kriminellen Familienclans konsequent anzugehen (vgl. Übersichten vertrauliche Vorlage 16/103) und sicherzustellen, dass gesetzlich vorgesehene Rechtsinstrumente wie das besondere beschleunigte Verfahren mit Hauptverhandlungshaft gegen bestimmte Täter vor Ort durch entsprechende personelle bzw. organisatorische Vorkehrungen auch angewandt werden können, um schnelle Prozesse gegen Kriminelle durchzuführen. Auch ist es angezeigt, zunehmender Gewalt gegen Einsatzkräfte durch eine schnelle staatliche Reaktion entgegenzuwirken. Neue Tatbegehungsformen und die schiere Masse an potentiell verfügbaren Beweismitteln wie etwa DNA-Spuren oder Daten auf Computern und Mobiltelefonen wirken sich auch auf Ermittlungstätigkeit und –aufwand entsprechend aus (vgl. Vorlage 16/2604).

	<p>Die Ausführungen im Vorwort des Erläuterungsbandes zum Haushalt zu den deutlich gesteigerten Herausforderungen der Justizbehörden anlässlich der aktuellen Sicherheitslage (Vorlage 16/3189, Seite 1) sind zutreffend, die fehlende Reaktion der Landesregierung und der Regierungsfractionen in Bezug auf die Staatsanwaltschaften indes unbefriedigend.</p> <p>Der Personalbedarf bei Staatsanwälten hat von 2013 auf 2014 um 32,79 Stellen zugenommen (Vergleich Vorlage 16/3096 zu Vorlage 16/2248). Rot-Grün hat mit der 2. Ergänzung zum Haushalt 2015 lediglich 10 Planstellen für Staatsanwälte geschaffen (vgl. Drs. 16/6990, Seite 60).</p> <p>Der Bestand an Ermittlungsverfahren ist am Jahresende von 127.872 Verfahren im Jahre 2010 auf 143.200 Verfahren in 2014 und damit um 15.328 bzw. 12% gestiegen. Auch die Zahl der Verfahrenseingänge ist zuletzt gestiegen. So sind im Jahr 2014 rund 40.000 Ermittlungsverfahren mehr als 2013 eingeleitet worden (https://www.justiz.nrw.de/Gerichte_Behoerden/zahlen_fakten/statistiken/justizgeschaefte/statistik/staatsanwaltschaften/ge_sta.pdf).</p> <p>Mit dem Haushalt 2016 sollen aufgrund der steigenden Anzahl von Ermittlungsverfahren gerade einmal weitere zwei Stellen (Vorlage 16/3189, Seite 14) dazukommen. Somit bedarf es weiterer 20 Stellen.</p> <p>.</p>	
--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																										
28	Piraten	<p>Kapitel 05 (neues Kapitel) Einrichtung eines neuen Titels Titelbezeichnung Innovationsfonds freie Bildungsmedien</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2016</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">4.500.000</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">4.500.000</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> <td></td> </tr> </table> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">Ansatz</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">4.500.000</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">4.500.000</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Lernmittel unter freier Lizenz (Open Educational Resources) sind ein geeignetes Mittel um das Lernen mit Medien an den Schulen voranzubringen und die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler zu unterstützen. Um ihren Einsatz in den Schulen des Landes zu verankern,</p>		2016		Ansatz lt. HH 2015	von	0	Euro	0 Euro	um	4.500.000	Euro		auf	4.500.000	Euro					Ansatz	von	0	Euro	0 Euro	um	4.500.000	Euro		auf	4.500.000	Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	2016		Ansatz lt. HH 2015																																										
von	0	Euro	0 Euro																																										
um	4.500.000	Euro																																											
auf	4.500.000	Euro																																											
			Ansatz																																										
von	0	Euro	0 Euro																																										
um	4.500.000	Euro																																											
auf	4.500.000	Euro																																											
SPD	nein																																												
CDU	nein																																												
GRÜNE	nein																																												
FDP	nein																																												
PIRATEN	ja																																												

		<p>sind die Bereitstellung eines Grundstocks an Lernmitteln sowie einer verlässlichen Plattform für die Produktion, Weiterentwicklung, Distribution und Einsatz notwendig.</p> <p>Für die Entwicklung von Lernmitteln unter freier Lizenz für die Sekundarstufe 1 sind 4 500 000 Euro in den Haushalt 2016 einzustellen. Die Förderung ist in den Jahren 2017 und 2018 fortzusetzen. In diesem Zeitraum sollen Ausschreibungen für die Produktion dieser Lernmittel für Englisch, Mathematik und die Naturwissenschaften aufwachsend für alle Jahrgangsstufen der Sekundarstufe 1 für alle weiterführenden Schulformen durchgeführt werden. Nach erfolgter Zulassung als Lernmittel können sie an den Schulen frei eingesetzt werden.</p> <p>Durch den Einsatz dieser freien Lernmittel können Schulen ihre Aufwendungen für Lernmittel reduzieren. Die freiwerdenden Mittel können Schulträger beispielsweise für Investitionen in die IT-Ausstattung von Schulen einsetzen.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
29	Piraten	<p>Kapitel 05 010 Titel 686 61 Titelbezeichnung Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">324.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">708.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">350.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">674.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>a) Um die Bekanntheit des Medienpass NRW zu steigern sind ein Medienpass Kongress sowie regionale Veranstaltungen durchzuführen.</p> <p>b) Entsprechend der Empfehlungen des Berichts der Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Länder und des Bundes zu Open Educational Resources (OER) vom 27.01.2015 sind geeignete Maßnahmen zur Sensibilisierung für die Potentiale von OER sowie zur Förderung des Erkenntnisstands zu OER zu ergreifen. Hierfür ist eine zentrale Veranstaltung auszurichten. Zudem ist ein Wettbewerb durchzuführen, bei dem Preise für besonders gelungenen Materialien unter freier Lizenz ausgelobt werden. Die Prämierung soll im Rahmen der zentralen OER-Veranstaltung erfolgen.</p>		2016	Ansatz lt. HH 2015	von	324.600 Euro	708.600 Euro	um	350.000 Euro		auf	674.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: center;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: center;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: center;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: center;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	2016	Ansatz lt. HH 2015																							
von	324.600 Euro	708.600 Euro																							
um	350.000 Euro																								
auf	674.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
30	FDP	<p>Kapitel 05 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 972 20 Globale Minderausgaben durch Abschaffung von VOBASOF</p> <p>Ausbringung eines neuen Ansatzes und eines Haushaltsvermerks sowie Reduzierung des Ansatzes.</p> <table border="0"> <tr> <td>2016</td> <td></td> <td>2015</td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td>0 Euro</td> <td>0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>1.200.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>- 1.200.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Die Erwirtschaftung des Einsparbeitrags hat durch die Einstellung der VOBASOF-Ausbildung im Einzelplan 05 zu erfolgen.</p> <p>Begründung: Eine 18-monatige berufsbegleitende Ausbildung (VOBASOF) soll in zehn Durchgängen für insgesamt 2.500 Auszubildende den Erwerb eines Lehramts für sonderpädagogische Förderung ermöglichen. Fachverbände haben jedoch dringend z.B. vor einer fehlenden universitären Anbindung gewarnt. Auch werden geplante Auszubildendenzahlen bereits jetzt nicht ansatzweise erreicht. Diese qualitativ fragwürdige Ausbildung wird gestrichen und pauschal werden Mittel anteilig für das Haushaltsjahr 2016 von 1,2 Mio. Euro abgesetzt.</p>	2016		2015	Von	0 Euro	0 Euro	um	1.200.000 Euro		auf	- 1.200.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table border="0"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2016		2015																							
Von	0 Euro	0 Euro																							
um	1.200.000 Euro																								
auf	- 1.200.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enthaltung																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2016**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
31	FDP	<p>Kapitel 05 077 Qualitäts- und UnterstützungsAgentur - Landesinstitut für Schule (QUA-LiS NRW)</p> <p>Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;">2016</td> <td style="width: 40%; text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">7.776.700 Euro</td> <td style="text-align: right;">6.474.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">2.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">5.776.700 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Notwendigkeit einer Einrichtung eines neuen Landesinstituts ist höchst zweifelhaft. Die Aufgabenwahrnehmung, die dieser Arbeit zugrunde liegt, müsste eigentlich durch bestehende Strukturen geleistet werden. Da jedoch eine Vielzahl für das Schulleben unerlässlicher Aufgaben in das Landesinstitut verlagert wurde, ist eine vollständige Streichung des Kapitels nicht sinnvoll. Obwohl Aufgaben aus dem MSW verlagert werden, sinkt die Mitarbeiterzahl dort weit weniger deutlich, als sie massiv bei QUA-LiS ansteigt – selbst unter Beachtung zusätzlicher QUA-LiS-Aufgaben. Gleichzeitig sind viele Stellen unbesetzt. 40 Stellen werden gestrichen, hierbei wird mit 50.000 € pro Stelle valuiert.</p>		2016	2015	von	7.776.700 Euro	6.474.100 Euro	um	2.000.000 Euro		auf	5.776.700 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2016	2015																							
von	7.776.700 Euro	6.474.100 Euro																							
um	2.000.000 Euro																								
auf	5.776.700 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2016**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
32	Piraten	<p>Kapitel 05 300 Titel 422 01 Titelbezeichnung Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2016 von 633.008.900 Euro Ansatz lt. HH 2015 um 4.800.000 Euro 454.164.000 Euro auf 637.808.900 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Zur Stärkung des Bedarfsfelds Datenschutz sind 96 Stellen auszubringen. Hiermit soll es zum Schuljahr 16/17 allen weiterführenden öffentlichen Realschulen, Gymnasien, Gesamt-, Sekundar-, Gemeinschaftsschulen und Berufskollegs ermöglicht werden, einen eigenen Datenschutzbeauftragten zu ernennen, dem eine angemessene Unterrichtsentlastung von 3 Unterrichtsstunden gewährt wird.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein GRÜNE nein FDP nein PIRATEN ja</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2016**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
33	Piraten	<p>Kapitel 05 300 Titel 422 01 Titelbezeichnung Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">633.008.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">454.164.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">2.700.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">635.708.900 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Für Abordnungen an die Kommunalen Integrationszentren sind 54 Stellen auszubringen. Sie dienen der Stärkung der kommunalen Integrationszentren für die Bewältigung ihrer wachsenden Aufgaben bei der Integration durch Bildung. (Haushaltsvermerk: kw zum 01.08.2019)</p>		2016	Ansatz lt. HH 2015	von	633.008.900 Euro	454.164.000 Euro	um	2.700.000 Euro		auf	635.708.900 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	2016	Ansatz lt. HH 2015																							
von	633.008.900 Euro	454.164.000 Euro																							
um	2.700.000 Euro																								
auf	635.708.900 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2016**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
34	FDP	<p>Kapitel 05 300 Schulen gemeinsam Titel 462 00 Globale Minderausgabe</p> <p>1500 Stellen sind kw. Realisierung erfolgt ausschließlich durch Substitution administrativer Tätigkeiten von Lehrerinnen und Lehrern sowie Schulleitungen durch Schulverwaltungsassistenten/innen.</p> <p>Ausbringung eines neuen Titels und Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2016</td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;">2015</td> <td style="width: 25%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td>0</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">75.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">-75.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Von Lehrern und Lehrerinnen wird eine Vielzahl nicht pädagogischer Leistungen erbracht. Diese binden die Lehrkraft, kommen den Kindern und Jugendlichen aber nicht in Form von Betreuung, Erziehung und Unterricht zugute. Schulverwaltungsassistenten/innen werden die Lehrenden zu wichtigen Teilen von diesen bürokratischen Aufgaben entlasten. Es werden gleichzeitig 1500 Stellen für Schulverwaltungsassistenten/innen geschaffen (vgl. Kapitel 05 300 TG 63).</p>	2016		2015		von	0 Euro	0	Euro	um	75.000.000 Euro			auf	-75.000.000 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2016		2015																											
von	0 Euro	0	Euro																										
um	75.000.000 Euro																												
auf	-75.000.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enthaltung																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2016**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
35	FDP	<p>Kapitel 05 300 Schulen gemeinsam Titelgruppe 63 Schulverwaltungsassistenz</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2016</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">2015</td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>11.563.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">11.058.700</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>45.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>56.563.600 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Schulverwaltungsassistenten/innen sollen Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulleitungen bei der Erfüllung „nichtunterrichtlicher Aufgaben“ entlasten. So können die Pädagogen sich stärker auf die Erteilung des Unterrichts konzentrieren. Zudem können fachfremde Tätigkeiten die Lehrenden demotivieren. Da Lehrkräfte ihrem höheren Bildungsabschluss entsprechend entlohnt werden, wird durch die Ausweitung der Schulverwaltungsassistenz eine sinnvolle Entlastung der Schulen herbeigeführt und gleichzeitig ein Konsolidierungsbeitrag erbracht.</p>	2016		2015		von	11.563.600 Euro	11.058.700	Euro	um	45.000.000 Euro			auf	56.563.600 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2016		2015																											
von	11.563.600 Euro	11.058.700	Euro																										
um	45.000.000 Euro																												
auf	56.563.600 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enthaltung																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2016
Sachhaushalt**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
36	SPD Grüne	<p>Kapitel 05 300 Schule gemeinsam Titelgruppe 74 Pädagogische Übermittagsbetreuung/Ganztagsangebote in der Sekundarstufe I "Geld oder Stelle"</p> <p>Titel 422 74 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2016</td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>31.550.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">32.093.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>405.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>31.955.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Die Bezuschussung für Ganztagsbetreuung in der Sekundarstufe I ist im Rahmen des Programms „Geld oder Stelle“ seit der Einführung 2008 nicht mehr angepasst wurden. Die Kapitalisierungsoptionen für die pädagogische Übermittagsbetreuung in der Sek I soll verbessert werden, indem der zu Grunde gelegte Betrag für eine Lehrerstelle (50.000 Euro) ab dem 1.8.2016 um 3 Prozent auf 51.500 Euro erhöht wird.</p>	2016		Ansatz lt. HH 2015	von	31.550.000 Euro	32.093.000 Euro	um	405.000 Euro		auf	31.955.000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">SPD</td> <td style="width: 85%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enthaltung</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enthaltung	GRÜNE	ja	FDP	Enthaltung	PIRATEN	Enthaltung
2016		Ansatz lt. HH 2015																							
von	31.550.000 Euro	32.093.000 Euro																							
um	405.000 Euro																								
auf	31.955.000 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	Enthaltung																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enthaltung																								
PIRATEN	Enthaltung																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																
37	Piraten	<p>Kapitel 05 300 Titel 633 72 Titelbezeichnung Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">272.682.600 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">240 345 600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">30.510.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">303.192.600 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">213.533.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">188.018.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">19.925.302 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">233.458.302 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Anhebung der Landesförderung für den offenen Ganzttag um 100 Euro pro Platz und Jahr zur Sicherung der Bildungsangebote und zur Qualitätsentwicklung. Anpassung der Verpflichtungsermächtigung im Zuge der Anhebung der Landesförderung für den offenen Ganzttag um 100 Euro pro Platz und Jahr zur Sicherung der Bildungsangebote und zur Qualitätsentwicklung.</p>		2016		Ansatz lt. HH 2015	von	272.682.600 Euro		240 345 600 Euro	um	30.510.000 Euro			auf	303.192.600 Euro				2016		Ansatz lt. HH 2015	von	213.533.000 Euro		188.018.100 Euro	um	19.925.302 Euro			auf	233.458.302 Euro			<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein GRÜNE nein FDP nein PIRATEN ja</p>
	2016		Ansatz lt. HH 2015																																
von	272.682.600 Euro		240 345 600 Euro																																
um	30.510.000 Euro																																		
auf	303.192.600 Euro																																		
	2016		Ansatz lt. HH 2015																																
von	213.533.000 Euro		188.018.100 Euro																																
um	19.925.302 Euro																																		
auf	233.458.302 Euro																																		

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag	Abstimmungs- ergebnis
38	SPD Grüne	<p>Kapitel 05 300 Schule gemeinsam Titelgruppe 74 Pädagogische Übermittagsbetreuung/Ganztagsangebote in der Sekundarstufe I "Geld oder Stelle"</p> <p>Titel 684 74 Zuschüsse an Ersatzschulträger</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>2016 Ansatz lt. HH 2015 von 3.352.600 Euro 3.410.600 Euro um 43.000 Euro auf 3.395.600 Euro</p> <p><u>Begründung:</u> s. Begründung zu Änderungsantrag 05 300 422 74.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja FDP Enthaltung PIRATEN Enthaltung</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag	Abstimmungs- ergebnis
39	SPD Grüne	<p>Kapitel 05 300 Schule gemeinsam Titelgruppe 72 Offene Ganztagschule im Primarbereich Titel 633 72 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>2016 Ansatz lt. HH 2015 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>von 272.682.600 Euro 240.345.600 Euro um 2.236.500 Euro auf 274.919.100 Euro</p> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung</p> <p>von 213.533.000 Euro 188.018.100 Euro um 2.236.500 Euro auf 215.769.500 Euro</p> <p><u>Begründung:</u> Die Erhöhung der Fördersätze der Pauschalen für die Offene Ganztagschule im Primarbereich zum 1.8. von 1,5 % auf 3% soll sicherstellen, dass die Qualität auch angesichts der Kostensteigerungen bei den Trägern der Offenen Ganztagschule gehalten werden kann.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja FDP Enthaltung PIRATEN Enthaltung</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2016**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
40	Piraten	<p>Kapitel 05 310 Titel 422 01 Titelbezeichnung Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2016 von 1.344.971.100 Euro Ansatz lt. HH 2015 um 2.700.000 Euro 1.252.168.800 Euro auf 1.347.671.100 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Anrechnungsstunden je Stellen sind für öffentliche Grundschulen stufenweise an das Niveau der weiterführenden Schulformen anzupassen. Für eine Erhöhung auf 0,3 Stunden pro Lehrerstellen ab dem Schuljahr 16/17 sind 54 Stellen auszubringen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein GRÜNE nein FDP nein PIRATEN ja</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2016**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
41	FDP	<p>Kapitel 05 340 Öffentliche Gymnasien Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Einrichtung von 255 Stellen der Besoldungsgruppe A13 und 258 Stellen der Besoldungsstelle A14</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">2016</td> <td style="width: 35%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: right;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.595.686.800 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.532.885.800 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">25.650.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.621.336.800 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Als Folge des Wegfalls des doppelten Abiturjahrgangs eröffnete sich die Chance, die Gymnasien zu stärken und z.B. auch im Vergleich mit den strukturell begünstigten Sekundarschulen zu unterstützen. Rot-Grün hat die Stellen abgebaut. Den Gymnasien soll – auch aufgrund der Kienbaumlücke – dennoch durchschnittlich eine Stelle zusätzlich bereitgestellt werden. Die Zuweisung der Stellenanteile wird nach Schulgrößen gestaffelt erfolgen, wobei kleinen Gymnasien mindestens eine halbe Stelle zur Verfügung gestellt werden soll. Über Jahre bestanden insgesamt 627 Gymnasien, wobei gegenwärtig z.B. auch Schulen einige auslaufen. Diese sollen aus Gleichbehandlungsgründen auch die zusätzliche Unterstützung erhalten. Eine Stelle wird hierbei mit 50.000 Euro valuiert.</p>	2016		2015	von	1.595.686.800 Euro	1.532.885.800 Euro	um	25.650.000 Euro		auf	1.621.336.800 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enthaltung</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enthaltung
2016		2015																							
von	1.595.686.800 Euro	1.532.885.800 Euro																							
um	25.650.000 Euro																								
auf	1.621.336.800 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	Enthaltung																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2016**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
42	FDP	<p>Kapitel 05 350 Öffentliche Sekundarschulen Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">135.193.700 Euro</td> <td style="text-align: right;">105.987.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">2.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">132.693.700 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Sekundarschulen haben mit 25 einen geringeren Klassenfrequenzrichtwert als Gesamtschulen, Realschulen und Gymnasien. Diese Bevorzugung soll offenkundig auch langfristig bestehen bleiben. Dieser zusätzliche Stellenbedarf beträgt laut MSW allein 357 Stellen. Eine Streichung und damit ein Anstieg der Klassengrößen wären an keiner Schulform sinnvoll und würden die individuelle Förderung verschlechtern. Darüber hinaus aber erhalten die Sekundarschulen neben der Besserstellung bei den Klassengrößen auch einen weiteren Differenzierungszuschlag, der laut MSW 50 Stellen umfasst. In Anbetracht der massiven rot-grünen Verschuldung und im Sinne der Generationengerechtigkeit ist eine solche Doppelprivilegierung nicht zu rechtfertigen. Daher werden die 50 Stellen gestrichen.</p>		2016	2015	von	135.193.700 Euro	105.987.900 Euro	um	2.500.000 Euro		auf	132.693.700 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2016	2015																							
von	135.193.700 Euro	105.987.900 Euro																							
um	2.500.000 Euro																								
auf	132.693.700 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2016**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
43	FDP	<p>Kapitel 05 350 Öffentliche Sekundarschulen Titelgruppe 60 Modellversuch "Längeres gemeinsames Lernen/ Öffentliche Gemeinschaftsschule"</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">18.299.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">16.985.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">5.450.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">12.849.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Gemeinschaftsschulen erhalten umfängliche Privilegien. Hierzu zählen u.a. ein Versuchszuschlag (5 Stellen), Stellen für einen Differenzierungszuschlag (6 Stellen). Auch sind die Klassenfrequenzrichtwerte mit 24 niedriger als an Sekundarschulen mit 25, noch deutlicher im Vergleich zu Realschulen mit 28, aus denen die Schulen z.B. hervorgegangen sind (57 Stellen). An Realschulen beträgt die Unterrichtsverpflichtung 28 Stunden, hier jedoch nur 25,5 Stunden (41 Stellen). Die zusätzlichen Privilegien werden gestrichen. Die Stellen werden jeweils mit 50.000 € valuiert.</p>		2016	2015	von	18.299.200 Euro	16.985.400 Euro	um	5.450.000 Euro		auf	12.849.200 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2016	2015																							
von	18.299.200 Euro	16.985.400 Euro																							
um	5.450.000 Euro																								
auf	12.849.200 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2016**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
44	FDP	<p>Kapitel 05 350 Öffentliche Sekundarschulen Titelgruppe 61 Modellversuch "Primus"</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">7.443.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">10.929.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">2.350.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">5.093.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Der Modellversuch „Primus“ stellt einen weiteren Weg zur leistungslosen Einheitsschule dar. Die Schulen werden mit umfangreichen schwarz-rot-grünen Privilegien ausgestattet. Laut Ministerium für Schule und Weiterbildung handelt es sich um einen Unterschied von 3 Stellen für den Versuchszuschlag, bei einem Vergleich zu den Parametern der Grundschulen um 7 Stellen sowie in der Sek I im Vergleich zu Gesamtschulen um 37 Stellen. Aus Fairnessgründen gegenüber anderen Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern sowie den Eltern werden diese Privilegien gestrichen. Dabei wird eine Stelle mit 50.000 Euro valuiert.</p>		2016	2015	von	7.443.000 Euro	10.929.200 Euro	um	2.350.000 Euro		auf	5.093.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2016	2015																							
von	7.443.000 Euro	10.929.200 Euro																							
um	2.350.000 Euro																								
auf	5.093.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2016**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
45	FDP	<p>Kapitel 05 380 Öffentliche Gesamtschulen – Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 45%; text-align: center;">2016</td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 45%; text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">957.137.100 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">869.796.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">800.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">956.337.100 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Bei der Laborschule Bielefeld handelt es sich um einen sehr langwierigen Modellversuch. Die – nicht unumstrittenen – Ergebnisse werden jedoch nicht auf der Basis eines Vergleichs der tatsächlichen durchschnittlichen Personalausstattung der Schulen erzielt. Die Laborschule erhält zum Ausgleich für Gruppenbildung, Entwicklungs- und Erprobungsaufgaben 16 zusätzliche Stellen. Um Chancengerechtigkeit und eine tatsächliche Vergleichbarkeit auf der Basis realistischer Schulbedingungen zwischen den Schulen zu ermöglichen, sollten in Jahrestanchen jeweils 4 Stellen abgebaut werden. Da dies in den letzten Haushaltsjahren nicht erfolgt ist, werden in diesem Jahr 16 Stellen abgebaut. Jede Stelle wird hierbei mit 50.000 € valutiert.</p>		2016		2015	von	957.137.100 Euro		869.796.400 Euro	um	800.000 Euro			auf	956.337.100 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2016		2015																										
von	957.137.100 Euro		869.796.400 Euro																										
um	800.000 Euro																												
auf	956.337.100 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	nein																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2016
Personalhaushalt**

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
46	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 05 390 Inklusion, sonderpädagogische Förderung Titel 422 01 Bezügen und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2016 Ansatz lt. HH 2015 von 790.958.300 Euro 734.513.400 Euro um 711.000 Euro auf 791.669.300 Euro</p> <p>Erhöhung der Planstellenzahl</p> <p>2016 Ansatz lt. HH 2015 von 16.497 Planstellen 16.318 Planstellen um 33 Planstellen (Bes.Gr. A 13 g.D.) auf 16.530 Planstellen <i>davon 33 kw zum 01.08.2019</i></p> <p>Begründung: Für die Förderschwerpunkte Lernen, Emotionale und soziale Entwicklung sowie Sprache (LES) wurde zum Schuljahr 2014/15 ein landesweites Stellenbudget gebildet. Seit dem Schuljahr 2015/16 soll sich der Umfang des Stellenbudgets proportional zur Entwicklung der Schülerzahl in der Primarstufe, der Sekundarstufe I und der allgemeinbildenden Sekundarstufe II nach unten korrigiert werden. Aus diesem Stellenbudget müssen die Lehrerstellenbedarfe für die weiterhin bestehenden Förderschulen im Bereich der Lern- und Entwicklungsstörungen sowie der allgemeinen Schulen mit Gemeinsamem Lernen gedeckt werden. Zum Schuljahr 2016/2017 steht rein rechnerisch ein Stellenbudget in Höhe von</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja FDP Enthaltung PIRATEN Enthaltung</p>

		<p>9.176 Stellen für sonderpädagogische Förderung zur Verfügung. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Bereich LES ist jedoch entgegen der Annahmen nicht in dem Maße zurückgegangen. Die Stellen dienen der entsprechenden Anpassung.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2016**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
47	FDP	<p>Kapitel 05 410 Öffentliche Berufskollegs Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 30%;">2016</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>1.120.487.600</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">1.051.657.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>11.450.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>1.131.937.600</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Rot-Grün hat an Berufskollegs mit Verweis auf den angeblichen Erfolg ihrer Politik „Schulden für Prävention“ zwischen 2012 und 2015 insgesamt 500 Stellen an Berufskollegs gestrichen. Mit dem Haushalt 2015 wurden die letzten 229 Stellen abgesetzt. Rot-Grün kann jedoch keinerlei Beleg für einen Erfolg dieser Politik beibringen. Darüber hinaus sind Berufskollegs massiv von der Kienbaumlücke betroffen. Auch wird diese Streichung nicht durch Stellen für die Inklusion kompensiert. Um eine Schwächung der Berufskollegs zu verhindern und die schwächeren Schüler in der Ausbildungsvorbereitung besser zu unterstützen, wird die Streichung der 229 Stellen rückgängig gemacht. Im Gegenzug nimmt Rot-Grün eine angemessene Anpassung bei der von ihr zuvor massiv ausgeweiteten Personalvertretung im Schulbereich vor. Eine Lehrerstelle wird dabei mit 50.000 Euro valuiert.</p>		2016		2015	von	1.120.487.600	Euro	1.051.657.100 Euro	um	11.450.000	Euro		auf	1.131.937.600	Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	ja
	2016		2015																										
von	1.120.487.600	Euro	1.051.657.100 Euro																										
um	11.450.000	Euro																											
auf	1.131.937.600	Euro																											
SPD	nein																												
CDU	Enthaltung																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	ja																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
48	FDP	<p>Kapitel 05 490 Ersatzschulen Titel 684 11 Zuschüsse für private Gymnasien</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">629.859.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">638.285.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">5.700.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">635.559.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Als Folge des Wegfalls des doppelten Abiturjahrgangs eröffnete sich die Chance, um etwa die individuelle Förderung an Gymnasien zu stärken und z.B. auch im Vergleich mit den strukturell begünstigten Sekundarschulen zu unterstützen. Rot-Grün hat die Stellen abgebaut. Den Gymnasien sollte dennoch durchschnittlich eine Stelle zusätzlich bereitgestellt werden. Die Zuweisung der Stellenanteile wird nach Schulgrößen gestaffelt erfolgen, wobei kleinen Gymnasien mindestens eine halbe Stelle zur Verfügung gestellt werden soll. In den vergangenen Schuljahren bestanden 627 Gymnasien, hiervon laufen allerdings z.B. einige aus. Bei den hier betroffenen Stellen handelt es sich um die wirkungsgleiche Übertragung auf private Gymnasien.</p>		2016	2015	von	629.859.200 Euro	638.285.100 Euro	um	5.700.000 Euro		auf	635.559.200 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enthaltung</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enthaltung
	2016	2015																							
von	629.859.200 Euro	638.285.100 Euro																							
um	5.700.000 Euro																								
auf	635.559.200 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enthaltung																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	Enthaltung																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2016
Sachhaushalt**

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungs- ergebnis												
49	SPD Grüne	<p>Kapitel 06 026 Technologie- und Innovationsförderung des Landes Nordrhein-Westfalen</p> <p>Titelgruppe 61 Förderung von Innovationen Titel 683 61 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen</p> <p>Erhöhung des Barsansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.891.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.891.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">4.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">5.891.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Die Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) in Kooperation mit der nordrhein-westfälischen Hochschul- und Forschungslandschaft zur Erreichung von Innovationen und neuen Produkten, die dann in Nordrhein-Westfalen produziert werden, ist ein wichtiges wissenschafts- und wirtschaftspolitisches Ziel. Mit der Fokussierung darauf können Synergieeffekte für die Hochschullandschaft und die Wirtschaft in NRW nutzbar gemacht werden. Die anwendungsorientierte Forschung, auch und vor</p>		2016	Ansatz lt. HH 2015	von	1.891.500 Euro	1.891.500 Euro	um	4.000.000 Euro		auf	5.891.500 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja FDP Enthaltung PIRATEN Enthaltung</p>
	2016	Ansatz lt. HH 2015													
von	1.891.500 Euro	1.891.500 Euro													
um	4.000.000 Euro														
auf	5.891.500 Euro														

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungs- ergebnis
		<p>allein in Fachhochschulen, wird gefördert. Die heimische Produktion wird gestärkt und letztlich entstehen so auch Arbeitsplätze in NRW. Das Förderprogramm „Mittelstand innovativ“ der Landesregierung wird sehr gut angenommen und ist ein sehr geeignetes Mittel zur Erreichung des beschriebenen Ziels. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass das erfolgreiche Instrument „Innovationsgutschein“ weitergeführt und ausgebaut werden muss. Um das Innovationspotenzial von KMU noch stärker und zielgenauer zu fördern, soll ein regional und fachlich differenziertes Beratungssystem aufgebaut werden, das bewährte Angebote und erfolgreiche Netzwerke bündelt.</p>	

**Änderungsantrag zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
50	FDP	<p>Kapitel 06 100 Hochschulen Allgemein Titelgruppe 72 Maßnahmen zur Verbesserung der Lehr- und Studienqualität an den Hochschulen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2016</td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>249.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">249.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>249.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Der Verzicht auf Studienbeiträge, die ohnehin nur einen Bruchteil der Kosten eines Studiums ausgemacht haben, wird von der rot-grünen Landesregierung ausschließlich mit höheren Schulden bezahlt und überdies nicht umfassend kompensiert, was schon jetzt zu Qualitätseinbußen an den Hochschulen führt, da die Summe der „Kompensationsmittel“ statisch 249 Millionen Euro beträgt – eine Anpassung an den neuen Rekordstand der Studierendenzahlen erfolgt nicht.</p> <p>Im Basisjahr der „Kompensationsmittel“ (Wintersemester 2009/2010) studierten rund 398.000 junge Menschen an den Hochschulen, die Studienbeiträge erhoben. Im Wintersemester 2014/2015 studierten an den Hoch-</p>	2016		2015	von	249.000.000 Euro	249.000.000 Euro	um	249.000.000 Euro		auf	0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2016		2015																							
von	249.000.000 Euro	249.000.000 Euro																							
um	249.000.000 Euro																								
auf	0 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enthaltung																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

	<p>schulen, die seit 2011 im Zuge des Wegfalls der Studienbeiträge „Kompensationsmittel“ erhalten, bereits 537.000 Studierende. Das führt zu folgender prekären Entwicklung: Pro Kopf sind die Mittel, die zur Verbesserung der Studienbedingungen vorgesehen waren, von 620 Euro nunmehr auf 463 Euro pro Jahr stark gesunken.</p> <p>Aufgrund des anhaltenden Studierendenandrangs wird diese Finanzierungslücke von Jahr zu Jahr größer. So ist die Studienanfängerzahl im Wintersemester 2015/2016 von 103.000 auf einem weiterhin hohen Niveau. Die derzeit absehbaren Qualitätseinbußen werden sich daher verfestigen und die Planungssicherheit für die Hochschulen wird weiter abnehmen. Das ist nicht hinnehmbar.</p> <p>Wenn das akademische Niveau unserer Hochschulen daher erhalten und verbessert werden soll, müssen in Zeiten begrenzter Haushaltsmittel auch Hochschulabsolventen einen verantwortungsvollen finanziellen Beitrag leisten. Diese Studienbeiträge sollen künftig nachgelagert einkommensabhängig mit Eintritt ins Berufsleben fällig werden. Das ist fair, auch gegenüber dem Handwerksmeister, der für seine Ausbildung selbst aufkommen muss. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Beiträge den Hochschulen als zusätzliche Mittel ausschließlich für die Verbesserung der Bedingungen von Studium und Lehre zur Verfügung gestellt werden, und damit unmittelbar den Studierenden zugutekommen sowie die Studierenden bei der Mittelverwendung ein Mitspracherecht haben.</p>	
--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																		
51	FDP	<p>Kapitel 06 100 Hochschulen Allgemein Titelgruppe 75 Fortschritt NRW</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">20.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">20.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">10.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">10.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Reduzierung der Verpflichtungsermächtigung</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">15.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">20.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">15.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Der Ansatz wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung reduziert. Der Ansatz aus dem Jahr 2013 wird übernommen, da bereits begonnenen Projekten nicht die Möglichkeit genommen werden soll, zum Abschluss gebracht zu werden. Langfristig ist die gesamte Titelgruppe zu konsolidieren.</p>		2016	2015	von	20.000.000 Euro	20.000.000 Euro	um	10.000.000 Euro		auf	10.000.000 Euro			2016	2015	von	15.000.000 Euro	20.000.000 Euro	um	15.000.000 Euro		auf	0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2016	2015																																			
von	20.000.000 Euro	20.000.000 Euro																																			
um	10.000.000 Euro																																				
auf	10.000.000 Euro																																				
	2016	2015																																			
von	15.000.000 Euro	20.000.000 Euro																																			
um	15.000.000 Euro																																				
auf	0 Euro																																				
SPD	nein																																				
CDU	ja																																				
GRÜNE	nein																																				
FDP	ja																																				
PIRATEN	nein																																				

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 06
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2016
Sachhaushalt**

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag	Abstimmungs- ergebnis												
52	SPD Grüne	<p>Kapitel 06 520 Kunstakademie Düsseldorf Titel 685 10 Zuschüsse für den laufenden Betrieb</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">10.967.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">10.612.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">15.900 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">10.983.800 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Die Tariferhöhung für die Jahre 2015/2016 für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach dem Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder soll wegen der Gleichbehandlung auch den Lehrbeauftragten zu Gute kommen. Die Erhöhung des Ansatzes ist notwendig, damit die Hochschule über ausreichende Mittel hierfür verfügt. Die einmalige Nachzahlung für das Jahr 2015 in Höhe von 4.800 Euro ist im oben angeführten Erhöhungsbetrag enthalten.</p>		2016	Ansatz lt. HH 2015	von	10.967.900 Euro	10.612.100 Euro	um	15.900 Euro		auf	10.983.800 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja GRÜNE ja FDP Enthaltung PIRATEN ja</p>
	2016	Ansatz lt. HH 2015													
von	10.967.900 Euro	10.612.100 Euro													
um	15.900 Euro														
auf	10.983.800 Euro														

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 06
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2016
Sachhaushalt**

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag	Abstimmungs- ergebnis												
53	SPD Grüne	<p>Kapitel 06 530 Hochschule für Musik Detmold Titel 685 10 Zuschüsse für den laufenden Betrieb</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">13.759.700 Euro</td> <td style="text-align: right;">13.216.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">57.700 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">13.817.400 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Die Tarifierhöhung für die Jahre 2015/2016 für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach dem Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder soll wegen der Gleichbehandlung auch den Lehrbeauftragten zu Gute kommen. Die Erhöhung des Ansatzes ist notwendig, damit die Hochschule über ausreichende Mittel hierfür verfügt. Die einmalige Nachzahlung für das Jahr 2015 in Höhe von 17.400 Euro ist im oben angeführten Erhöhungsbetrag enthalten.</p>		2016	Ansatz lt. HH 2015	von	13.759.700 Euro	13.216.900 Euro	um	57.700 Euro		auf	13.817.400 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja GRÜNE ja FDP Enthaltung PIRATEN ja</p>
	2016	Ansatz lt. HH 2015													
von	13.759.700 Euro	13.216.900 Euro													
um	57.700 Euro														
auf	13.817.400 Euro														

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 06
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2016
Sachhaushalt**

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag	Abstimmungs- ergebnis																
54	SPD Grüne	<p>Kapitel 06 540 Hochschule für Musik Köln Titel 685 10 Zuschüsse für den laufenden Betrieb</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: center;">2016</td> <td style="width: 35%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2015</td> <td style="width: 15%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">24.718.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">24.180.400 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">202.800 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">24.921.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Tarifierhöhung für die Jahre 2015/2016 für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach dem Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder soll wegen der Gleichbehandlung auch den Lehrbeauftragten zu Gute kommen. Die Erhöhung des Ansatzes ist notwendig, damit die Hochschule über ausreichende Mittel hierfür verfügt. Die einmalige Nachzahlung für das Jahr 2015 in Höhe von 61.100 Euro ist im oben angeführten Erhöhungsbetrag enthalten.</p>		2016	Ansatz lt. HH 2015		von	24.718.200 Euro	24.180.400 Euro		um	202.800 Euro			auf	24.921.000 Euro			<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja GRÜNE ja FDP Enthaltung PIRATEN ja</p>
	2016	Ansatz lt. HH 2015																	
von	24.718.200 Euro	24.180.400 Euro																	
um	202.800 Euro																		
auf	24.921.000 Euro																		

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag	Abstimmungs- ergebnis																
55	SPD Grüne	<p>Kapitel 06 550 Folkwang Hochschule Titel 685 10 Zuschüsse für den laufenden Betrieb</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: center;">2016</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">27.278.800 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">26.633.800 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">136.200 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">27.415.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Tarifierhöhung für die Jahre 2015/2016 für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach dem Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder soll wegen der Gleichbehandlung auch den Lehrbeauftragten zu Gute kommen. Die Erhöhung des Ansatzes ist notwendig, damit die Hochschule über ausreichende Mittel hierfür verfügt. Die einmalige Nachzahlung für das Jahr 2015 in Höhe von 41.000 Euro ist im oben angeführten Erhöhungsbetrag enthalten.</p>		2016		Ansatz lt. HH 2015	von	27.278.800 Euro		26.633.800 Euro	um	136.200 Euro			auf	27.415.000 Euro			<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja GRÜNE ja FDP Enthaltung PIRATEN ja</p>
	2016		Ansatz lt. HH 2015																
von	27.278.800 Euro		26.633.800 Euro																
um	136.200 Euro																		
auf	27.415.000 Euro																		

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 06
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2016
Sachhaushalt**

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag	Abstimmungs- ergebnis																
56	SPD Grüne	<p>Kapitel 06 560 Kunstakademie Münster Titel 685 10 Zuschüsse für den laufenden Betrieb</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2015</td> <td></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">5.735.200 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">5.608.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">14.800 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">5.750.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Die Tarifierhöhung für die Jahre 2015/2016 für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach dem Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder soll wegen der Gleichbehandlung auch den Lehrbeauftragten zu Gute kommen. Die Erhöhung des Ansatzes ist notwendig, damit die Hochschule über ausreichende Mittel hierfür verfügt. Die einmalige Nachzahlung für das Jahr 2015 in Höhe von 4.500 Euro ist im oben angeführten Erhöhungsbetrag enthalten.</p>		2016	Ansatz lt. HH 2015		von	5.735.200 Euro		5.608.900 Euro	um	14.800 Euro			auf	5.750.000 Euro			<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja GRÜNE ja FDP Enthaltung PIRATEN ja</p>
	2016	Ansatz lt. HH 2015																	
von	5.735.200 Euro		5.608.900 Euro																
um	14.800 Euro																		
auf	5.750.000 Euro																		

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 06
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2016
Sachhaushalt**

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag	Abstimmungs- ergebnis												
57	SPD Grüne	<p>Kapitel 06 570 Robert-Schumann-Hochschule Düsseldorf Titel 685 10 Zuschüsse für den laufenden Betrieb</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">10.943.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">10.523.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">107.200 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">11.050.400 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Die Tariferhöhung für die Jahre 2015/2016 für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach dem Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder soll wegen der Gleichbehandlung auch den Lehrbeauftragten zu Gute kommen. Die Erhöhung des Ansatzes ist notwendig, damit die Hochschule über ausreichende Mittel hierfür verfügt. Die einmalige Nachzahlung für das Jahr 2015 in Höhe von 32.300 Euro ist im oben angeführten Erhöhungsbetrag enthalten.</p>		2016	Ansatz lt. HH 2015	von	10.943.200 Euro	10.523.500 Euro	um	107.200 Euro		auf	11.050.400 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja GRÜNE ja FDP Enthaltung PIRATEN ja</p>
	2016	Ansatz lt. HH 2015													
von	10.943.200 Euro	10.523.500 Euro													
um	107.200 Euro														
auf	11.050.400 Euro														

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 06
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2016
Sachhaushalt**

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag	Abstimmungs- ergebnis												
58	SPD Grüne	<p>Kapitel 06 580 Kunsthochschule für Medien Köln Titel 685 10 Zuschüsse für den laufenden Betrieb</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2016</td> <td style="width: 30%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">11.609.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">22.300 Euro</td> <td style="text-align: right;">11.321.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">11.631.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Die Tarifierhöhung für die Jahre 2015/2016 für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach dem Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder soll wegen der Gleichbehandlung auch den Lehrbeauftragten zu Gute kommen. Die Erhöhung des Ansatzes ist notwendig, damit die Hochschule über ausreichende Mittel hierfür verfügt. Die einmalige Nachzahlung für das Jahr 2015 in Höhe von 6.700 Euro ist im oben angeführten Erhöhungsbetrag enthalten.</p>		2016	Ansatz lt. HH 2015	von	11.609.000 Euro		um	22.300 Euro	11.321.700 Euro	auf	11.631.300 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja GRÜNE ja FDP Enthaltung PIRATEN ja</p>
	2016	Ansatz lt. HH 2015													
von	11.609.000 Euro														
um	22.300 Euro	11.321.700 Euro													
auf	11.631.300 Euro														

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																										
59	FDP	<p>Kapitel 07 010 Ministerium Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;">2016</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>8.759.200</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td style="text-align: right;">2015</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>300.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td style="text-align: right;">7.763.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>8.459.200</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Streichen von sechs geplanten zusätzlichen Planstellen im höheren Dienst. Der Stellenzuwachs ist nicht ausreichend begründet, etwaige Verschiebungen von Prioritäten können durch entsprechende interne Umstrukturierungen geleistet werden.</p>	2016								von	8.759.200	Euro					2015	um	300.000	Euro					7.763.100 Euro	auf	8.459.200	Euro						<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2016																																													
von	8.759.200	Euro					2015																																						
um	300.000	Euro					7.763.100 Euro																																						
auf	8.459.200	Euro																																											
SPD	nein																																												
CDU	Enthaltung																																												
GRÜNE	nein																																												
FDP	ja																																												
PIRATEN	nein																																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
60	FDP	<p>Kapitel 07 010 Ministerium Titel 526 01 Sachverständige</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2016</td> <td style="width: 35%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: right;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>429.500</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">436.400</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>122.500</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>307.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Anpassung Ist-Ergebnisse in den Vorjahren. Die Einsparung dient der Haushaltskonsolidierung.</p>	2016			2015	von	429.500	Euro	436.400	um	122.500	Euro	Euro	auf	307.000	Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2016			2015																										
von	429.500	Euro	436.400																										
um	122.500	Euro	Euro																										
auf	307.000	Euro																											
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
61	FDP	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titel 633 20 Kostenerstattung für die Elternbeitragsfreiheit nach §21 Abs. 10 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)</p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;">2016</td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>162.540.900 Euro</td> <td></td> <td>154.773.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>162.540.900 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Zwar ist die Beitragsfreiheit von Kindergartenjahren wünschenswert und grundsätzlich auch als mittelfristiges Ziel erstrebenswert, jedoch ist es im höchsten Maße unverantwortlich, die Frage der Gegenfinanzierung komplett auszublenden. In Zeiten enger werdender finanzieller Spielräume ist eine politische Priorisierung wünschenswerter Vorhaben notwendig. Insofern muss sich das Land zuerst dem weiter dringend erforderlichen Angebots- und Qualitätsausbau in der frühkindlichen Bildung sowie der Elternbeitragsgerechtigkeit widmen und kann erst dann unter Berücksichtigung des Aspekts der Gegenfinanzierung eine Beitragsfreiheit in Angriff nehmen.</p>		2016		2015	von	162.540.900 Euro		154.773.000 Euro	um	162.540.900 Euro			auf	0 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2016		2015																										
von	162.540.900 Euro		154.773.000 Euro																										
um	162.540.900 Euro																												
auf	0 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

		<p>Hinzu kommt, dass die erfolgte Beitragsfreistellung im letzten Kindergartenjahr vor der Einschulung keinen nennenswerten bildungspolitischen Vorteil bzw. Anreizsetzung nach sich zieht, da in diesem Kindergartenjahr ohnehin weit über 90 Prozent aller Kinder die frühkindlichen Bildungsangebote nutzen. Zudem benachteiligt die derzeitige Regelung Eltern von sogenannten „Kann-Kindern“ in nicht zu rechtfertigender Weise und leistet keinen Beitrag zur Erhöhung der Qualität in den Einrichtungen selbst.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
62	PIRATEN	<p>Kapitel 07 040 Titelgruppe 61 Bezeichnung Kinder- und Jugendförderplan</p> <p>Erhöhung des Baransatzes:</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">100.225.700 Euro</td> <td style="text-align: right;">100.225.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">7.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">107.225.700 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Der Kinder- und Jugendförderplan teilt sich in verschiedene Förder- und Projektbereiche sowie in Struktur- und Projektförderung auf. Die Gelder werden über die zwei Landesjugendämter verwaltet. Aufgrund der Form der Beantragung der Projektgelder kommt es nie zur Ausschüttung des gesamten Volumens des Kinder- und Jugendförderplanes.</p> <p>Um der Kinder- und Jugendhilfe faktisch den gesamten Betrag zu Gute kommen zu lassen, ist es nötig, den Ansatz haushaltstechnisch zu erhöhen. So können die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe auch steigende Sach- und Personalkosten auffangen.</p> <p>Eine weitere Herausforderung für die Kinder- und Jugendhilfe besteht im steigenden Bedarf bei der Integration und der verstärkten Arbeit mit minderjährigen Flüchtlingen. Unicef geht davon aus, dass sich 2013 rund</p>		2016	2015	von	100.225.700 Euro	100.225.700 Euro	um	7.000.000 Euro		auf	107.225.700 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	2016	2015																							
von	100.225.700 Euro	100.225.700 Euro																							
um	7.000.000 Euro																								
auf	107.225.700 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

		<p>36.600 Flüchtlingskinder in Deutschland aufhielten. Deutsche Sozialverbände geben für 2014 zwischen 9.000 und 12.000 unbegleitete Minderjährige an. Für dieses Jahr rechnen Expert*innen mit rund 10.000 neu einreisenden Jugendlichen.</p> <p>Für eine sinnvolle Integration dieser Kinder und Jugendlichen ist es unerlässlich, sie gleichermaßen auch in der regulären offenen Jugendarbeit zu berücksichtigen und Mittel für entsprechende Mehrbedarfe vorzuhalten.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis								
63	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titelgruppe 90 Pauschalen nach § 21 Abs. 1, Abs. 3 und Abs. 4 sowie § 21a des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)</p> <p>Titel 633 90 Zuweisung an Gemeinden</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2016</td> <td style="width: 50%;">2015</td> </tr> <tr> <td>von 1.854.473.500 Euro</td> <td>1.766.734.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 13.441.500 Euro¹</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.867.915.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Begrenzt auf die Haushaltsjahre 2016, 2017 und 2018 wird eine Überbrückungsfinanzierung gewährleistet, um die tatsächliche Kostenentwicklung aufzufangen. Zu diesem Zweck wird der Haushaltsansatz in einem Umfang von rd.13,5 Mio. Euro auf Basis eines erhöhten Dynamisierungsfaktors gem. § 19 Abs. 2 KiBiz von 3,0 % ab dem Kindergartenjahr 2016/2017 bis zum Kindergartenjahr 2018/2019 erhöht. Damit gehen auch Änderungen der Elternbeitragserstattung (07 040, 633 20), des Belastungsausgleichs (07 040, 633 10) sowie der Kindertagespflege (07 040, 633 94) einher, die im Wege der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ausgeglichen werden. Das KiBiz wird entsprechend an-</p>	2016	2015	von 1.854.473.500 Euro	1.766.734.400 Euro	um 13.441.500 Euro ¹		auf 1.867.915.000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja FDP Enthaltung PIRATEN ja</p>
2016	2015										
von 1.854.473.500 Euro	1.766.734.400 Euro										
um 13.441.500 Euro ¹											
auf 1.867.915.000 Euro											

¹ Erhöhte Flüchtlingskinderzahlen sind hierbei berücksichtigt.

		<p>gepasst.</p> <p>Die Koalitionsfraktionen haben mit den Kommunalen Spitzenverbänden im Hinblick auf die Perspektiven für eine grundlegende Änderung der Finanzierungsstrukturen der frühkindlichen Bildung vereinbart, die Kindpauschalen – befristet bis zum Kindergartenjahr 2018/19 – anzuheben und bis zum Ende der 16. Wahlperiode eine Verständigung auf Eckpunkte für ein neues Gesetz herbeizuführen.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
64	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe</p> <p>Titelgruppe 99 Ausbau und Qualifizierung für frühkindliche Bildung</p> <p>Titel 633 99 Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe</p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <p>2016 von 74.000.000 Euro um 17.100.000 Euro auf 56.900.000 Euro</p> <p>2015 0 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Der Ansatz wird abgesenkt, da die Investitionsmittel (17,1 Mio. Euro) gesondert veranschlagt werden. Die in Kap. 07 040 Titel 633 99 verbleibenden Haushaltsmittel in Höhe von 56,9 Mio. Euro dienen der Unterstützung der frühkindlichen Bildung. Zur Überbrückung der bestehenden strukturellen Unterfinanzierung wird befristet bis zum Kindergartenjahr 2018/2019 die Landesförderung im Rahmen der Kindpauschale um im Mittel runde 7,5 % angehoben.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP Enthaltung PIRATEN Enthaltung</p>

		<p>Die Koalitionsfraktionen haben mit den Kommunalen Spitzenverbänden im Hinblick auf die Perspektiven für eine grundlegende Änderung der Finanzierungsstrukturen der frühkindlichen Bildung vereinbart, die Kindpauschalen – befristet bis zum Kindergartenjahr 2018/19 – anzuheben und bis zum Ende der 16. Wahlperiode soll eine Verständigung auf Eckpunkte für ein neues Gesetz herbeizuführen.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
65	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe</p> <p>Titelgruppe 99 Ausbau und Qualifizierung für frühkindliche Bildung</p> <p>1. Aufnahme folgender Haushaltsvermerke bei Titelgruppe 99:</p> <p>„1. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Rückflüsse, auch aus Mittelbereitstellungen vorangegangener Haushaltsjahre, fließen dem jeweiligen Ansatz dieser Titelgruppe wieder zu. 3. Die Ausgaben werden aus den zweckgebundenen Einnahmen bei Kapitel 20 010 Titel 015 50 gedeckt (§ 17 Abs. 3 LHO). 4. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Haushaltsansätze auch bereits vor Eingang der Bundesmittel bei Kapitel 20 010 Titel 015 50 geleistet werden, soweit eine verbindliche Mittelzusage des Bundes vorliegt. 5. Aus den Ansätzen dieser Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn bei anderen Haushaltsstellen des Landeshaushalts Ausgaben für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).“</p> <p>2. Ausbringung eines neuen Titels 883 99 mit folgender Zweckbestimmung:</p> <p>„Zuweisungen an Gemeinden (GV) zu den Investitionen für Plätze für Kinder in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege“</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP Enthaltung PIRATEN Enthaltung</p>

3. Aufnahme des folgenden Haushaltsvermerks an der neuen Haushaltsstelle:

„Abweichend von Nr. 2.4 VVG zu § 44 LHO dürfen die zuwendungsfähigen Ausgaben in diesem Förderbereich mit bis zu 90 vom Hundert aus Landes- und Bundesmitteln bezuschusst werden.“

4. Ausbringung des folgenden Ansatzes und einer Verpflichtungsermächtigung an der neuen Haushaltsstelle:

a) Neuer Ausgabenansatz:

2016			2015		
von	0	Euro	0 Euro		
um	17.100.000	Euro			
auf	17.100.000	Euro			

b) Neue Verpflichtungsermächtigung:

2016			2015		
von	0	Euro	0 Euro		
um	82.900.000	Euro			
auf	82.900.000	Euro			

mit den Fälligkeiten:

2017	32.500.000	Euro
2018	50.400.000	Euro

Begründung:

Die Investitionsmittel werden im oben genannten Titel gesondert veranschlagt. Das Investitionsprogramm umfasst ein Volumen in Höhe von 100 Mio. Euro, das sich auf die Jahre 2016 bis 2018 verteilt (2016: 17,1 Mio. Euro; 2017: 32,5 Mio. Euro; 2018: 50,4 Mio. Euro). Mit diesem Förderprogramm soll sichergestellt werden, dass der Ausbau der frühkindlichen Bildung für alle Kinder – einschließlich der Kinder aus Flüchtlingsfamilien – bedarfsgerecht voranschreitet und Grundlage für eine gelingende Integration durch Bildung sein kann.

		Die Koalitionsfraktionen haben mit den Kommunalen Spitzenverbänden im Hinblick auf die Perspektiven für eine grundlegende Änderung der Finanzierungsstrukturen der frühkindlichen Bildung vereinbart, neben den Erhöhungen bei den Betriebskosten auch Mittel für Investitionen – insbesondere bei Plätzen für Kinder über drei Jahren – bereitzustellen.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
66	FDP	<p>Kapitel 07 050 Kulturförderung Titel 685 90 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2016</td> <td style="width: 35%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: right;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>994.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">944.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>256.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>1.250.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Stärkung der Kulturförderung zur besseren finanziellen Absicherung von Einrichtungen von besonderem kulturellem Rang und zur Ermöglichung neuer Einrichtungen und Maßnahmen von überregionaler Bedeutung insbesondere in den Bereichen bildende Kunst, Museen, Archive, Musik, Schrifttum, Theater, Film, Bild sowie Soziokultur und Tanz.</p>	2016			2015	von	994.000 Euro		944.000 Euro	um	256.000 Euro			auf	1.250.000 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enthaltung</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enthaltung
2016			2015																										
von	994.000 Euro		944.000 Euro																										
um	256.000 Euro																												
auf	1.250.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enthaltung																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	Enthaltung																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungs- ergebnis																						
67	PIRATEN	<p>Kapitel 07 050 Kulturförderung</p> <p>Titelgruppe 60 Musikpflege und Musikerziehung</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">22.640.700 Euro</td> <td style="text-align: right;">22.385.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">22.640.700 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">45.281.400 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Musikprojekte und niedrighschwellige Angebote mit integrativem Charakter sind ein wichtiger Bestandteil der Prävention von Radikalisierung, Extremismus, Faschismus und anderen antidemokratischen Tendenzen die sich heutzutage in der Gesellschaft ausbreiten. Es ist dringend notwendig an allen Stellen wo es möglich ist, eine Erweiterung des Aktivitäts- und Möglichkeitsspektrums vorzunehmen um eine möglichst große Wirkung auf den Zusammenhalt und der Akzeptanz für Andersartiges und Fremdens in unserer Gesellschaft zu fördern.</p> <p>Erhöhung zur Deckung des Bedarfs an Personal, Projekt- und Entwicklungskosten im Angesicht der aktuellen Flüchtlingssituation. Die jeweiligen Institutionen können für Projekte mit integrativem Charakter erhöhte Mittelzuweisung beantragen die bis zum Doppelten des ursprünglichen Ansatzes reichen.</p>		2016	Ansatz lt. HH 2015	von	22.640.700 Euro	22.385.000 Euro	um	22.640.700 Euro		auf	45.281.400 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	2016	Ansatz lt. HH 2015																							
von	22.640.700 Euro	22.385.000 Euro																							
um	22.640.700 Euro																								
auf	45.281.400 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
68	PIRATEN	<p>Kapitel 07 050 Kulturförderung Titelgruppe 62 Theaterförderung Titel 633 62 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">20.621.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">20.221.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">20.621.900 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">41.243.800 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Das Theater als Kunstform, die in jedem Zeitalter relevante Beiträge geleistet hat und immer noch leistet, muss massiv gestärkt werden. Vor allem im Angesicht vieler Kürzungen auf kommunaler Ebene, muss das Land für eine Bestands- und Entwicklungsgarantie dieser wichtigen Institutionen sorgen.</p> <p>Das Spektrum reicht von der nachhaltigen Absicherung der Landestheater, bis hin zur Freien Szene in den Städten, die hochaktuelle Themen wie Digitalisierung, neue Identitäten behandelt.</p> <p>Gerade die Theater, gleich in welcher Trägerschaft sie sich befinden, setzen derzeit verstärkt auf Projekte und Stücke mit integrativem Charak-</p>		2016	Ansatz lt. HH 2015	von	20.621.900 Euro	20.221.900 Euro	um	20.621.900 Euro		auf	41.243.800 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	2016	Ansatz lt. HH 2015																							
von	20.621.900 Euro	20.221.900 Euro																							
um	20.621.900 Euro																								
auf	41.243.800 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

		ter. Hierbei sind auch alle Alters- und Gesellschafts- und Herkunftsgruppen angesprochen. Die gute Arbeit der Theater in Bezug auf die Schnittstelle Integration von Geflüchteten und Aufklärung von Einheimischen muss nicht nur erhalten werden, sondern muss aufgrund der aktuellen Lage massiv ausgebaut werden.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungs- ergebnis																						
69	PIRATEN	<p>Kapitel 07 050 Kulturförderung</p> <p>Titelgruppe 64 Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche Titel 633 64 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">7.792.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">7.792.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">7.792.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">15.585.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Das Projekt „Kulturrucksack“ für Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 14 Jahren ist hervorragend dafür geeignet die Integration von Geflüchteten Kindern und Jugendlichen hier vor Ort nachhaltig durch entsprechende kreative Projekte und Angebote eine Möglichkeit geben sich zu orientieren und sich selbst zu erkunden. Die Verdoppelung der Mittel erfolgt zur größtmöglichen Ausdehnung des Raumes der Möglichkeiten in denen beispielsweise bisher noch nicht realisierte oder aufgeschobene Projektideen realisiert werden können oder Experimente getätigt werden können. Insbesondere Projekte und Angebote zur Digitalisierung und der Förderung der Medien- und Technikkompetenz sind von großer Bedeutung. Hierfür sind auch Kooperationen mit den lokalen Hacker- und Makerspaces möglich, die bereits mit kommunalen Kulturinstitutionen wie Theater oder Bibliotheken zusammen arbeiten.</p>		2016	Ansatz lt. HH 2015	von	7.792.500 Euro	7.792.500 Euro	um	7.792.500 Euro		auf	15.585.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	2016	Ansatz lt. HH 2015																							
von	7.792.500 Euro	7.792.500 Euro																							
um	7.792.500 Euro																								
auf	15.585.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungs- ergebnis																						
70	PIRATEN	<p>Kapitel 07 050 Kulturförderung</p> <p>Titelgruppe 67 Zur Förderung des Bibliothekswesens sowie zur Förderung innovativer Entwicklungen der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">6.010.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">6.010.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">6.010.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">12.021.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Aufgrund der großen Bedeutung des kommunalen Bibliothekswesens wird dieser Titel zum strukturellen Ausbau dieser Institutionen verdoppelt. Die Aufgaben können mit den nach vielen Kürzungen in den letzten Jahren teilweise nur noch schwer geleistet werden. Innovative Projekte zur Leseförderung, kultureller Bildung und Zusammenarbeit mit Schulen müssen mit mehr Personal und mehr Ressourcen wie Medien und Wiedergabegeräte, sowie flexiblere Öffnungszeiten auf sichere Beine gestellt werden. Die aktuelle Situation erfordert ein starkes und zugängliches Bibliothekswesen, welches den Bürgerinnen und Bürgern sowie Geflüchteten gleichermaßen zur Verfügung steht. Der Austausch und die Begegnung stehen hier im Mittelpunkt der Tätigkeiten, der Erwerb von Wissen über die jeweils „Anderen“ ist ein unabdingbares Element einer demokratischen und freundschaftlichen, von Akzeptanz geprägten Gesellschaft.</p>		2016	Ansatz lt. HH 2015	von	6.010.500 Euro	6.010.500 Euro	um	6.010.500 Euro		auf	12.021.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	2016	Ansatz lt. HH 2015																							
von	6.010.500 Euro	6.010.500 Euro																							
um	6.010.500 Euro																								
auf	12.021.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungs- ergebnis																						
71	PIRATEN	<p>Kapitel 07 050 Kulturförderung</p> <p>Titelgruppe 75 Digitale Archivierung</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">2.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Das Digitale Archiv NRW ist im September 2015 gestartet. Dafür gab es für dieses Haushaltsjahr von der Landesregierung einmalig eine Erhöhung der Mittel um die digitale Archivierung besonders zu fördern. In dieser Startphase werden jedoch weiterhin finanzielle Fördermittel für die digitale Archivierung benötigt, um die Bewältigung der neuen Aufgaben in den Kommunen effektiv zu bewältigen. Um den reibungslosen Betrieb und der Bewältigung der Startphase zu garantieren, wird der Ansatz verdoppelt. Der Anteil des Landes an der Errichtung und den Betrieb der Deutschen Digitalen Bibliothek, nach Königsteiner Schlüssel beträgt dieser 200.000 Euro, wird ebenfalls aus dieser Titelgruppe finanziert.</p>		2016	Ansatz lt. HH 2015	von	1.000.000 Euro	1.500.000 Euro	um	1.000.000 Euro		auf	2.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 80%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	2016	Ansatz lt. HH 2015																							
von	1.000.000 Euro	1.500.000 Euro																							
um	1.000.000 Euro																								
auf	2.000.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungs- ergebnis																						
72	PIRATEN	<p>Kapitel 07 050 Kulturförderung</p> <p>Titelgruppe 92 Allgemeine Kulturförderung und internationaler Kulturaustausch</p> <p>Titel 685 90 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">694.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">944.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">694.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.388.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Projekte mit Integrations- und Inklusionscharakter sind in der heutigen Zeit besonders geeignet um den Gefahren von Radikalisierung und faschistischen, antidemokratischen Tendenzen entgegenzuwirken. Für Geflüchtete, sowie für Einwohnerinnen und Einwohner gleichermaßen sollen Angebote im Rahmen kultureller Bildung, der Soziokultur, dem internationalen Kulturaustausch und niedrigschwelligen Angeboten der Musik- und Breitenkultur zur Verfügung stehen. Hier gilt es Möglichkeitsräume zu erschließen, die durch die Verdoppelung des Ansatzes dieses Titels mehr Raum für Experimente, Sonderprojekte und auch gestiegene Personalkosten geben.</p>		2016	Ansatz lt. HH 2015	von	694.000 Euro	944.000 Euro	um	694.000 Euro		auf	1.388.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	2016	Ansatz lt. HH 2015																							
von	694.000 Euro	944.000 Euro																							
um	694.000 Euro																								
auf	1.388.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																														
73	PIRATEN	<p>Kapitel 07 070 Titel 534 10</p> <p>Titelbezeichnung Für die Aufgaben der Landeszentrale für politische Bildung</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: center;">2016</td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2015</td> <td style="width: 40%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.501.500</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">1.705.000</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">498.500</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">2.000.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Menschen- und Demokratiefeindlichkeit nimmt in den letzten Monaten in NRW in erschreckendem Ausmaß zu. Die Wahlbeteiligung sinkt seit Jahren. Die Landeszentrale für politische Bildung hat die Aufgabe, diesen Entwicklungen entgegenzuwirken. Politische Bildung ist ein Schlüssel zur Vermeidung von Rassismus und religiöse Radikalisierung sowie zur Förderung des Pluralismus und der Demokratie. (Dieser Haushaltstitel sollte in keinem Fall gekürzt werden, wie es der Haushaltsplan der Landesregierung trotz Haushaltsänderungen durch Rot-Grün vorsieht.)</p>		2016		Ansatz lt. HH 2015		von	1.501.500	Euro	1.705.000	Euro	um	498.500	Euro			auf	2.000.000	Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	2016		Ansatz lt. HH 2015																														
von	1.501.500	Euro	1.705.000	Euro																													
um	498.500	Euro																															
auf	2.000.000	Euro																															
SPD	nein																																
CDU	nein																																
GRÜNE	nein																																
FDP	nein																																
PIRATEN	ja																																

		<p>Begründung:</p> <p>Die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung soll den betreffenden Projekten Planungssicherheit über das Jahr 2017 hinaus garantieren.</p> <p>Menschen- und Demokratiefeindlichkeit nimmt in den letzten Monaten in NRW in erschreckendem Ausmaß zu. Menschenfeindliche Einstellungen sind keine Phänomene an den Rändern der Gesellschaft, sondern bis weit in die Mitte der Bevölkerung verbreitet. Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen in die Analyse, Dokumentation und Entwicklung von Abwehrmaßnahmen gegen Menschenfeindlichkeit sowie Radikalisierung viel stärker als bisher einbezogen werden und ihre wertvolle Arbeit muss auf eine Langzeitfinanzierung umgestellt werden. Zusätzlich zu den bereits vorhandenen Antidiskriminierungsbüros in größeren Städten muss die Landesregierung auch in ländlichen Gebieten diese Angebote gegen Rassismus und Rechts extremismus ausbauen.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
75	PIRATEN	<p>Kapitel 07 070 Landeszentrale für politische Bildung Titel 684 23 Beratungsleistungen gegen verfassungsfeindlichen Salafismus</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2016</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von 200.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 800.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Spätestens seit den Anschlägen von Paris ist klar, dass mehr Geld in die zivilgesellschaftliche Deradikalisierungsarbeit, z.B. von Hayat in Bonn, fließen muss. Sicherheitsbehörden geben selbst zu bedenken, dass Ausstiegswillige Programme des Verfassungsschutzes nicht annehmen. Einzelne Kommunen bieten eigene Präventionsprogramme gegen Salafismus an, und zwar ohne Finanzierungshilfen des Landes. Das soll mit diesem Änderungsantrag geändert werden.</p> <p>Erfahrungen im Bereich der Aussteigerprogramme für Rechtsextremismus zeigen, dass zivilgesellschaftliche Programme, z. B. Exit, erfolgreicher arbeiten als Programme des Verfassungsschutzes. Aus den Erfahrungen müssen Schlüsse gezogen werden und diese Fehler dürfen im Bereich des verfassungsfeindlichen Salafismus nicht wiederholt werden.</p>	2016	Ansatz lt. HH 2015	von 200.000 Euro	0 Euro	um 800.000 Euro		auf 1.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
2016	Ansatz lt. HH 2015																				
von 200.000 Euro	0 Euro																				
um 800.000 Euro																					
auf 1.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enthaltung																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
PIRATEN	ja																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																																		
76	FDP	<p>Kapitel 09 010 Ministerium Titel 511 011 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 15%;">2016</td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> </tr> <tr> <td></td> <td>von</td> <td>503.600</td> <td>Euro</td> <td></td> <td>503.600</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td>um</td> <td>140.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td>auf</td> <td>363.600</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung sowie Haushaltsklarheit an das IST 2014 angepasst. Laut Haushaltsrechnung 2013 sind Mittel dieses Titels nicht für den angegebenen Zweck verwendet worden, sondern in die Globale Minderausgabe geflossen. Der Ansatz ist somit zu reduzieren.</p>		2016										von	503.600	Euro		503.600	Euro					um	140.000	Euro								auf	363.600	Euro							<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	ja
	2016																																																				
	von	503.600	Euro		503.600	Euro																																															
	um	140.000	Euro																																																		
	auf	363.600	Euro																																																		
SPD	nein																																																				
CDU	ja																																																				
GRÜNE	nein																																																				
FDP	ja																																																				
PIRATEN	ja																																																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																														
77	FDP	<p>Kapitel 09 010 Ministerium Titel 519 03 Schönheitsreparaturen und Instandhaltung an angemieteten Grundstücken, Gebäuden und Räumen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2016</td> <td style="width: 35%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;">2015</td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>244.700</td> <td>Euro</td> <td>244.700</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>200.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>44.700</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung sowie Haushaltsklarheit an das IST 2014 angepasst. Laut Haushaltsrechnung 2013 sind die Mittel dieses Titels überwiegend nicht für den angegebenen Zweck verwendet worden, sondern in die Globale Minderausgabe geflossen. Der Ansatz ist somit zu reduzieren.</p>	2016			2015		von	244.700	Euro	244.700	Euro	um	200.000	Euro			auf	44.700	Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enthaltung</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enthaltung
2016			2015																														
von	244.700	Euro	244.700	Euro																													
um	200.000	Euro																															
auf	44.700	Euro																															
SPD	nein																																
CDU	ja																																
GRÜNE	nein																																
FDP	ja																																
PIRATEN	Enthaltung																																

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
78	FDP	<p>Kapitel 09 010 Ministerium Titel 526 01 Sachverständige</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">2.573.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.573.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.573.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung sowie Haushaltsklarheit an das IST 2014 angepasst. Seit dem Jahr 2012 ist dieser Titel um den Faktor 10 angewachsen. Eine Planung möglicher Projekte für das Jahr 2016 konnte die Landesregierung dem Parlament nicht darlegen.</p>		2016	2015	von	2.573.600 Euro	2.573.600 Euro	um	1.000.000 Euro		auf	1.573.600 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enthaltung</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enthaltung
	2016	2015																							
von	2.573.600 Euro	2.573.600 Euro																							
um	1.000.000 Euro																								
auf	1.573.600 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	Enthaltung																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																				
79	FDP	<p>Kapitel 09 010 Ministerium Titel 527 01 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2016</td> <td style="width: 35%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;">2015</td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>332.500</td> <td>Euro</td> <td>332.500</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>120.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>212.500</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung sowie Haushaltsklarheit an das IST 2014 angepasst. Laut Haushaltsrechnung 2013 sind Mittel dieses Titels nicht für den angegeben Zweck verwendet worden, sondern in die Globale Minderausgabe geflossen. Der Ansatz ist somit zu reduzieren.</p>	2016			2015		von	332.500	Euro	332.500	Euro	um	120.000	Euro			auf	212.500	Euro			<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja GRÜNE nein FDP ja PIRATEN ja</p>
2016			2015																				
von	332.500	Euro	332.500	Euro																			
um	120.000	Euro																					
auf	212.500	Euro																					

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
80	FDP	<p>Kapitel 09 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs</p> <p>Titelgruppe 60 Sozialticket</p> <p>Titel 633 60 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2016</td> <td style="width: 50%;">2015</td> </tr> <tr> <td>von 40.000.000 Euro</td> <td>30.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 40.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Das Sozialticket ist eine freiwillige Sozialleistung der Kommunen zur Verbesserung der örtlichen Mobilität einkommensschwacher Bürgerinnen und Bürger. Das Land hat weder die Aufgabe noch die finanziellen Möglichkeiten, das Sozialticket aus Haushaltsmitteln zu unterstützen. Die hier eingesparten konsumtiven Ausgaben werden in den notwendigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur investiert und zum Abbau der Nettokreditaufnahme des Landes verwendet.</p>	2016	2015	von 40.000.000 Euro	30.000.000 Euro	um 40.000.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2016	2015																				
von 40.000.000 Euro	30.000.000 Euro																				
um 40.000.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frak- tion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																
81	PIRATEN	<p>Kapitel 09 110 Titel 633 60 Titelbezeichnung Sonstige Zuweisungen an Gemeinden & Gemeindeverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2016</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">Ansatz lt. 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>40.000.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">30.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>10.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>50.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2016</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">Ansatz lt. 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>0 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>300.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>300.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Davon fällig 2017: 50.000.000 Euro 2018: 50.000.000 Euro 2019: 50.000.000 Euro 2020: 50.000.000 Euro</p>		2016		Ansatz lt. 2015	von	40.000.000 Euro		30.000.000 Euro	um	10.000.000 Euro			auf	50.000.000 Euro				2016		Ansatz lt. 2015	von	0 Euro		0 Euro	um	300.000.000 Euro			auf	300.000.000 Euro			<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein GRÜNE nein FDP nein PIRATEN ja</p>
	2016		Ansatz lt. 2015																																
von	40.000.000 Euro		30.000.000 Euro																																
um	10.000.000 Euro																																		
auf	50.000.000 Euro																																		
	2016		Ansatz lt. 2015																																
von	0 Euro		0 Euro																																
um	300.000.000 Euro																																		
auf	300.000.000 Euro																																		

		<p>2021: 50.000.000 Euro 2022: 50.000.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Immer mehr Menschen sind auf das Sozialticket angewiesen und es wird immer häufiger genutzt. Nach der erfolgreichen Startphase geht es ohne weitere Aufstockung der Mittel durch das Land bzw. ohne zusätzliche Möglichkeiten neuer Finanzierungsinstrumente wie eine kommunale/regionale/landesweite Umlagefinanzierung finanziell nicht weiter. Eine auf Kurzfristigkeit angelegte sozialpolitische Maßnahme der Landesregierung wird ansonsten zulasten der ÖPNV-Infrastruktur und Qualität im Nahverkehr gehen. Die Verkehrsverbünde müssen jährlich bis zu zehn Millionen Euro aus eigenen Mitteln aufwenden. Umso unverständlicher ist es, dass die Landesregierung in der Ergänzungsvorlage den Zusatz verfasst, dass bei der bestehenden und absehbar weiter steigenden Unterfinanzierung ein Teilbetrag des Ansatzes der Erhöhung in Höhe von 10 Mio. Euro für berechnete Asylbewerber verbindlich bestimmt sein soll. Diese neue und für die Verkehrsbetriebe zusätzliche Aufgabe (Mobilitätsangebote für Asylbewerber) setzt eine Erhöhung voraus, die deutlich über den Versuch, die aktuelle Unterfinanzierung zu beenden, hinausgehen muss.</p> <p>Wir benötigen in den kommenden Jahren ein auf Dauer und ohne strukturelle Unterfinanzierung angelegtes Sozialticket. Daher beantragen wir neben der Erhöhung eine VE für die Jahre 2017-2022.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
82	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 09 140 Straßenverkehr und kommunaler Straßenbau</p> <p>Titelgruppe 61 Nahmobilität</p> <p>Titel 883 61 Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für Vorhaben der Nahmobilität</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2016 Ansatz lt. HH 2015</p> <p>von 12.100.000 Euro</p> <p>um 2.000.000 Euro</p> <p>auf 14.100.000 Euro 11.600.000 Euro</p> <p>Begründung: Über die Förderrichtlinie Nahmobilität unterstützt das Land Nordrhein- Westfalen Kommunen bei Maßnahmen zur Förderung des Rad- und Fuß- verkehrs. Aufgrund auslaufender Entflechtungsmittel für den Kommunalen Straßenbau und dem Willen vieler Kommunen, die Nahmobilität auch im Sinne des Landes-Aktionsplanes von 2012 stärker zu fördern, ist eine Erhöhung des Ansatzes sinnvoll.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU nein</p> <p>GRÜNE ja</p> <p>FDP nein</p> <p>PIRATEN ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2016
Sachhaushalt**

Lfd. Nr. des An- trags	Antrag d. Fraktionen	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
83	SPD Grüne	<p>Kapitel 09 150 Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen.NRW) Titel 777 11 Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2016</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von 105.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">100.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 10.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 115.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Die aktuelle Expertise des Ingenieurbüros SEP Maerschalk zum Zustand der Landesstraßen im Auftrag des Landesbetriebs Straßen.NRW kommt zu dem Ergebnis, dass zur Wiederherstellung des Zustandsniveaus von 2011 - das bereits als suboptimal bezeichnet werden muss (Basis: Zustandserfassung und -bewertung 2004-2008) – ein jährlicher Aufwand von 194 Mio. Euro erforderlich ist. Zugrunde liegt die Zielvorgabe des Qualitätsszenarios QS1. Dieses geht davon aus, das Zustandsniveau von 2011 wieder zu erreichen und dann nachhaltig zu erhalten. Ein weiteres Anwachsen des Nachholbedarfs kann nur verhindert werden, wenn das Ertüchtigungsprogramm unverzüglich beginnt und insbesondere bei den Brückenbauwerken auf hohem Niveau einsetzt. Im Zentrum des Programms muss die bauliche Erhaltung des Landesstraßennetzes im engeren Sinne stehen (Erhaltung Fahrbahnen, Erhaltung Ingenieurbauwerke, sonstige Anlagenteile und Radwege). Qualitätsverbessernde Maßnahmen können nur situativ z.B. bei verkehrabhängigen Fahrbahnverbreiterungen und notwendigen Brückenertüchtigungen realisiert werden. Die Erhöhung der Mittel dient unmittelbar der Funktionserhaltung des rund 13.100 km langen Landesstraßennetzes.</p>	2016	Ansatz lt. HH 2015	von 105.000.000 Euro	100.000.000 Euro	um 10.500.000 Euro		auf 115.500.000 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enthaltung</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	Enthaltung	PIRATEN	Enthaltung
2016	Ansatz lt. HH 2015																				
von 105.000.000 Euro	100.000.000 Euro																				
um 10.500.000 Euro																					
auf 115.500.000 Euro																					
SPD	ja																				
CDU	nein																				
GRÜNE	ja																				
FDP	Enthaltung																				
PIRATEN	Enthaltung																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
84	FDP	<p>Kapitel 09 150 Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW)</p> <p>Titel 777 13 Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2016</td> <td style="width: 50%;">2015</td> </tr> <tr> <td>von 32 000 000 Euro</td> <td>37.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 30.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 62.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist Voraussetzung für Mobilität, Arbeitsplätze und Wohlstand in Nordrhein-Westfalen. Dennoch bleiben die Investitionen in das Landesstraßennetz seit vielen Jahren hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück. Die von der rot-grünen Landesregierung vorgenommenen weiteren Kürzungen führen dazu, dass dringend notwendige Maßnahmen im Bereich des Landesstraßenbaus, die ein hohes volkswirtschaftliches Nutzen-Kosten-Verhältnis aufweisen und deren Bedarf im Landesstraßenbedarfsplan gesetzlich festgelegt wurde, nicht realisiert werden können. Um die damit einhergehende Schwächung des Wirtschaftsstandorts NRW abzuwenden, müssen die Mittel für das Landesstraßenbauprogramm dringend wieder erhöht werden.</p>	2016	2015	von 32 000 000 Euro	37.000.000 Euro	um 30.000.000 Euro		auf 62.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enthaltung</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enthaltung
2016	2015																				
von 32 000 000 Euro	37.000.000 Euro																				
um 30.000.000 Euro																					
auf 62.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	Enthaltung																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
85	FDP	<p>Kapitel 10 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 972 00 Globale Minderausgaben im Einzelplan 10</p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2016</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2015</td> </tr> <tr> <td>Von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf -50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Seit dem Jahr 2010 ist der Einzelplan 10 um über 200 Mio. € gewachsen. Pauschal sind in einem ersten Schritt 25% dieses Aufwuchses einzusparen. Es werden Steuergelder entgegen der Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit beispielsweise für das 100-Kantinen-Programm, die Stiftung Umwelt und Entwicklung sowie für Informationsveranstaltungen des ökologischen Landbaus unnötig eingesetzt.</p>	2016	2015	Von 0 Euro	0 Euro	um 50.000.000 Euro		auf -50.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2016	2015																				
Von 0 Euro	0 Euro																				
um 50.000.000 Euro																					
auf -50.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enthaltung																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
86	FDP	<p>Kapitel 11 010 Ministerium Titel 511 01 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">752.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">722.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">250.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">502.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung sowie Haushaltsklarheit reduziert. Der Titel wurde in den letzten Jahren nicht ausgeschöpft und diente im Jahr 2013 zur Erbringung der Globalen Minderausgabe. Der Titel ist somit zu reduzieren. Die durch die Ergänzungsvorlage eingebrachte Ansatzserhöhung für die anfallenden sächlichen Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit den 10 zusätzlichen Planstellen und Stellen für die soziale Eingliederung von Flüchtlingen ist hiervon explizit nicht betroffen.</p>		2016	2015	Von	752.200 Euro	722.200 Euro	um	250.000 Euro		auf	502.200 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2016	2015																							
Von	752.200 Euro	722.200 Euro																							
um	250.000 Euro																								
auf	502.200 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
86	FDP	<p>Kapitel 11 010 Ministerium Titel 527 01 Reisekostenvergütungen für Dienstreisen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">260.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">284.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">160.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung sowie Haushaltsklarheit reduziert. Der Titel wurde in den letzten Jahren nicht ausgeschöpft und diente im Jahr 2013 zur Erbringung der Globalen Minderausgabe. Der Titel ist somit zu reduzieren.</p>		2016	2015	von	260.000 Euro	284.900 Euro	um	100.000 Euro		auf	160.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2016	2015																							
von	260.000 Euro	284.900 Euro																							
um	100.000 Euro																								
auf	160.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
87	FDP	<p>Kapitel 11 010 Ministerium Titel 547 10 Sächliche Verwaltungsausgaben für Datenverarbeitung und Automation im Bereich von Haushalts- Kassen und Rechnungslegungsverfahren</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="width: 50%;"></td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">1.796.500 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">1.621.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">400.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.396.500 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung sowie Haushaltsklarheit reduziert. Der Titel wurde in den letzten Jahren nicht ausgeschöpft und diente im Jahr 2013 zur Erbringung der Globalen Minderausgabe. Der Titel ist somit zu reduzieren.</p>		2016		2015	Von	1.796.500 Euro		1.621.600 Euro	um	400.000 Euro			auf	1.396.500 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enthaltung</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enthaltung
	2016		2015																										
Von	1.796.500 Euro		1.621.600 Euro																										
um	400.000 Euro																												
auf	1.396.500 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enthaltung																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	Enthaltung																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
88	FDP	<p>Kapitel 11 029 Arbeit und Qualifizierung Titel 686 10 Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung GmbH (G.I.B.)</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;">2016</td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.149.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">1.149.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">300.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">849.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Aufgrund der schwierigen Haushaltslage ist es notwendig, die Mittel in diesem Aufgabenbereich zu reduzieren. Insbesondere die Begleitung der Initiative „Faire Arbeit – fairer Wettbewerb“ ist verzichtbar.</p>		2016		2015	von	1.149.000 Euro		1.149.000 Euro	um	300.000 Euro			auf	849.000 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2016		2015																										
von	1.149.000 Euro		1.149.000 Euro																										
um	300.000 Euro																												
auf	849.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
89	FDP	<p>Kapitel 11 029 Arbeit und Qualifizierung Titel 686 20 Zuschuss an die Technologieberatungsstelle (TBS) beim DGB Landesbezirk NRW in Dortmund</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">2016</td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.506.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">1.506.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">506.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Eine weitere Förderung der Technologieberatungsstelle ist aus Gründen der Haushaltskonsolidierung nicht möglich. Mit dem verbleibenden Ansatz soll die Abwicklung der TBS vorbereitet und umgesetzt werden.</p>		2016		2015	von	1.506.000 Euro		1.506.000 Euro	um	1.000.000 Euro			auf	506.000 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2016		2015																										
von	1.506.000 Euro		1.506.000 Euro																										
um	1.000.000 Euro																												
auf	506.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
90	FDP	<p>Kapitel 11 029 Arbeit und Qualifizierung Titelgruppe 80 Berufsorientierung – Kein Abschluss ohne Anschluss</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2016</td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 25%; text-align: right;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>13.000.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>5.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>8.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Grundsätzlich ist eine frühzeitige Berufs- und Studienorientierung sinnvoll. Allerdings führt die jetzige, sehr strikte Ausgestaltung dazu, dass bereits vorhandene, erfolgreiche Programme beendet werden müssen und sogar bisherige, externe Fördergelder verloren gehen. Daher sollten anstatt der strikten Ausgestaltung auch wie bisher Maßnahmen zur Berufsorientierung unter Einbeziehung externer Fördergelder umgesetzt werden.</p>	2016			2015	von	13.000.000 Euro		0 Euro	um	5.000.000 Euro			auf	8.000.000 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2016			2015																										
von	13.000.000 Euro		0 Euro																										
um	5.000.000 Euro																												
auf	8.000.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enthaltung																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
91	FDP	<p>Kapitel 11 035 Landesinstitut für Arbeitsgestaltung des Landes Nordrhein-Westfalen</p> <p>Titel 511 01 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">353.300 Euro</td> <td style="text-align: right;">353.300 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">150.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">203.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung sowie Haushaltsklarheit reduziert. Der Titel wurde in den letzten Jahren nicht ausgeschöpft und diente im Jahr 2013 zur Erbringung der Globalen Minderausgabe.</p>		2016	2015	von	353.300 Euro	353.300 Euro	um	150.000 Euro		auf	203.300 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2016	2015																							
von	353.300 Euro	353.300 Euro																							
um	150.000 Euro																								
auf	203.300 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
92	FDP	<p>Kapitel 11 035 Landesinstitut für Arbeitsgestaltung des Landes Nordrhein-Westfalen</p> <p>Titel 531 10 Aufklärung im Bereich der Gesundheit bei der Arbeit</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">331.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">331.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">120.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">211.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung sowie Haushaltsklarheit reduziert. Der Titel wurde in den letzten Jahren nicht ausgeschöpft und diente im Jahr 2013 zu fast 70 Prozent des Ansatzes zur Erbringung der Globalen Minderausgabe.</p>		2016	2015	von	331.200 Euro	331.200 Euro	um	120.000 Euro		auf	211.200 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2016	2015																							
von	331.200 Euro	331.200 Euro																							
um	120.000 Euro																								
auf	211.200 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
93	FDP	<p>Kapitel 11 035 Landesinstitut für Arbeitsgestaltung des Landes Nordrhein-Westfalen</p> <p>Titel 547 10 Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">349.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">349.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">120.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">229.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung sowie Haushaltsklarheit reduziert. Der Titel wurde in den letzten Jahren nicht ausgeschöpft und diente im Jahr 2013 zur Erbringung der Globalen Minderausgabe.</p>		2016	2015	von	349.600 Euro	349.600 Euro	um	120.000 Euro		auf	229.600 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2016	2015																							
von	349.600 Euro	349.600 Euro																							
um	120.000 Euro																								
auf	229.600 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
94	PIRATEN	<p>Kapitel 11 060 Einrichtung eines neuen Titels</p> <p>Titelbezeichnung: Erstellung eines Handlungskonzepts für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe und für die Ausgestaltung einer hauptamtlichen Koordinierungsstelle</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">0</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: center;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">450.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">450.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Auf Regionalkonferenzen soll ein Austausch von Helferinnen und Helfern in den Regierungsbezirken in die Wege geleitet werden. Ziel ist die Erstellung eines Handlungskonzepts für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe in ganz NRW sowie für die Ausgestaltung einer hauptamtlichen Koordinierungsstelle.</p>		2016		Ansatz lt. HH 2015	von	0	Euro	0 Euro	um	450.000	Euro		auf	450.000	Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	2016		Ansatz lt. HH 2015																										
von	0	Euro	0 Euro																										
um	450.000	Euro																											
auf	450.000	Euro																											
SPD	nein																												
CDU	nein																												
GRÜNE	nein																												
FDP	nein																												
PIRATEN	ja																												

		<p>(Beim finanziellen Rahmen und der Ausgestaltung soll sich die Landesregierung an dem Prozess zur Erstellung des Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus orientieren.)</p> <p>Deckung ergibt sich aus dem Änderungsantrag zu Kapitel 03 030 536 00 249 „Rückführung“.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
95	PIRATEN	<p>Kapitel 11 060 Einrichtung einer neuen Titelgruppe 69 Titelbezeichnung Maßnahmen zur Förderung von Sprachkursen, Sensibilisierung der Aufnahmegesellschaft und Unterstützung von Kommunen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt. 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">100.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">100.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Piratenfraktion hat bereits für das Haushaltsjahr 2015 eine Erhöhung des Integrationshaushaltes um 30 Millionen Euro gefordert. Diese Erhöhung wurde abgelehnt. Für das Haushaltsjahr 2016 hat die Landesregierung nun eine Ergänzungsvorlage und einen Änderungsantrag vorgelegt. Damit wird der Integrationshaushalt 2016 um circa 20 Millionen Euro erhöht. Diese Erhöhung hinkt der aktuellen Entwicklung der Zuwanderungs- und Flüchtlingszahlen hinterher. Die Landesregierung berichtet in der Vorlage 16/3312 über den aktuellen Stand der Zuwanderung. So wurden insgesamt 201.684 Asylbewerber in den Einrichtungen des Landes im Zeitraum vom 01.01. bis 15.10.2015 aufgenommen. Die Landesregierung berichtet weiter, dass im Jahresvergleich 2014 zu 2015 eine Steigerung um 299% stattgefunden habe.</p>		2016	Ansatz lt. 2015	von	0 Euro	0 Euro	um	100.000.000 Euro		auf	100.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	2016	Ansatz lt. 2015																							
von	0 Euro	0 Euro																							
um	100.000.000 Euro																								
auf	100.000.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

		<p>Zwischen dem 01.01.2014 – 15.10.2014 wurden 31.713 Asylbewerber aufgenommen. Zwischen dem 01.01.2015 – 15.10.2015 wurden 126.571 Asylbewerber aufgenommen.</p> <p>Aufgrund dieser veränderten Ausgangslage ist eine zusätzliche Anpassung des Integrationshaushaltes notwendig. Um den Zugewanderten direkte und passgenaue Unterstützung zukommen zu lassen und gleichzeitig die Bereitschaft der Aufnahmegesellschaft, Zugewanderte zu integrieren, zu erhöhen, sind folgende Maßnahmen im Rahmen der Einrichtung eines neuen Titels mit 100.000.000 Euro im Integrationshaushalt von der Landesregierung zu unterstützen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung beim Spracherwerb Es werden Maßnahmen gefördert, die in den bestehenden Strukturen allen Geflüchteten einen kostenlosen Deutschkurs ermöglichen. Zukünftig soll kein Geflüchteter mehr selbst die Kosten für einen Deutschkurs tragen müssen. • Unterstützung des Lehrpersonals Lehrpersonal soll darin geschult werden, Menschen in schwierigen Lebenssituationen zu unterrichten und dabei berücksichtigen können, dass zum Teil Traumata und immense Zukunftsängste vorherrschen. Projekte und Maßnahmen zur Fortbildung von Lehrpersonal im Bereich der didaktischen, pädagogischen sowie sozialen Kompetenzen im Umgang und Prozess der sprachlichen Vermittlung in der Einstiegsphase des Zweitsprachenlernens werden im Rahmen der bestehenden Strukturen gefördert. • Förderung der Vorintegration Über bestehende Strukturen werden Maßnahmen gefördert, die das Ziel verfolgen, dass Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlinge bereits bei ihrer Ankunft in Nordrhein-Westfalen über einfache Deutschkenntnisse, grundlegendes Wissen über die Aufnahmegesellschaft in den Bereichen Staatssystem, Bildungssystem, Arbeitsmarkt und Anerkennung von Abschlüssen verfügen sowie für die Schwierigkeiten und Chancen sensibilisiert werden, die sich ihnen im Integrationsprozess stellen. Diese Maßnahmen werden – soweit erforderlich – bereits 	
--	--	--	--

		<p>in den Landesaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge angeboten.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung der Kommunen Die behördlichen und institutionellen Strukturen in den Kommunen sind an die aktuellen Bedarfe anzupassen. Eine Vielzahl von kommunalen Koordinierungs- und Unterstützungsaufgaben im Bereich der Aufnahme, Verteilung, Begleitung und Information von Zuwanderern und Geflüchteten bedürfen finanzieller Unterstützung. • Intensivierung des interkulturellen Dialogs Handlungsübergreifend werden die Ziele verfolgt, interkulturelle Kompetenz auf allen Ebenen von Verwaltung und Gesellschaft zu stärken und die interkulturelle Öffnung entsprechender Institutionen und Organisationen weiterhin zu fördern. Dabei sollen Sensibilisierungsmaßnahmen und Maßnahmen zur aktiven Einbeziehung der Aufnahmegesellschaft, die die Akzeptanz von Zugewanderten steigern, gefördert werden. • Interkulturelle Öffnung Die Umsetzung dieser Maßnahmenart zielt darauf ab, das friedliche Miteinander der unterschiedlichen kulturellen und religiösen Lebensformen zu fördern, Spannungen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, d.h. den verschiedenen Nationalitäten und Religionen einerseits und der deutschen Bevölkerung abzubauen. Gegenseitige Vorurteile, die in den unterschiedlichen kulturellen und religiösen Lebensformen begründet liegen, und die als Konfliktstoff auch für potenzielle Gewalt dienen, sollen durch solche besonders geförderten Projektmaßnahmen verringert werden. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang präventive Projekte, die ein gewalt- und aggressionsfreies Verhalten fördern. • Integration durch gesellschaftliche Teilhabe Die gleichberechtigte Teilhabe von Zugewanderten an allen Bereichen des alltäglichen Lebens ist die Zielsetzung im Handlungsfeld gesellschaftliche Teilhabe und Integration. Von zentraler Bedeutung ist auch die In- 	
--	--	--	--

		tegration von Zugewanderten in das unmittelbare Wohnumfeld als Lebensmittelpunkt und wichtigstes Kontaktfeld sowie die Stärkung der gemeinsamen aktiven Mitgestaltung ihres Wohnumfeldes mit Angehörigen der Aufnahmegesellschaft. Ein wichtiges Element der gesellschaftlichen Teilhabe besteht zudem in dem Zugang zu Information über konkrete Partizipationsmöglichkeiten vor Ort.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 12
zum Haushaltsgesetz 2016**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
96	FDP	<p>Kapitel 12 050 Oberfinanzdirektion NRW und Finanzämter Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>50 Stellen sind kw.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;">2016</td> <td style="width: 40%; text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">880.549.800 Euro</td> <td style="text-align: right;">844.806.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">2.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">878.049.800 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Finanzaufsicht der Spielbanken in Nordrhein-Westfalen bindet fast 100 Bedienstete der Finanzverwaltung des Landes. Laut Jahresbericht 2015 des Landesrechnungshofes NRW kann die Finanzaufsicht den gesetzlichen Vorgaben aber auch mit merklich weniger Personal nachgekommen. Sowohl der Landesrechnungshof NRW als auch das Finanzministerium gehen von einem notwendigen Personalbedarf aus, der bei nur 50 Prozent der jetzt eingesetzten Bediensteten liegt. Aus Gründen der effizienten Aufgabenerfüllung ist die Finanzaufsicht der Spielbanken zu reformieren und auf die überschüssigen Planstellen zu verzichten.</p>		2016	2015	von	880.549.800 Euro	844.806.400 Euro	um	2.500.000 Euro		auf	878.049.800 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	ja
	2016	2015																							
von	880.549.800 Euro	844.806.400 Euro																							
um	2.500.000 Euro																								
auf	878.049.800 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enthaltung																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2016**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
97	FDP	<p>Kapitel 14 010 Ministerium Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2016</td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: center;">2015</td> <td style="width: 25%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>10.793.700 Euro</td> <td style="text-align: center;">10.004.300</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>250.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>10.543.700 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Durch eine Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes kann auf die entsprechende Prüfbehörde verzichtet werden. 5 Stellen für Beamtinnen und Beamte sowie 1 Stelle für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entfallen.</p>	2016		2015		von	10.793.700 Euro	10.004.300	Euro	um	250.000 Euro			auf	10.543.700 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2016		2015																											
von	10.793.700 Euro	10.004.300	Euro																										
um	250.000 Euro																												
auf	10.543.700 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2016**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
98	FDP	<p>Kapitel 14 010 Ministerium Titel 428 01 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2016</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>8.769.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">7.204.400Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>50.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>8.719.900 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Durch eine Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes kann auf die entsprechende Prüfbehörde verzichtet werden. 5 Stellen für Beamtinnen und Beamte sowie 1 Stelle für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entfallen.</p>	2016		2015	von	8.769.900 Euro	7.204.400Euro	um	50.000 Euro		auf	8.719.900 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2016		2015																							
von	8.769.900 Euro	7.204.400Euro																							
um	50.000 Euro																								
auf	8.719.900 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
100	PIRATEN	<p>Kapitel 14 730 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes Einrichtung einer neuen Titelgruppe Titelgruppe 63 Förderung einer Gigabit-Netzinfrastruktur</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">860.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">860.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Im digitalen Zeitalter gehört der Zugang zu einer leistungsstarken digitalen Infrastruktur zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Derzeit sind vor allem ländliche und halbstädtische Räume von einem schnellen Internetzugang abgeschnitten.</p> <p>Vor dem Hintergrund der immer weiter anwachsenden Datenmengen raten Experten seit Jahren zum Aufbau eines nachhaltigen Glasfasernetzes, welches Daten im Gigabit-Bereich transportieren kann.</p> <p>Derzeit liegt Deutschland beim Glasfaserausbau auf Platz 29 der OECD-Staaten. Allein Schleswig-Holstein kann im bundesweiten Vergleich mit</p>		2016	Ansatz lt. HH 2015	von	0 Euro	0 Euro	um	860.000.000 Euro		auf	860.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	PIRATEN	ja
	2016	Ansatz lt. HH 2015																							
von	0 Euro	0 Euro																							
um	860.000.000 Euro																								
auf	860.000.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	nein																								
PIRATEN	ja																								

	<p>einer Anschlussquote von 23 Prozent bereits einen nennenswerten Anteil der Haushalte und Unternehmen mit sehr schnellem Internet versorgen. In Nordrhein-Westfalen ist ein Glasfaseranschluss (fftb/h) die Ausnahme (7 Prozent).</p> <p>Nach Angaben der Micus-Studie (2015) benötigt eine flächendeckende Glasfaserinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen Investitionen in Höhe von 8,6 Mrd. Euro. Um den nationalen sowie internationalen Anschluss nicht zu verlieren, werden daher 860 Mio. Euro jährlich für den Breitbandausbau in den Haushalt eingestellt, um ein flächendeckendes Glasfasernetz bis in das Jahr 2025 aufzubauen.</p> <p>Die Mittel werden eingesetzt um den Aufbau einer kommunalen, dezentralen OpenAccess-Glasfaserinfrastruktur (z.B. Modell „Nachhaltige Netzerneruerung“ der Micus-Studie) zu fördern. Die so finanzierten Glasfasernetze können an Netzbetreiber verpachtet werden und so zu ihrer Refinanzierung beitragen. Zudem sind Bürgerinitiativen zu unterstützen, die sich für ihre lokale Breitbandversorgung einsetzen. Brückentechnologien (Vectoring) sind nicht förderfähig. Eine Re-Monopolisierung der Netze wird verhindert.</p>	
--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
101	FDP	<p>Kapitel 15 010 Allgemeine Bewilligungen Titel 511 01 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">474.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">150.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">324.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung sowie Haushaltsklarheit an die durchschnittlichen IST-Ausgaben der letzten zehn Jahre angepasst. Laut Haushaltsrechnung 2013 sind die Mittel nicht für den angegebenen Zweck verwendet worden, sondern in die Globale Minderausgabe geflossen. Der Titel ist somit zu reduzieren.</p>		2016	2015	Von	474.000 Euro	500.000 Euro	um	150.000 Euro		auf	324.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2016	2015																							
Von	474.000 Euro	500.000 Euro																							
um	150.000 Euro																								
auf	324.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
102	FDP	<p>Kapitel 15 010 Allgemeine Bewilligungen Titel 519 03 Schönheitsreparaturen und Instandhaltung an angemieteten Grundstücken, Gebäuden und Räumen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">100.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">120.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">50.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">50.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung sowie Haushaltsklarheit reduziert. Der Titel wurde in den letzten Jahren nicht ausgeschöpft und diente im Jahr 2013 überwiegend zur Erbringung der Globalen Minderausgabe. Der Titel ist somit zu reduzieren.</p>		2016	2015	Von	100.000 Euro	120.000 Euro	um	50.000 Euro		auf	50.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2016	2015																							
Von	100.000 Euro	120.000 Euro																							
um	50.000 Euro																								
auf	50.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
103	FDP	<p>Kapitel 15 010 Allgemeine Bewilligungen Titel 526 01 Sachverständige</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;">2016</td> <td style="width: 40%; text-align: center;">2015</td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td>200.000 Euro</td> <td>225.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>130.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>70.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung sowie Haushaltsklarheit reduziert. Der Titel wurde in den letzten Jahren nicht ausgeschöpft und diente im Jahr 2013 überwiegend zur Erbringung der Globalen Minderausgabe. Der Titel ist somit zu reduzieren.</p>		2016	2015		Von	200.000 Euro	225.000 Euro		um	130.000 Euro			auf	70.000 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2016	2015																											
Von	200.000 Euro	225.000 Euro																											
um	130.000 Euro																												
auf	70.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
104	FDP	<p>Kapitel 15 010 Allgemeine Bewilligungen Titel 531 10 Öffentlichkeitsarbeit, Veröffentlichungen und Dokumentation</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">236.100 Euro</td> <td style="text-align: right;">236.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">150.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">86.100 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung sowie Haushaltsklarheit reduziert. In den letzten Jahren lagen die IST-Ausgaben deutlich unter dem ausgebrachten Ansatz.</p>		2016	2015	Von	236.100 Euro	236.100 Euro	um	150.000 Euro		auf	86.100 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2016	2015																							
Von	236.100 Euro	236.100 Euro																							
um	150.000 Euro																								
auf	86.100 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																												
105	FDP	<p>Kapitel 15 010 Ministerium Titelgruppe 70 Patientenbeauftragter der Landesregierung</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;">2016</td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>400.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td>400.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>400.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Angesichts der geringen Inanspruchnahme (knapp über tausend Kontakte im Jahr) und anderer Angebote zur Patientenberatung kann auf den Patientenbeauftragten verzichtet werden.</p>	2016											von	400.000	Euro		400.000	Euro						um	400.000	Euro									auf	0	Euro									<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja GRÜNE nein FDP ja PIRATEN nein</p>
2016																																															
von	400.000	Euro		400.000	Euro																																										
um	400.000	Euro																																													
auf	0	Euro																																													

**Änderungsanträge zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag	Abstimmungs- ergebnis																						
106	FDP	<p>Kapitel 15 035 Emanzipation Titelgruppe 62 Gleichstellung und Potenzialentwicklung von Frauen in Beruf und Gesellschaft</p> <p>Titel 686 62 Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">5.298.100 Euro</td> <td style="text-align: right;">5.832.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">3.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">2.298.100 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Einführung von 16 Regionalagenturen im Rahmen der „Landesinitiative Frau und Wirtschaft“ führt zum Wiederaufbau von Doppelstrukturen im Bereich der beruflichen Förderung von Frauen und greift darüber hinaus in privatwirtschaftlich bereits besetzte Unternehmensberatungsangebote ein. Auch aus Gründen der Haushaltskonsolidierung ist der Abbau von Doppelstrukturen sinnvoll und geboten.</p>		2016	2015	von	5.298.100 Euro	5.832.200 Euro	um	3.000.000 Euro		auf	2.298.100 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2016	2015																							
von	5.298.100 Euro	5.832.200 Euro																							
um	3.000.000 Euro																								
auf	2.298.100 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	nein																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
107	FDP	<p>Kapitel 15 044 Pflege, Alter, demographische Entwicklung Titelgruppe 72 Allgemeiner Zuschuss an die Stiftung Wohlfahrtspflege NRW</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2016</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2015</td> </tr> <tr> <td>von 2.422.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 2.422.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Aufgrund der zurückgehenden Einnahmen aus der Spielbankabgabe sinkt der entsprechende Zuschuss in Titelgruppe 70. Dies soll mit dem Zuschuss des Landes aus allgemeinen Haushaltsmitteln kompensiert werden. Dieses Vorgehen beinhaltet erhebliche fiskalische Risiken. Da ohne Maßnahmen zur wirtschaftlichen Führung der Spielbanken ein weiterer Rückgang der Spielbankeinnahmen zu erwarten ist, würde in der Folge auch dieser allgemeine Zuschuss des Landes weiter ansteigen. Anstatt der Einrichtung dieses neuen Haushaltsansatzes ist zur Finanzierung der Stiftung Wohlfahrtspflege eine nachhaltige Sanierung der Spielbanken verbunden mit höheren Einnahmen aus der Spielbankabgabe erforderlich.</p>	2016	2015	von 2.422.000 Euro	0 Euro	um 2.422.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2016	2015																				
von 2.422.000 Euro	0 Euro																				
um 2.422.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enthaltung																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
108	FDP	<p>Kapitel 15 070 Krankenhausförderung Titelgruppe 70 Pauschale Förderung der Errichtung von Krankenhäusern (Baupauschale) nach dem KHGG NRW</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2016</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 45%; text-align: right;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>197.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">190.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>2.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>199.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die pauschale Investitionsförderung wird zwar vom Land erhöht, allerdings wird gleichzeitig die Förderung von Investitionskosten durch besondere Beträge (Titelgruppe 66) gekürzt, so dass in der Summe nur 1,7 Mio. € zusätzlich für Krankenhausinvestitionen zur Verfügung stehen. Angesichts des über viele Jahre entstandenen Investitionsstaus und des von Fachkreisen geschätzten weit höheren Bedarfs ist die geplante Anhebung unzureichend. Wir schlagen deshalb eine weitere Erhöhung um 2 Mio. € vor.</p>	2016		2015	von	197.000.000 Euro	190.000.000 Euro	um	2.000.000 Euro		auf	199.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	ja
2016		2015																							
von	197.000.000 Euro	190.000.000 Euro																							
um	2.000.000 Euro																								
auf	199.000.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enthaltung																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsanträge zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag	Abstimmungs- ergebnis												
109	FDP	<p>Kapitel 15 080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen Titelgruppe 81 Gesundheitshilfe, Gesundheitsschutz Titel 684 311 Zuschüsse an freie Träger</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">4.882.800 Euro</td> <td style="text-align: right;">3.551.300 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">250.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">5.132.800 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die zusätzlichen Mittel dienen zum einen der Förderung der Gesundheit von Jungen und Männern durch Aufbau eines Präventionskonzeptes. Zum anderen wird das Kompetenzzentrum Frau und Gesundheit im Aufgabenbereich um einen ganzheitlichen Genderaspekt ausgeweitet, so dass alle Menschen gleich welchen Geschlechts hiervon profitieren.</p>		2016	2015	von	4.882.800 Euro	3.551.300 Euro	um	250.000 Euro		auf	5.132.800 Euro		<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enthaltung GRÜNE nein FDP ja PIRATEN nein</p>
	2016	2015													
von	4.882.800 Euro	3.551.300 Euro													
um	250.000 Euro														
auf	5.132.800 Euro														

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
110	FDP	<p>Kapitel 15 260 Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen</p> <p>Titel 511 01 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">285.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">285.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">50.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">235.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung sowie Haushaltsklarheit reduziert. Der Titel wurde in den letzten Jahren nicht ausgeschöpft und diente im Jahr 2013 zur Erbringung der Globalen Minderausgabe. Der Titel ist somit zu reduzieren.</p>		2016		2015	Von	285.000 Euro		285.000 Euro	um	50.000 Euro			auf	235.000 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2016		2015																										
Von	285.000 Euro		285.000 Euro																										
um	50.000 Euro																												
auf	235.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
111	FDP	<p>Kapitel 15 260 Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen</p> <p>Titel 547 20 Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;">2016</td> <td style="width: 40%; text-align: center;">2015</td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td>500.000 Euro</td> <td>545.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>220.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>280.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung sowie Haushaltsklarheit reduziert. Der Titel wurde in den letzten Jahren nicht ausgeschöpft und diente im Jahr 2013 überwiegend zur Erbringung der Globalen Minderausgabe. Der Titel ist somit zu reduzieren.</p>		2016	2015		Von	500.000 Euro	545.000 Euro		um	220.000 Euro			auf	280.000 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2016	2015																											
Von	500.000 Euro	545.000 Euro																											
um	220.000 Euro																												
auf	280.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
112	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 20 010 Steuern</p> <p>Titel 015 50 Einnahmen aus dem Festbetrag an der Umsatzsteuer (Landesanteil) gemäß der Verständigung zwischen Bund und Ländern über ein Gesamtkonzept zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Verbesserung der Kinderbetreuung</p> <p>Ansatz: 74.000.000 Euro; Ansatz bleibt unverändert</p> <p>Aufnahme des folgenden Haushaltsvermerks: „Die Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Kapitel 07 040 Titelgruppe 99 verwendet werden.“</p> <p>Begründung: Die Koalitionsfraktionen haben mit den Kommunalen Spitzenverbänden im Hinblick auf die Perspektiven für eine grundlegende Änderung der Finanzierungsstrukturen der frühkindlichen Bildung vereinbart, sowohl die Kindpauschalen und deren Dynamisierung – befristet bis zum Kindergartenjahr 2018/2019 – zu erhöhen als auch ein Investitionsprogramm aufzulegen. Bis zum Ende der 16. Wahlperiode soll eine Verständigung auf Eckpunkte für ein neues Gesetz erfolgen.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja FDP ja PIRATEN ja</p>

		Die Aufnahme des Haushaltsvermerks ist eine haushaltstechnisch zwingende Folge aufgrund des Antrags zu Kap. 07 040 Titelgruppe 99/Titel 883 99. (Korrespondenzvermerk zu Haushaltsvermerk Nr. 3 bei Kapitel 07 040 Titelgruppe 99).	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2016**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
113	FDP	<p>Kapitel 20 010 Steuern Titel 371 00 Globale Mehreinnahme durch Impulse für Wachstumsdynamik</p> <p>Ausbringung eines neuen Ansatzes</p> <p>2016 von 0 Euro um 25.000.000 Euro auf 25.000.000 Euro</p> <p>Begründung: Nordrhein-Westfalen bleibt in seiner wirtschaftlichen Entwicklung hinter dem Bundesdurchschnitt zurück. Die wirtschaftliche Dynamik des Landes muss gestärkt werden. Die Landesregierung bremst aber beispielsweise mit dem Klimaschutzgesetz oder dem Tariftreue- und Vergabegesetz die Entwicklung ab. Die FDP will wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen, um mit verbesserten Standortbedingungen die Lücke zum Bundestrend zu schließen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enthaltung GRÜNE nein FDP ja PIRATEN nein</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 20
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis												
114	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 371 10 Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2016</td> <td style="width: 30%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">380.800 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.638.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">6.200 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">387.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Die Erhöhung des Ansatzes erfolgt zum Ausgleich des Haushalts in Einnahmen und Ausgaben.</p>		2016	Ansatz lt. HH 2015	von	380.800 Euro	1.638.200 Euro	um	6.200 Euro		auf	387.000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja FDP Enthaltung PIRATEN Enthaltung</p>
	2016	Ansatz lt. HH 2015													
von	380.800 Euro	1.638.200 Euro													
um	6.200 Euro														
auf	387.000 Euro														

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2016**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
115	FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 462 20 Minderausgaben für Personalausgaben in allen Einzelplänen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes sowie Anpassung des Haushaltsvermerks</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2016</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2015</td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 30.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf - 30.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist in allen Einzelplänen zu erbringen. Ausgenommen sind die Kapitel 03 110, 03 130, 03 350, 04 210, 04 215, 04 220, 04 230, 04 240, 04 250, 04 410, 04 510, 05 300 bis 490, 12 050 bis 400.</p> <p>Begründung: Jährlich sollen 2 Prozent der Ausgaben für Personal eingespart werden. Schule, Polizei, Justiz und Finanzverwaltung werden dabei ausgenommen. Die jährliche Produktivitätssteigerung der Mitarbeiter reicht aus, um die Qualität der Leistungserbringung konstant zu halten.</p>	2016	2015	von 0 Euro	0 Euro	um 30.000.000 Euro		auf - 30.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2016	2015																				
von 0 Euro	0 Euro																				
um 30.000.000 Euro																					
auf - 30.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2016**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
116	FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 462 40 Minderausgaben für Personalausgaben in allen Einzelplänen aufgrund von Standardbefreiungen</p> <p>Erstmalige Ausbringung eines Ansatzes und eines Haushaltsvermerks sowie Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2016</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2015</td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf -50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist in allen Einzelplänen zu erbringen.</p> <p>Begründung: Zahlreiche Planstellen in allen Bereichen des Landeshaushalts werden wegen unnötig hoher Standards für unproduktive Zwecke gebunden. Beispielsweise durch ein zu umfangreiches Landespersonalvertretungsgesetz. Die Rückführung solcher Überstandards konsolidiert den Haushalt, ohne Qualitätsverluste in der Leistungserbringung zu verursachen. Im Schulbereich werden an Berufskollegs 229 Stellen aus diesen Minderausgaben gesichert, da eine angemessene Anpassung im Bereich der von Rot-Grün deutlich ausgeweiteten Personalvertretung erfolgt.</p>	2016	2015	von 0 Euro	0 Euro	um 50.000.000 Euro		auf -50.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2016	2015																				
von 0 Euro	0 Euro																				
um 50.000.000 Euro																					
auf -50.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enthaltung																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2016**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
117	FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 462 50 Minderausgaben für Personalausgaben in allen Einzelplänen aufgrund von flexiblen Altersgrenzen</p> <p>Erstmalige Ausbringung eines Ansatzes und eines Haushaltsvermerks sowie Reduzierung des Ansatzes.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">3.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- 3.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist in allen Einzelplänen zu erbringen.</p> <p>Begründung: Beamten ist es möglich, über die Regelaltersgrenze hinaus zu arbeiten. Dies erhöht die individuelle Freiheit der Lebensplanung der Beamten und verringert zudem Pensionskosten für das Land. Dieses Instrument wird ausgeweitet, um die positiven Effekte zu verstärken.</p>		2016		2015	von	0 Euro		0 Euro	um	3.000.000 Euro			auf	- 3.000.000 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	ja
	2016		2015																										
von	0 Euro		0 Euro																										
um	3.000.000 Euro																												
auf	- 3.000.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enthaltung																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	ja																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2016**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
118	FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 462 60 Globale Minderausgaben in allen Einzelplänen durch Bereitstellung von Personal durch die Portigon AG</p> <p>Ausbringung eines neuen Ansatzes und eines Haushaltsvermerks sowie Reduzierung des Ansatzes.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2016</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2015</td> </tr> <tr> <td>Von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 10.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf -10.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Die Erwirtschaftung des Einsparbeitrags hat bei allen Einzelplänen zu erfolgen. Die Landesregierung wird beauftragt, die entsprechenden Schritte einzuleiten.</p> <p>Begründung: Personal, für das unser Land aufgrund rechtlicher Verpflichtungen ohnehin noch längerfristig aufkommen muss, sollte auch einen sinnvollen Arbeitseinsatz für Landesaufgaben erfahren. Es ist nicht hinnehmbar, dass Hunderte von Landesbankbeamten bei der Portigon AG nach Wegfall ihrer bisherigen Aufgaben keiner produktiven Beschäftigung mehr nachgehen.</p>	2016	2015	Von 0 Euro	0 Euro	um 10.000.000 Euro		auf -10.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enthaltung</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enthaltung
2016	2015																				
Von 0 Euro	0 Euro																				
um 10.000.000 Euro																					
auf -10.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enthaltung																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	Enthaltung																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2016**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
119	FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 462 70 Minderausgaben für Personalausgaben im Einzelplan 10</p> <p>300 Stellen sind kw.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2016</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2015</td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 15.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf - 15.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist im Einzelplan 10 zu erbringen.</p> <p>Begründung:</p> <p>Seit dem Jahr 2010 wurden zunächst im Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz 387 Planstellen für die Umweltüberwachung geschaffen. Diese Planstellen wurden inzwischen auf die fünf Bezirksregierungen verteilt. Diese einseitige Privilegierung des Umweltressorts muss beendet werden. Die Aufgaben können, wie zuvor, im Wesentlichen durch die bestehenden Personalressourcen erfüllt werden. Unter Anrechnung der Aufgabenzuwächse aufgrund von EU-Vorgaben können insgesamt 300 Stellen eingespart werden.</p>	2016	2015	von 0 Euro	0 Euro	um 15.000.000 Euro		auf - 15.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2016	2015																				
von 0 Euro	0 Euro																				
um 15.000.000 Euro																					
auf - 15.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enthaltung																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
120	FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 531 00 Zur Verstärkung der in den Einzelplänen vorgesehenen Ansätze für Öffentlichkeitsarbeit</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">3.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">3.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">3.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung sowie Haushaltsklarheit reduziert. Der Titel wurde in den letzten Jahren nicht ausgeschöpft und diente im Jahr 2013 komplett zur Erbringung der Globalen Minderausgabe.</p>		2016	2015	von	3.000.000 Euro	3.000.000 Euro	um	3.000.000 Euro		auf	0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	ja
	2016	2015																							
von	3.000.000 Euro	3.000.000 Euro																							
um	3.000.000 Euro																								
auf	0 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
121	FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 538 81 Systemunterstützung</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">10.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">9.700.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">9.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung sowie Haushaltsklarheit reduziert. Die Ansätze der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig und wurden im Jahr 2014 um insgesamt über 6 Millionen Euro unterschritten. Im Jahr 2013 flossen rund eine Millionen Euro der Titelgruppe in die Globale Minderausgabe. Der Titel ist deshalb zu kürzen.</p>		2016	2015	von	10.000.000 Euro	9.700.000 Euro	um	1.000.000 Euro		auf	9.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enthaltung</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enthaltung
	2016	2015																							
von	10.000.000 Euro	9.700.000 Euro																							
um	1.000.000 Euro																								
auf	9.000.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enthaltung																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	Enthaltung																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
122	FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 549 00 Einsparbeitrag sächliche Verwaltungsausgaben</p> <p>Erstmalige Ausbringung eines Ansatzes und eines Haushaltsvermerks sowie Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2016</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">2015</td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">60.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- 60.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist in allen Einzelplänen zu erwirtschaften.</p> <p>Begründung:</p> <p>Reduktion bei Gutachten, PR, Publikationen und Veranstaltungen. Zudem Reduktion der sächlichen Verwaltungsausgaben generell über alle Einzelpläne. Bei einem Gesamtvolumen der sächlichen Verwaltungsausgaben (inkl. Zinszahlungen) von über 6,0 Mrd. Euro ist dies ein Konsolidierungsbeitrag von unter 1 Prozent.</p>	2016		2015		von	0 Euro	0	Euro	um	60.000.000 Euro			auf	- 60.000.000 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2016		2015																											
von	0 Euro	0	Euro																										
um	60.000.000 Euro																												
auf	- 60.000.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enthaltung																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
123	FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 549 30 Reduktion der sächlichen Verwaltungsausgaben durch ein zentrales Bedarfs- und Einkaufsmanagement</p> <p>Erstmalige Ausbringung eines Ansatzes und eines Haushaltsvermerks sowie Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- 50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist in allen Einzelplänen zu erwirtschaften.</p> <p>Begründung:</p> <p>Bisher gibt es keine übergeordnete Instanz, die den genauen Ablauf der Bedarfsfeststellung und den späteren Kauf plant und verbindlich Kosten- deckelungen vorschreibt. Durch die Einführung eines zentralen Bedarfs- und Einkaufsmanagements wird ein erhebliches Optimierungspotential gehoben. Die einzelnen Ressorts werden bei einem solchen zentralen Bedarfsmanagement nicht in ihrer Entscheidungsfreiheit beschnitten, son- dern bedienen sich dieses Instrumentariums, um passgenauere Leistung zu geringeren Kosten zu erhalten.</p>		2016	2015	von	0 Euro	0 Euro	um	50.000.000 Euro		auf	- 50.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	ja
	2016	2015																							
von	0 Euro	0 Euro																							
um	50.000.000 Euro																								
auf	- 50.000.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enthaltung																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 20
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs-ergebnis												
124	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 971 11 Zur Deckung von Ausgaberesten bei Personalausgabenbudgetie- rung sowie bei Gesamtausgabenbudgetierung in den Einzelplä- nen</p> <p style="padding-left: 40px;">Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">18.981.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">18.981.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Die Erläuterungen werden wie folgt gefasst: Zur Deckung von Ausgaberesten, die nach § 9 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2015 bei Personal- ausgabenbudgetierung sowie nach § 25 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2015 bei Gesamtausgaben- budgetierung in den Einzelplänen gebildet worden sind, erfolgt in 2016 keine Bereitstellung von Mitteln.</p> <p><u>Begründung:</u> Zur Deckung der Mehrausgaben, welche sich aus Haushaltsänderungsanträgen der Regie- rungsfractionen ergeben, entfällt eine Bereitstellung von Restedeckungsmitteln.</p>		2016	Ansatz lt. HH 2015	von	18.981.000 Euro	0 Euro	um	18.981.000 Euro		auf	0 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja FDP Enthaltung PIRATEN Enthaltung</p>
	2016	Ansatz lt. HH 2015													
von	18.981.000 Euro	0 Euro													
um	18.981.000 Euro														
auf	0 Euro														

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis												
125	PIRATEN	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 971 11 Zur Deckung von Ausgaberesten bei Personalausgaben- budgetierung sowie bei Gesamtausgabenbudgetierung in den Einzelplänen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">18.981.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">18.981.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Zur Deckung eines Teils der Mehrausgaben, welche sich aus den Haushaltsände- rungsanträgen der Piraten ergeben, erfolgt eine Streichung des oben genannten Titels, da es sich bei diesen Scheinausgaben offensichtlich um einen versteckten Haushaltspuffer handelt.</p>		2016	Ansatz lt. HH 2015	von	18.981.000 Euro	0 Euro	um	18.981.000 Euro		auf	0 Euro		Antrag erledigt mit Annahme des Antrages Ifd. Nr. 124
	2016	Ansatz lt. HH 2015													
von	18.981.000 Euro	0 Euro													
um	18.981.000 Euro														
auf	0 Euro														

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2016 in der Fassung nach der 2. Lesung**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																
126	FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 971 11 Zur Deckung von Ausgabenresten bei Personalausgabenbudgetierung sowie bei Gesamtausgabenbudgetierung in den Einzelplänen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2016</td> <td></td> <td style="text-align: center;">2015</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">18.981.000</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">0</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">18.981.000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung gestrichen.</p>		2016		2015	von	18.981.000	Euro	0	um	18.981.000	Euro		auf	0	Euro		Antrag erledigt mit Annahme des Antrages Ifd. Nr. 124
	2016		2015																
von	18.981.000	Euro	0																
um	18.981.000	Euro																	
auf	0	Euro																	

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
127	FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 972 20 Globale Minderausgaben in allen Einzelplänen durch Optimierung der Landesbetriebe und Sondervermögen sowie einer Verwaltungsstrukturreform</p> <p>Ausbringung eines neuen Ansatzes und eines Haushaltsvermerks sowie Reduzierung des Ansatzes.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2016</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">2015</td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">135.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">-135.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Die Erwirtschaftung des Einsparbeitrags hat bei allen Einzelplänen, Landesbetrieben und Sondervermögen zu erfolgen. Die Landesregierung wird beauftragt, die entsprechenden Änderungen umzusetzen.</p> <p>Begründung:</p> <p>Das Land ist Eigentümer von Landesbetrieben mit einer Bilanzsumme von rund 10 Mrd. € und rund 10.000 Mitarbeitern. Die Resultate der Vergangenheit zeigen hier zum Teil gravierende Missstände auf. Mittelfristig kann hier eine Effizienzverbesserung von rund 3% der Bilanzsumme erreicht</p>	2016		2015		Von	0 Euro	0 Euro		um	135.000.000 Euro			auf	-135.000.000 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enthaltung</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enthaltung</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enthaltung	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enthaltung
2016		2015																											
Von	0 Euro	0 Euro																											
um	135.000.000 Euro																												
auf	-135.000.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enthaltung																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	Enthaltung																												

	<p>werden. Langfristig muss sich das Land auf Kernaufgaben konzentrieren und Aufgaben, die von Privaten wirtschaftlicher wahrgenommen werden, privatisieren. Das betrifft auch das Beteiligungsvermögen des Landes.</p> <p>Beim Sondervermögen Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW stehen viele Gebäude leer und daran wird sich laut Jahresabschluss des Sondervermögens vom Jahr 2014 auch im Jahr 2016 nichts „nennenswert ändern“. Diese Leerstandsquote muss neben einem effizienteren Liegenschaftsmanagement auch durch Verkäufe von Liegenschaften rasch verringert werden. Die Reduktion der Anzahl der im indirekten Besitz des Landes befindlichen Gebäude verringert die Aufwendungen für die Verwaltung der Gebäude und kann – nicht strukturell – den Haushalt des Landes durch eine Abführung des BLBs verbessern.</p> <p>FDP und CDU haben in ihrer Regierungszeit insgesamt 138 der vormals über 1.000 selbständigen Behörden und Einrichtungen des Landes aufgelöst und über 14.000 Stellen sozialverträglich abgebaut. Diese erfolgreichen Strukturreformen in der Verwaltung des Landes müssen konsequent fortgesetzt werden.</p>	
--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
128	FDP	<p>Kapitel 20 030 Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Steuerverbund und sonstige Leistungen)</p> <p>Titel 883 20 Investitionsprogramm Kommunen</p> <p>Ausbringung eines neuen Ansatzes und eines Haushaltsvermerks.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2016</td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;">2015</td> <td style="width: 25%;"></td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">100.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">100.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) wird die Landesregierung mit der Einführung eines Investitionsprogramms für die Kommunen. Dies soll im Dialog mit den Kommunalen Spitzenverbänden erfolgen. Es handelt sich um eine zusätzliche Aufstockung der GFG-Mittel außerhalb des Steuerverbunds.</p> <p>Begründung:</p> <p>Durch Einsparungen und Schwerpunktverschiebungen steht im Haushaltsjahr 2016 eine Summe von 100 Millionen Euro für kommunale Investitionen zur Verfügung. Diese soll den Kommunen, auch solchen im Haushaltssicherungskonzept, unbürokratisch als Pauschalzuweisung im Rahmen des GFG zur Verfügung gestellt werden, um zusätzliche Vorha-</p>	2016		2015		Von	0 Euro	0 Euro		um	100.000.000 Euro			auf	100.000.000 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	ja
2016		2015																											
Von	0 Euro	0 Euro																											
um	100.000.000 Euro																												
auf	100.000.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	nein																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	ja																												

		<p>ben in den Zukunftsfeldern der Kinderbetreuung (inklusive U3), der Schulpolitik, der örtlichen Kulturförderung, der Sportförderung oder der Instandhaltung kommunaler Infrastruktur finanzieren zu können. Auch bei den Inklusionskosten nimmt das Land seine Konnexitätspflicht allenfalls halbherzig wahr. Im Zusammenhang mit dieser Thematik stehen die Kommunen vor multiplen Herausforderungen. Bereits jetzt ist abzusehen, dass sie auf erheblichen Mehrkosten sitzen bleiben werden. Die Zukunftspauschale wird auch hier eine wertvolle finanzielle Hilfe zur An-schubfinanzierung sein.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 20
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Frakti- on/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs-ergebnis																										
129	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 20 650 Schuldenverwaltung Titel 575 10 Zinsen für Kreditmarktmittel</p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: center;">2016</td> <td style="width: 35%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2015</td> <td style="width: 15%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">2.942.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">3.365.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">16.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">2.926.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Zur Deckung der Mehrausgaben, welche sich aus Haushaltsänderungsanträgen der Regierungsfractionen ergeben, erfolgt nach Rückkopplung mit dem Finanzministerium eine Absenkung des Ansatzes für die Zinsausgaben.</p>		2016	Ansatz lt. HH 2015		von	2.942.000.000 Euro	3.365.000.000 Euro		um	16.000.000 Euro			auf	2.926.000.000 Euro			<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 80%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enthaltung</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	PIRATEN	Enthaltung
	2016	Ansatz lt. HH 2015																											
von	2.942.000.000 Euro	3.365.000.000 Euro																											
um	16.000.000 Euro																												
auf	2.926.000.000 Euro																												
SPD	ja																												
CDU	ja																												
GRÜNE	ja																												
FDP	ja																												
PIRATEN	Enthaltung																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2016**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																
130	PIRATEN	<p>Kapitel 20 650 Schuldenverwaltung Titel 325 00 Schuldenaufnahme auf dem sonstigen Kreditmarkt</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: center;">2016</td> <td style="width: 35%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2015</td> <td style="width: 15%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>1.986.000.000 Euro</td> <td>2.078.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>1.064.459.200 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>3.050.459.200 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Zur Deckung der Mehrausgaben mit investiven Charakter, welche sich aus den Haushaltsänderungsanträgen der Piraten ergeben, (z.B. 860 Mio. Euro für den flächendeckenden Ausbau einer Glasfaserinfrastruktur), erhöht sich die Nettokreditaufnahme um rd. 1.064 Mrd. Euro.</p>		2016	Ansatz lt. HH 2015		von	1.986.000.000 Euro	2.078.000.000 Euro		um	1.064.459.200 Euro			auf	3.050.459.200 Euro			<p>zurückgezogen (diente der Deckung der gestellten Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN, die in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses keine Mehrheit gefunden haben)</p>
	2016	Ansatz lt. HH 2015																	
von	1.986.000.000 Euro	2.078.000.000 Euro																	
um	1.064.459.200 Euro																		
auf	3.050.459.200 Euro																		

**Änderungsantrag der Fraktionen
zum Haushaltsgesetz 2016**

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Haushaltsgesetz (Text)	Abstimmungsergebnis
131	SPD CDU GRÜNE FDP PIRATEN	<p>§ 15 Absatz 3a wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(3a) Grundstücke für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern</p> <p>Gemäß § 63 Absatz 3 Satz 2 in Verbindung mit § 64 Absatz 4 der Landeshaushaltsordnung wird zugelassen, dass Grundstücke des Landes direkt und ohne öffentliches Ausschreibungsverfahren auf der Grundlage einer gutachterlichen Wertermittlung an Gemeinden und Gemeindeverbände oder mehrheitlich kommunale Gesellschaften für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern veräußert werden dürfen oder ein Erbbaurecht bestellt werden darf. Dies gilt abweichend von § 63 Absatz 2 LHO auch dann, wenn die Veräußerung Bestandteil einer Partnerschaft von Land und Erwerber zur Erfüllung ihrer jeweiligen Aufgaben ist. An dem Veräußerungs- und Realisierungsprozess können auch Dritte beteiligt werden. Der Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags ist unverzüglich von der Veräußerung oder Erbbaurechtsbestellung zu unterrichten.“</p> <p>Begründung: Die bisherige Formulierung wird konkretisiert.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja GRÜNE ja FDP ja PIRATEN ja</p>

**Änderungsantrag zu den Schluss-Summen
im Haushaltsgesetzestext**

Ifd. Nr. des An- trags	Antrag der Frakti- on/en	Haushaltsgesetz (Text)	Abstimmungsergebnis
132	SPD GRÜNE	<p>Text des Haushaltsgesetzes</p> <p>Veränderung des Haushaltsvolumens (Folgeänderung aus den zuvor angenommenen Änderungsanträgen):</p> <p>In § 1 wird die Zahl „69.564.594.900“ durch die Zahl „69.564.601.100“ ersetzt.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enthaltung GRÜNE ja FDP Enthaltung PIRATEN Enthaltung</p>

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2016

Der nachfolgende Veränderungsnachweis basiert auf den Haushaltsansätzen bzw. den Stellenplänen und Stellenübersichten des Haushaltsentwurfs 2016 einschließlich der Ergänzungsvorlage (Drucksache 16/10150). Dabei berücksichtigt der "bisherige Haushaltsansatz 2016" den Stand nach der 2. Lesung.

Veränderungsnachweis

Haushaltsplan

für den Geschäftsbereich

des Ministeriums für

Inneres und Kommunales

für das Haushaltsjahr

2016

**Kapitel 03 010
Ministerium**
Veränderungsnachweis

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
------------------	--------------------------------------	---	----------------------------------	--

03 010

Ministerium**A u s g a b e n****Personalausgaben**

422 01 011 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. 40 571 300 +1 093 300 41 664 600

Planstellen

2016 neu	2016 bisher	
40	36	Bes.Gr. A 14 Oberregierungsvermessungsrat/Oberregierungsvermessungsrätin Oberregierungsrat/Oberregierungsrätin
182	161	Bes.Gr. A 11 Kriminalhauptkommissar/Kriminalhauptkommissarin Regierungsamtmann/Regierungsamtfrau
694	669	Planstellen davon Dienstwohnungsinhaber
218	214	Höherer Dienst
438	417	Gehobener Dienst
38	38	Mittlerer Dienst
—	—	Einfacher Dienst

Gliederung nach Laufbahngruppen

Gesamtausgaben Kapitel 03 010.	2 154 005 300	+1 093 300	2 155 098 600
Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 03 010.	30 500 000	—	30 500 000

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
	Gesamteinnahmen	178 476 400	—	178 476 400
	Gesamtausgaben	8 531 309 100	+1 093 300	8 532 402 400
	Verpflichtungsermächtigungen	1 293 021 200	—	1 293 021 200

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2016	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2016
	Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter	46 374	+25	46 399
	Richterinnen und Richter auf Probe	—	—	—
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	10 813	—	10 813
	Summe	57 187	+25	57 212

Veränderungsnachweis
Haushaltsplan
für den Geschäftsbereich
des Ministeriums für
Schule und Weiterbildung
für das Haushaltsjahr
2016

Veränderungsnachweis

Kapitel 05 300
Schule gemeinsam

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				
05 300	Schule gemeinsam			
	A u s g a b e n			
	Titelgruppen			
	Titelgruppe 72 Offene Ganztagschule im Primarbereich			
633 72 112	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände.	272 682 600	+2 236 500	274 919 100
	Verpflichtungsermächtigung:			
	bisher	mehr / weniger		neu
	213 533 000	+2 236 500		215 769 500
	Summe Titelgruppe 72.	410 761 100	+2 236 500	412 997 600
	Titelgruppe 74 Pädagogische Übermittagsbetreuung/Ganztagsangebote in der Sekundarstufe I "Geld oder Stelle"			
422 74 114	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter.	31 550 000	+405 000	31 955 000
684 74 114	Zuschüsse an Ersatzschulträger.	3 352 600	+43 000	3 395 600
	Summe Titelgruppe 74.	37 302 600	+448 000	37 750 600
	Gesamtausgaben Kapitel 05 300.	1 259 835 500	+2 684 500	1 262 520 000
	Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 05 300.	286 989 300	+2 236 500	289 225 800

Kapitel 05 390

Inklusion, sonderpädagogische Förderung an öffentlichen allgemeinen Schulen, an öffentlichen Förderschulen und an Schulen für Kranke

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				

05 390

**Inklusion, sonderpädagogische
Förderung an öffentlichen allgemeinen
Schulen, an öffentlichen Förderschulen
und an Schulen für Kranke**

A u s g a b e n

Personalausgaben

422 01	124	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter.	790 958 300	+711 000	791 669 300
--------	-----	---	-------------	----------	-------------

Planstellen

2016 neu	2016 bisher	
13.699	13.666	Bes.Gr. A 13 Sonderschullehrer/Sonderschullehrerin davon 33 (0) Stellen kw zum 01.08.2019
16.530	16.497	Planstellen
—		davon Dienstwohnungsinhaber
1.358	1.358	Höherer Dienst
15.172	15.139	Gehobener Dienst
—	—	Mittlerer Dienst
—	—	Einfacher Dienst

Gliederung nach Laufbahngruppen

Gesamtausgaben Kapitel 05 390.	975 002 300	+711 000	975 713 300
Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 05 390.	400 000	—	400 000

Veränderungsnachweis

Einzelplan 05
Ministerium für Schule und Weiterbildung

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
	Gesamteinnahmen	266 153 000	—	266 153 000
	Gesamtausgaben	17 262 666 000	+3 395 500	17 266 061 500
	Verpflichtungsermächtigungen	290 972 300	+2 236 500	293 208 800

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2016	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2016
	Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter	154 139	+33	154 172
	Richterinnen und Richter auf Probe	—	—	—
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	3 854	—	3 854
	Summe	157 993	+33	158 026

**Veränderungsnachweis
Haushaltsplan
für den Geschäftsbereich
des Ministeriums für
Innovation, Wissenschaft
und Forschung
für das Haushaltsjahr
2016**

Veränderungsnachweis

Kapitel 06 026

Technologie- und Innovationsförderung des Landes Nordrhein-Westfalen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)		EUR	EUR

06 026 **Technologie- und Innovationsförderung
des Landes Nordrhein-Westfalen**

A u s g a b e n

Titelgruppen

Titelgruppe 61

Förderung von Innovationen

683 61	634	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen.	1 891 500	+4 000 000	5 891 500
		Summe Titelgruppe 61.	6 714 300	+4 000 000	10 714 300
		Gesamtausgaben Kapitel 06 026.	6 794 300	+4 000 000	10 794 300
		Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 06 026.	7 875 000	—	7 875 000

Kapitel 06 520
Kunstakademie Düsseldorf
Veränderungsnachweis

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)		EUR	EUR

06 520 Kunstakademie Düsseldorf
A u s g a b e n
Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Ausgaben für Investitionen)

685 10 133 Zuschüsse für den laufenden Betrieb. 10 967 900 +15 900 10 983 800

Erläuterung
Zu Titel 685 10:

UT	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2016 EUR	mehr (+) weniger (-) EUR	Ansatz neu 2016 EUR
1	Personalausgaben Beamte.	3 684 700	–	3 684 700
2	Personalausgaben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	2 940 200	–	2 940 200
3	Sonstige Vergütungen und Personalausgaben.	274 200	+15 900	290 100
4	Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW.	3 178 500	–	3 178 500
5	Sonstige Mieten und Pachten.	6 400	–	6 400
6	Bewirtschaftungsausgaben.	520 000	–	520 000
7	Sonstige Sachausgaben.	363 900	–	363 900
	Zusammen.	10 967 900	+15 900	10 983 800
	Gesamtausgaben Kapitel 06 520.	11 090 400	+15 900	11 106 300

Veränderungsnachweis

Kapitel 06 530
Hochschule für Musik Detmold

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
------------------	--------------------------------------	---	----------------------------------	--

06 530

Hochschule für Musik Detmold

A u s g a b e n

Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Ausgaben für Investitionen)

685 10 133 Zuschüsse für den laufenden Betrieb. 13 759 700 +57 700 13 817 400

Erläuterung
Zu Titel 685 10:

UT	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2016 EUR	mehr (+) weniger (-) EUR	Ansatz neu 2016 EUR
1	Personalausgaben Beamte.	2 582 600	—	2 582 600
2	Personalausgaben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	6 040 500	—	6 040 500
3	Sonstige Vergütungen und Personalausgaben.	993 200	+57 700	1 050 900
4	Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW.	2 631 500	—	2 631 500
5	Sonstige Mieten und Pachten.	33 400	—	33 400
6	Bewirtschaftungsausgaben.	1 088 200	—	1 088 200
7	Sonstige Sachausgaben.	390 300	—	390 300
Zusammen.		13 759 700	+57 700	13 817 400
Gesamtausgaben Kapitel 06 530.		14 274 700	+57 700	14 332 400

Kapitel 06 540
Hochschule für Musik Köln
Veränderungsnachweis

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)			

06 540 Hochschule für Musik Köln
A u s g a b e n
Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Ausgaben für Investitionen)
685 10 133 Zuschüsse für den laufenden Betrieb. 24 718 200 +202 800 24 921 000
Erläuterung
Zu Titel 685 10:

UT	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2016 EUR	mehr (+) weniger (-) EUR	Ansatz neu 2016 EUR
1	Personalausgaben Beamte.	5 895 300	–	5 895 300
2	Personalausgaben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	8 708 400	–	8 708 400
3	Sonstige Vergütungen und Personalausgaben.	3 493 400	+202 800	3 696 200
4	Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW.	4 195 800	–	4 195 800
5	Sonstige Mieten und Pachten.	369 800	–	369 800
6	Bewirtschaftungsausgaben.	1 475 800	–	1 475 800
7	Sonstige Sachausgaben.	579 700	–	579 700
	Zusammen.	24 718 200	+202 800	24 921 000
	Gesamtausgaben Kapitel 06 540.	25 279 400	+202 800	25 482 200

Veränderungsnachweis

Kapitel 06 550
Folkwang Hochschule

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
------------------	--------------------------------------	---	----------------------------------	--

06 550

Folkwang Hochschule

A u s g a b e n

Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Ausgaben für Investitionen)

685 10 133 Zuschüsse für den laufenden Betrieb. 27 278 800 +136 200 27 415 000

Erläuterung
Zu Titel 685 10:

UT	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2016 EUR	mehr (+) weniger (-) EUR	Ansatz neu 2016 EUR
1	Personalausgaben Beamte.	7 924 700	—	7 924 700
2	Personalausgaben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	8 665 300	—	8 665 300
3	Sonstige Vergütungen und Personalausgaben.	2 345 500	+136 200	2 481 700
4	Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW.	4 984 800	—	4 984 800
5	Sonstige Mieten und Pachten.	53 200	—	53 200
6	Bewirtschaftungsausgaben.	1 811 300	—	1 811 300
7	Sonstige Sachausgaben.	1 494 000	—	1 494 000
	Zusammen.	27 278 800	+136 200	27 415 000
	Gesamtausgaben Kapitel 06 550.	27 684 200	+136 200	27 820 400

Kapitel 06 560
Kunstakademie Münster
Veränderungsnachweis

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)		EUR	EUR

06 560 Kunstakademie Münster
A u s g a b e n
**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Ausgaben für Investitionen)**

685 10 133 Zuschüsse für den laufenden Betrieb. 5 735 200 +14 800 5 750 000

**Erläuterung
Zu Titel 685 10:**

UT	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2016 EUR	mehr (+) weniger (-) EUR	Ansatz neu 2016 EUR
1	Personalausgaben Beamte.	1 037 900	–	1 037 900
2	Personalausgaben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	2 121 400	–	2 121 400
3	Sonstige Vergütungen und Personalausgaben.	254 500	+14 800	269 300
4	Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW.	1 451 000	–	1 451 000
5	Sonstige Mieten und Pachten.	4 000	–	4 000
6	Bewirtschaftungsausgaben.	594 800	–	594 800
7	Sonstige Sachausgaben.	271 600	–	271 600
	Zusammen.	5 735 200	+14 800	5 750 000
	Gesamtausgaben Kapitel 06 560.	6 000 900	+14 800	6 015 700

Veränderungsnachweis

Kapitel 06 570
Robert-Schumann-Hochschule Düsseldorf

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
------------------	--------------------------------------	---	--------------------------------------	--

06 570 Robert-Schumann-Hochschule Düsseldorf

A u s g a b e n

Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Ausgaben für Investitionen)

685 10 133 Zuschüsse für den laufenden Betrieb. 10 943 200 +107 200 11 050 400

Erläuterung
Zu Titel 685 10:

UT	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2016 EUR	mehr (+) weniger (-) EUR	Ansatz neu 2016 EUR
1	Personalausgaben Beamte.	2 406 200	=	2 406 200
2	Personalausgaben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	3 664 800	=	3 664 800
3	Sonstige Vergütungen und Personalausgaben.	1 845 000	+107 200	1 952 200
4	Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW.	1 296 400	=	1 296 400
5	Sonstige Mieten und Pachten.	923 000	=	923 000
6	Bewirtschaftungsausgaben.	486 500	=	486 500
7	Sonstige Sachausgaben.	321 300	=	321 300
	Zusammen.	10 943 200	+107 200	11 050 400
	Gesamtausgaben Kapitel 06 570.	11 308 200	+107 200	11 415 400

**Kapitel 06 580
Kunsthochschule für Medien Köln**
Veränderungsnachweis

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)			

06 580 Kunsthochschule für Medien Köln
A u s g a b e n
**Zuweisungen und Zuschüsse
(ohne Ausgaben für Investitionen)**

685 10 133 Zuschüsse für den laufenden Betrieb. 11 609 000 +22 300 11 631 300

**Erläuterung
Zu Titel 685 10:**

UT	Zweckbestimmung	Ansatz bisher 2016 EUR	mehr (+) weniger (-) EUR	Ansatz neu 2016 EUR
1	Personalausgaben Beamte.	2 715 000	—	2 715 000
2	Personalausgaben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	4 580 900	—	4 580 900
3	Sonstige Vergütungen und Personalausgaben.	384 300	+22 300	406 600
4	Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW.	774 300	—	774 300
5	Sonstige Mieten und Pachten.	935 100	—	935 100
6	Bewirtschaftungsausgaben.	901 000	—	901 000
7	Sonstige Sachausgaben.	1 318 400	—	1 318 400
	Zusammen.	11 609 000	+22 300	11 631 300
	Gesamtausgaben Kapitel 06 580.	12 966 700	+22 300	12 989 000

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
	Gesamteinnahmen	1 418 888 000	—	1 418 888 000
	Gesamtausgaben	8 249 569 800	+4 556 900	8 254 126 700
	Verpflichtungsermächtigungen	753 029 000	—	753 029 000

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2016	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2016
	Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter	637	—	637
	Richterinnen und Richter auf Probe	—	—	—
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	590	—	590
	Summe	1 227	—	1 227

Veränderungsnachweis
Haushaltsplan
für den Geschäftsbereich
des Ministeriums für
Familie, Kinder, Jugend,
Kultur und Sport
für das Haushaltsjahr
2016

Veränderungsnachweis

Kapitel 07 040
Kinder- und Jugendhilfe

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
07 040	Kinder- und Jugendhilfe			
	A u s g a b e n			
	Titelgruppen			
	Titelgruppe 90 Pauschalen nach § 21 Abs. 1, Abs. 3 und Abs. 4 sowie § 21a des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)			
633 90 271	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	1 854 473 500	+13 441 500	1 867 915 000
	Summe Titelgruppe 90	1 854 473 500	+13 441 500	1 867 915 000
	Titelgruppe 99 Ausbau und Qualifizierung für frühkindliche Bildung			
<i>geändert:</i>	1. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.			
<i>geändert:</i>	2. Rückflüsse, auch aus Mittelbereitstellungen vorangegangener Haushaltsjahre, fließen dem jeweiligen Ansatz dieser Titelgruppe wieder zu.			
<i>neuer Vermerk:</i>	3. Die Ausgaben werden aus den zweckgebundenen Einnahmen bei Kapitel 20 010 Titel 015 50 gedeckt (§17 Abs. 3 LHO).			
<i>neuer Vermerk:</i>	4. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Haushaltsansätze auch bereits vor Eingang der Bundesmittel bei Kapitel 20 010 Titel 015 50 geleistet werden, soweit eine verbindliche Mittelzusage des Bundes vorliegt.			
<i>geändert:</i>	5. Aus den Ansätzen dieser Titelgruppe dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn bei anderen Haushaltsstellen des Landeshaushalts Ausgaben für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).			
633 99 271	Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe	74 000 000	-17 100 000	56 900 000
883 99 271	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zu den Investitionen für Plätze für Kinder in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege	—	+17 100 000	17 100 000
<i>geändert:</i>	1. Abweichend von Nr. 2.4 VVG zu § 44 LHO dürfen die zuwendungsfähigen Ausgaben in diesem Förderbereich mit bis zu 90 v. H. aus Landes- und Bundesmitteln bezuschusst werden.			
<i>gelöscht:</i>	2. Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 119 20 aufgekommene Einnahmen geleistet werden.			
<i>gelöscht:</i>	3. Aus aufgekommene Rückflüssen können auch Bewilligungen für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 ausgesprochen werden.			
<i>gelöscht:</i>	4. Aus den Mitteln des Titels dürfen Ausgaben auch dann geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind (§ 35 Abs. 2 LHO).			
	Verpflichtungsermächtigung:			
	bisher	mehr / weniger	neu	
	—	+82 900 000	82 900 000	
	Summe Titelgruppe 99	74 000 000	—	74 000 000
	Gesamtausgaben Kapitel 07 040	2 876 769 700	+13 441 500	2 890 211 200
	Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 07 040	42 755 000	+82 900 000	125 655 000

Einzelplan 07
Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport
Veränderungsnachweis

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
	Gesamteinnahmen	159 274 900	—	159 274 900
	Gesamtausgaben	3 382 230 600	+13 441 500	3 395 672 100
	Verpflichtungsermächtigungen	161 520 000	+82 900 000	244 420 000

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2016	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2016
	Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter	221	—	221
	Richterinnen und Richter auf Probe	—	—	—
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	206	—	206
	Summe	427	—	427

Veränderungsnachweis
Haushaltsplan
für den Geschäftsbereich
des Ministeriums für Bauen, Wohnen
Stadtentwicklung und Verkehr
für das Haushaltsjahr
2016

Kapitel 09 140
Straßenverkehr und kommunaler Straßenbau

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)		EUR	EUR

09 140 Straßenverkehr und kommunaler Straßenbau
A u s g a b e n
Titelgruppen

 Titelgruppe 61
 Nahmobilität

883 61 729	Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für Vorhaben der Nahmobilität.	12 100 000	+2 000 000	14 100 000
	Summe Titelgruppe 61.	13 300 000	+2 000 000	15 300 000
	Gesamtausgaben Kapitel 09 140.	168 325 000	+2 000 000	170 325 000
	Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 09 140.	162 595 000	—	162 595 000

Veränderungsnachweis

Kapitel 09 150

Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW)

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)			

09 150

**Straßen- und Brückenbau
(Landesbetrieb Straßen NRW)**

A u s g a b e n

Ausgaben für Investitionen

777 11 723	Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen.	105 000 000	+10 500 000	115 500 000
	Gesamtausgaben Kapitel 09 150.	598 031 200	+10 500 000	608 531 200
	Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 09 150.	136 000 000	—	136 000 000

Einzelplan 09
Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr
Veränderungsnachweis

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
	Gesamteinnahmen	2 064 174 000	—	2 064 174 000
	Gesamtausgaben	3 511 274 900	+12 500 000	3 523 774 900
	Verpflichtungsermächtigungen	1 720 068 000	—	1 720 068 000

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2016	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2016
	Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter	1 240	—	1 240
	Richterinnen und Richter auf Probe	—	—	—
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5 018	—	5 018
	Summe	6 258	—	6 258

Veränderungsnachweis

**Haushaltsplan
der allgemeinen Finanzverwaltung
für das Haushaltsjahr
2016**

Kapitel 20 010
Steuern
Veränderungsnachweis

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)			
20 010	Steuern			
	E i n n a h m e n			
	Steuern und steuerähnliche Abgaben			
015 50 821	Einnahmen aus dem Festbetrag an der Umsatzsteuer (Landesanteil) gemäß der Verständigung zwischen Bund und Ländern über ein Gesamtkonzept zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Verbesserung der Kinderbetreuung.	74 000 000	—	74 000 000
<i>neuer Vermerk:</i>	Die Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Kapitel 07 040 Titelgruppe 99 verwendet werden.			
	Gesamteinnahmen Kapitel 20 010.	52 538 000 000	—	52 538 000 000

Veränderungsnachweis

Kapitel 20 020
Allgemeine Bewilligungen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer				
20 020	Allgemeine Bewilligungen			
	E i n n a h m e n			
	Übrige Einnahmen			
371 10 881	Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans.	380 800	+6 200	387 000
	Gesamteinnahmen Kapitel 20 020.	4 320 198 400	+6 200	4 320 204 600
	A u s g a b e n			
	Besondere Finanzierungsausgaben			
971 11 881	Zur Deckung von Ausgaberesten bei Personalausgabenbudgetierung sowie bei Gesamtausgabenbudgetierung in den Einzelplänen.	18 981 000	-18 981 000	—
Erläuterung				
Zu Titel 971 11:				
Zur Deckung von Ausgaberesten, die nach § 9 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2015 bei Personalausgabenbudgetierung sowie nach § 25 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2015 bei Gesamtausgabenbudgetierung in den Einzelplänen gebildet worden sind, erfolgt in 2016 keine Bereitstellung von Mitteln.				
	Gesamtausgaben Kapitel 20 020.	146 605 100	-18 981 000	127 624 100
	Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 20 020.	168 052 000	—	168 052 000

Kapitel 20 650
Schuldenverwaltung

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)			

20 650

Schuldenverwaltung**A u s g a b e n****Schuldendienst**

575 10	831	Zinsen für Kreditmarktmittel.....	2 942 000 000	-16 000 000	2 926 000 000
Gesamtausgaben Kapitel 20 650.....			2 959 006 000	-16 000 000	2 943 006 000

Veränderungsnachweis

Einzelplan 20
Allgemeine Finanzverwaltung

	EINZELPLANABSCHLUSS	Bisheriger Haushalts- ansatz 2016 EUR	mehr (+) / weniger (-) EUR	Neuer Haushalts- ansatz 2016 EUR
	Gesamteinnahmen	59 043 506 300	+6 200	59 043 512 500
	Gesamtausgaben	15 205 642 900	-34 981 000	15 170 661 900
	Verpflichtungsermächtigungen	168 052 000	—	168 052 000

	PERSONALABSCHLUSS	Bisherige Stellenzahl 2016	mehr (+) / weniger (-)	Neue Stellenzahl 2016
	Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter	—	—	—
	Richterinnen und Richter auf Probe	—	—	—
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	9	—	9
	Summe	9	—	9